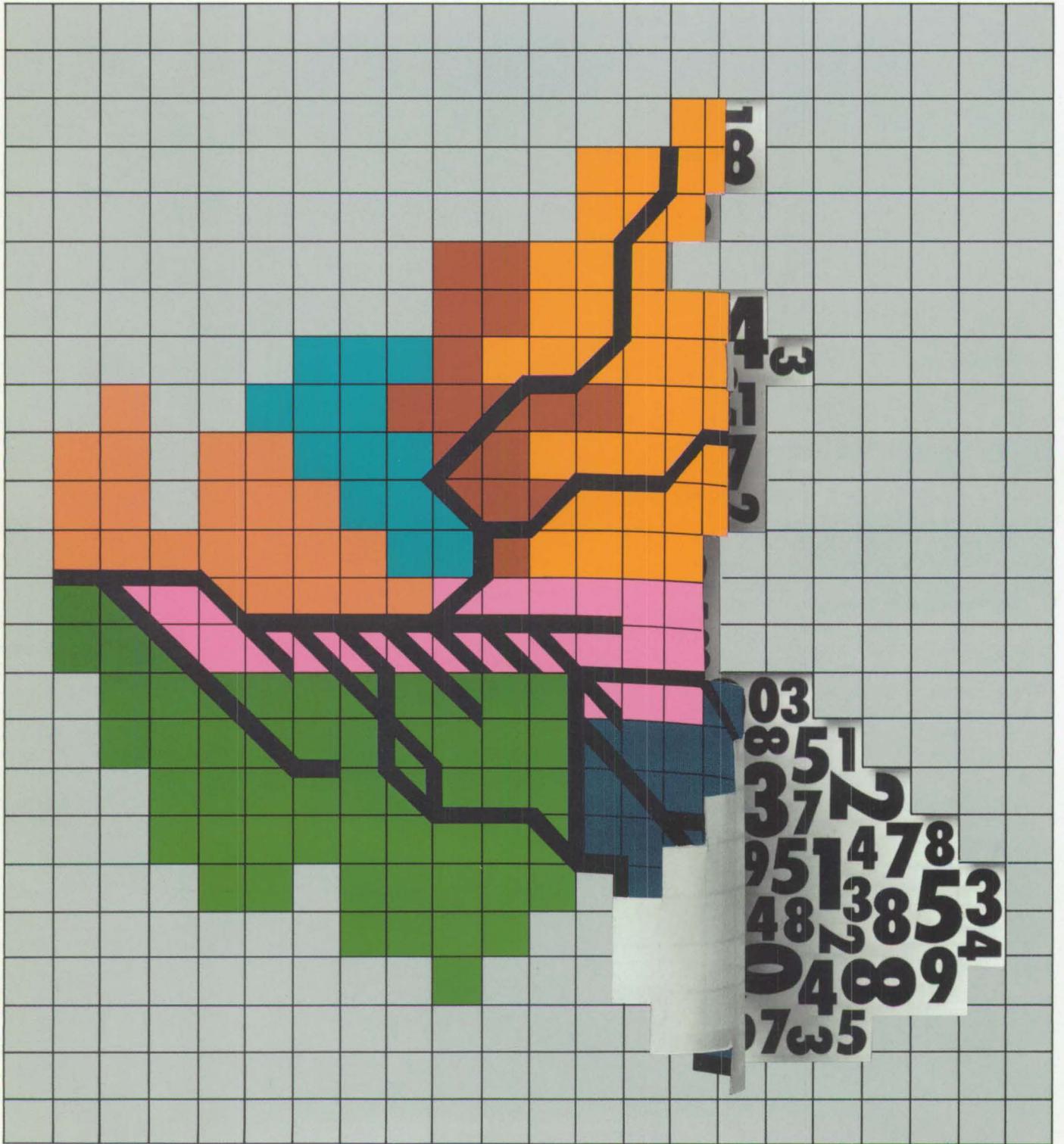


Hamburg in Zahlen

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

1996

9



ZEICHENERKLÄRUNG UND ABKÜRZUNGEN

- = Zahlenwert genau Null (nichts)
0 = mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten in der Tabelle dargestellten Einheit
· = Zahlenwert ist unbekannt, kann aus bestimmten Gründen nicht mitgeteilt werden oder Fragestellung ist nicht zutreffend
... = Zahlen lagen bei Redaktionsschluß noch nicht vor
r = gegenüber früheren Veröffentlichungen berichtete Zahl
p = vorläufige Zahl
s = geschätzte Zahl
x = Nachweis nicht sinnvoll
- / = kein Nachweis, da das Ergebnis nicht ausreichend genau ist
() = Nachweis unter Vorbehalt, da der Aussagewert der Angaben wegen geringer Feldbesetzung gemindert sein kann
≐ = entspricht
* = mit Stern gekennzeichnete Positionen werden im „Zahlen-
spiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht
MD = Monatsdurchschnitt
Vj = Vierteljahr
Hj = Halbjahr

Allen Berechnungen liegen die ungerundeten Werte zugrunde.
Einzelwerte in Tabellen wurden ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet; das Ergebnis der Summierung der Einzelzahlen kann deshalb geringfügig von der nachgewiesenen Endsumme abweichen.

IMPRESSUM

Verlag und Vertrieb:
Statistisches Landesamt
der Freien und Hansestadt Hamburg
20453 Hamburg
Dienstszitz:
Steckelhorn 12, 20457 Hamburg
Telefon: (0 40) 36 81-17 21
Telefax: (0 40) 36 81-17 00
T-Online (Btx): * 36 502 #
E-Mail: Statistik-Hamburg@t-online.de

Verantwortlich für den Inhalt:
Jürgen Weißker

Satz und Herstellung:
Joachim Gehr, Torsten Jonas, Gunther
Knöfler, Dmitrij Kryworutschko,
Heidi von Maltitz

Druck:
Hans Schmidt, 20097 Hamburg

ISSN 0017-6877

Gedruckt auf chlorfrei gebleichten
Papieren.

Einzelpreis: DM 7,-
Jahresabonnement: DM 60,-

Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.

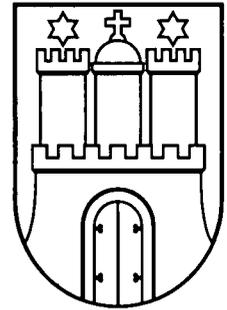
SERVICE UND AUSKUNFTE

Versand von
Veröffentlichungen (0 40) 36 81-17 19
Bibliothek (0 40) 36 81-17 42
Allgemeiner
Auskunftsdienst (0 40) 36 81-17 66
17 68

Hamburg in Zahlen

Zeitschrift des Statistischen Landesamtes
der Freien und Hansestadt Hamburg

50. Jahrgang, September 1996



Zu diesem Heft

Das vorliegende September-Heft von „Hamburg in Zahlen“ erscheint zur offiziellen Verabschiedung von Herrn Senatsdirektor Professor Dr. Erhard Hruschka; er hat das Statistische Landesamt seit 1976 geleitet und tritt mit Ende des Monats in den Ruhestand. Aus diesem Anlass haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes in Kurzbeiträgen die Entwicklungen der letzten 20 Jahre in Hamburg anhand ausgewählter Daten aus ihren jeweiligen Arbeitsbereichen dargestellt und graphisch verdeutlicht. Das Amt hofft, daß es ihm mit dieser Form eines Überblicks gelungen ist, seine Datenvielfalt und Funktion sowie sein Selbstverständnis als „wesentliches Element einer offenen Gesellschaft“ und als „Eckpfeiler einer öffentlichen informationellen Infrastruktur“ zum Ausdruck zu bringen.

Statistik heute ist kein einfaches Arbeitsfeld und das Statistische Landesamt in mancherlei Hinsicht kein leichtes Amt. Es lebt als „wissenschaftliche Dienstleistungsbehörde“ unter anderem in der Spannung zwischen

- verwaltungsbehördlicher Datengewinnung (Erhebung) und wissenschaftlich methodischen Auswertungs-, Analyse- und Forschungstätigkeiten;
- grundgesetzlichen Datenlieferungsverpflichtungen im Verbundsystem der amtlichen Statistik und Informationserwartungen einer stadtstaatlichen Großstadtverwaltung;
- immer strengeren und zunehmend europaweiten rechtlichen Regelungen und Bindungen und dem Erfordernis schneller Anpassung an sich verändernde Situationen und Probleme;
- detaillierten Datenbedarfen und der Gewährleistung von statistischer Geheimhaltung und Datenschutz sowie
- zunehmendem Bedarf an statistischen Daten und (angesichts der öffentlichen Finanzen und der nötigen Sparmaßnahmen) begrenzten Kapazitäten.

Diese Spannungen aufnehmend, hat Prof. Hruschka das Statistische Landesamt Hamburg in einer Zeit stürmischer Entwicklungen und Veränderungen geleitet. Ob in den Bereichen der

- Politik (Europa auf dem Wege zur Wirtschafts- und Währungsunion, Wiedervereinigung Deutschlands);
- Informations- und Kommunikationstechnik (PC-Entwicklung, Internet) oder der
- Organisations- und Managementtechniken (schlanker Staat, Neue Steuerungsmodelle),

immer hat Prof. Hruschka als entscheidungsfreudiger Amtsleiter wie als praxisorientierter Wissenschaftler die Verbindung zwischen amtlicher Statistik und Städtestatistik sowie statistischer Praxis und Wissenschaft hergestellt und zum Wohl Hamburgs einzusetzen gewußt. Dabei standen ihm die Fähigkeit des Schnellesens ebenso zur Verfügung wie ein bemerkenswertes Zahlen- und Personengedächtnis, ein großes Wissen im Detail wie ein stets parater Überblick und nicht zuletzt eine gehörige Portion Optimismus. Diesen, Gesundheit und weiterhin alles Gute wünschen ihm die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die jetzt vor ihm liegenden Jahre seines Ruhestandes.

Prof. Hruschka war kein „bequemer“ Amtsleiter und befand sich nicht immer in Übereinstimmung mit allen seinen, in den Mühsalen des Tagesgeschäftes und der Sparzwänge stehenden oder auch etwas skeptischeren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Immer aber bestand zwischen allen Einigkeit darüber, daß die Statistik eine wesentliche Grundlage für den demokratischen Staat darstellt oder, wie es in der Giebelinschrift des Istituto Centrale di Statistica in Rom heißt:

NVMERVS REIPVBLICAE FVNDAMENTVM

Jürgen Weißker

Inhalt

Zu diesem Heft (Jürgen Weißker).....	257
Senator Wrocklage zur Verabschiedung von Professor Dr. Hruschka	259

Entwicklungen in Hamburg während der letzten zwei Jahrzehnte

Zuzüge und Fortzüge (Jens Gerhardt)	260
Einpersonenhaushalte (Sven Wohlfahrt)	261
Studierende und Auszubildende (Jürgen Meinert)	263
Sozialhilfe (Thorsten Erdmann)	264
„Unter ferner liefen ...“ – Wahlberechtigte ohne Wirkung (Asmus Rösler)	266
Demographische Strukturen der Statistischen Gebiete (Bernd-Uwe Loll).....	269
Wohnungsversorgung der Haushalte (Hans-Jürgen Bach).....	271
Wohnungsbau (Johannes Marx)	273
Verarbeitendes Gewerbe (Gundula Cordt-Nippert).....	276
Strukturwandel im Hafen (Ulrich Wiemann)	278
Tourismus (Erich Walter)	280
Wirtschaft und Beschäftigung (Joachim Müller)	284
Arbeitslosenquoten in der Metropolregion (Juliana Mausfeld)	286
Zur Entwicklung der EU-Regionen (Jürgen Weißker).....	288

Das Statistische Landesamt in der „Ära Hruschka“

Organisation und Personal (Hans Reincke).....	290
Bibliothek (Ursula Bartscher)	291
Haushaltsausgaben (Horst Schüler)	293
Datenverarbeitung (Sigrid Krumbholz-Mai)	295
Statistikproduktion im Verbund (Berndt Hopf)	295
Eigenentwicklungen (Sigrid Krumbholz-Mai).....	297
PC-Netz (Sigrid Berger)	300
Einfacher ist es nicht geworden (Dieter Buch)	303

Herr Senatsdirektor Professor Dr. Erhard Hruschka, seit zwanzig Jahren Leiter des Statistischen Landesamtes und stellvertretender Landeswahlleiter der Freien und Hansestadt Hamburg, tritt in diesem Monat in den Ruhestand.

Prof. Hruschka hat unter drei Ersten Bürgermeistern sowie unter sechs Innenministern auf exponiertem Posten und mit großer Einsatzbereitschaft dem Stadtstaat Hamburg gedient und ihn in den drei großen Aufgabenbereichen des Statistischen Landesamtes repräsentiert:

- Er hat im Bereich der Datenproduktion dafür Sorge getragen, daß großstadtspezifische Belange in das Verbundsystem der amtlichen Statistik eingebracht und dort berücksichtigt wurden. Dabei hat er sich als Vorsitzender und Vertreter der Landesamtsleiter im Fachausschuß „Bevölkerungsstatistik“ in besonderem Maße für die Novellierung des Bevölkerungsstatistikgesetzes und die Neukonzeption der Bevölkerungsstatistik engagiert. In beiden Fällen stellte er sich zugleich den Herausforderungen, die sich aus der Wiedervereinigung Deutschlands für den Aufbau des gesamtdeutschen Systems der amtlichen Statistik ergaben.
- Er hat die Beratungs- und Unterstützungsfunktion des Amtes für die hamburgische Verwaltung und als zentrale Informationsstelle Hamburgs für alle Dateninteressenten ausgebaut.
- Und er hat in seiner Amtszeit sieben Bürgerschafts-/Bezirksversammlungswahlen, sechs Bundestagswahlen und vier Wahlen zum Europäischen Parlament organisiert und analysiert. Im Durchschnitt war dies alle 14 Monate eine Wahl.

Neben einer Reihe von Bereichszählungen, zuletzt die Handwerkszählung 1995 sowie die Handels- und Gaststättenzählung 1993, fiel in die Amtszeit von Prof. Hruschka auch die Volks-, Berufs-, Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung 1987, die sogenannte Volkszählung. Bei dieser hat er mit großem persönlichen Einsatz dazu beigetragen, daß

die Zählung schließlich erfolgreich durchgeführt werden konnte.

Das Volkszählungsurteil des Bundesverfassungsgerichts von 1983 zwingt zur ständigen Abwägung zwischen informationellem Selbstbestimmungsrecht des einzelnen Bürgers und seiner gemeinschaftsbezogenen Sozialpflichtigkeit zur Auskunftserteilung im Rahmen der Gesetze. Daher hat der Datenschutz in den letzten Jahren neben der schon immer bestehenden statistischen Geheimhaltung eine zusätzliche Bedeutung erhalten.

Die letzten Jahre der Amtszeit von Prof. Hruschka sind geprägt durch eine erhebliche Ausdehnung des Systems der europäischen Statistiken neben dem System der deutschen amtlichen Statistik. Die Auswirkungen dieses Prozesses auf die durch unerläßliche Sparmaßnahmen begrenzte Kapazität erfordern seit längerem und auch für die Zukunft erhebliche Anstrengungen. Gerade hieraus resultiert wohl auch die große Aufgeschlossenheit von Prof. Hruschka für die neuen Entwicklungsinstrumente und -prozesse der Verwaltungsmodernisierung vom Controlling bis hin zu den neuen Steuerungsmodellen. Daneben engagierte sich Prof. Hruschka für die neuen Medien der Informations- und Kommunikationstechnik von Btx/T-Online über Telefonkonferenzen bis hin zum Internet und setzte sich für den Aufbau eines Statistischen Informationssystems im Landesamt ein. Darüber darf aber nicht sein gleich starkes Interesse an einem ansprechenden benutzerfreundlichen Erscheinungsbild der herkömmlichen Amtsveröffentlichungen und – last but not least – an der Pflege des umfangreichen Schatzes der Präsenzbibliothek statistischer Werke unerwähnt bleiben.

Was den Bereich der Wahlen betrifft, so sind die von Prof. Hruschka 1982 eingeführten Wahlnachtanalysen hervorzuheben, ein in seiner Qualität bundesweit anerkannter Service, mit dem Hamburg seinerzeit zu den ersten gehörte und den Standard für alle folgenden setzte. Zeiten höchster Anspannung ergaben sich auf dem Wahlgebiet in den Perioden von Juni 1982 bis März 1983 und vom November 1986 bis Mai 1987, wo in neun bezie-

hungsweise sechs Monaten – nachwahlbedingt – jeweils drei Wahlen durchzuführen waren.

Schließlich sind die Erfahrungen und Kontakte von Prof. Hruschka aus seiner Mitgliedschaft und Mitarbeit in zahlreichen wissenschaftlich-statistischen deutschen wie internationalen Organisationen zu nennen: Im Verband Deutscher Städtestatistiker (VDSt), in der Deutschen Statistischen Gesellschaft (DStG), im Internationalen Statistischen Institut (ISI) und seinen Sektionen International Association for Regional and Urban Statistics (IARUS), International Association for Official Statistics (IAOS) und Standing Committee on Regional and Urban Statistics (SCORUS) hatte und hat Prof. Hruschka zum Teil vieljährige Leitungsfunktionen inne – vom VDSt durch eine Ehrenmitgliedschaft gewürdigt – und nutzte sie für die enge Verzahnung von amtlicher Statistik, Städtestatistik und Wissenschaft auch zum Wohle Hamburgs. Auf wissenschaftlichem Gebiet hat sich Prof. Hruschka unter anderem durch eine langjährige Lehrtätigkeit an der Universität Hamburg verdient gemacht und in der Berufung zum Professor seine Würdigung durch den Senat erfahren.

Im Namen des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg und der Behörde für Inneres danke ich Prof. Hruschka für die hervorragende Arbeit auf vielen Gebieten, die er jahrzehntelang für Hamburgs Bürgerinnen und Bürger geleistet hat. An dieser Stelle möchte ich auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Statistischen Landesamtes danken, die Prof. Hruschka in den letzten 20 Jahren zuverlässig unterstützt haben. Mir hat die Zusammenarbeit mit Prof. Hruschka immer besonders viel Freude bereitet, denn er hat es verstanden, das trockene Thema der Statistik mit Leben und manchmal sogar mit Spannung zu erfüllen. Ich freue mich, daß Prof. Hruschka Hamburg in vielfältiger ehrenamtlicher Arbeit erhalten bleibt, und wünsche ihm und seiner Familie alles Gute für den jetzt beginnenden Un-Ruhestand.

Hartmuth Wrocklage
Senator der Behörde für Inneres

Zuzüge und Fortzüge

1,39 Millionen Personen zogen von 1976 bis 1995 in Hamburg zu; 1,27 Millionen Hamburgerinnen und Hamburger verließen die Hansestadt in demselben Zeitraum. Die Summe von 2,66 Millionen Bewegungen bedeutet, daß sich die Hamburger Bevölkerung allein durch die Zu- und Fortzüge über die zwei Jahrzehnte gesehen rechnerisch gut eineinhalbmal völlig ausgetauscht hat.

Im Saldo verzeichnete die Hansestadt damit in zwanzig Jahren einen Wanderungsgewinn von 125 000 Personen.

Diese Mengen kennzeichnen das Massenphänomen der räumlichen Bevölkerungsbewegungen, die in ihren regionalen und demographischen Differenzierungen 20 bewegte Jahre politischer Ereignisse widerspiegeln. Gründe für die Auslösung von Wanderungen waren push-Faktoren wie Krieg, politische oder religiöse Verfolgung, Hunger und Elend im Herkunftsland oder pull-Faktoren wie Wirtschaftsboom und Arbeitskräftenachfrage, Familienzusammenführung oder attraktives Ausbildungsangebot.

Fortzüge waren in Hamburg vermutlich in erster Linie durch pull-Entscheidungen wie Wahl bevorzugter Wohngegenden am Rande (aber außerhalb) der Stadt oder in reizvoller Landschaftsumgebung motiviert.

Zur Erklärung der Höhe der Wanderungsströme der vergangenen zwanzig Jahre ist anzumerken, daß die 70er Jahre nach der Zeit der massiven Anwerbung von Gastarbeitern bis 1973 vom Anwerbestopp geprägt waren. Es folgte die Phase des Nachzugs von Familienangehörigen der ausländischen Erwerbstätigen in Hamburg. Anfang der 80er Jahre, insbesondere 1983/84, begann die aktive Förderung der Rückkehr der Gastarbeiter in ihre Heimatländer.

Gegen Ende der 80er Jahre stieg die Zuwanderung von Aussiedlern aus Osteuropa an. Diese Bewegung wurde quantitativ überlagert von stark wachsenden Strömen von Asylbewerbern vor allem aus Afrika und Asien. Der Fall des Eisernen Vorhangs in Europa 1989 bewirkte eine

weitere erhebliche Zuwanderung aus der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) und aus osteuropäischen Ländern nach Hamburg. Kriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien bildeten Anfang der 90er Jahre eine weitere Bevölkerungsgruppe, die die Zuwanderungen nach Hamburg ansteigen ließ. Die Begrenzung des Zuzugs von Asylbewerbern ab 1993 ließ diesen Wanderungsstrom schließlich auch in Hamburg deutlich geringer werden.

Im Durchschnitt zogen von 1976 bis 1995 pro Jahr 69 591 Personen in Hamburg zu, 63 342 Personen aus der Stadt fort, so daß sich ein durchschnittlicher Wanderungsgewinn von 6249 Personen pro Jahr ergab.

Diese Durchschnittswerte wurden bei den Zuzügen in den Jahren 1976 bis 1987 zum Teil erheblich unterschritten (1983: 50 087) und nach 1987 erheblich übertroffen (1990: 94 215).

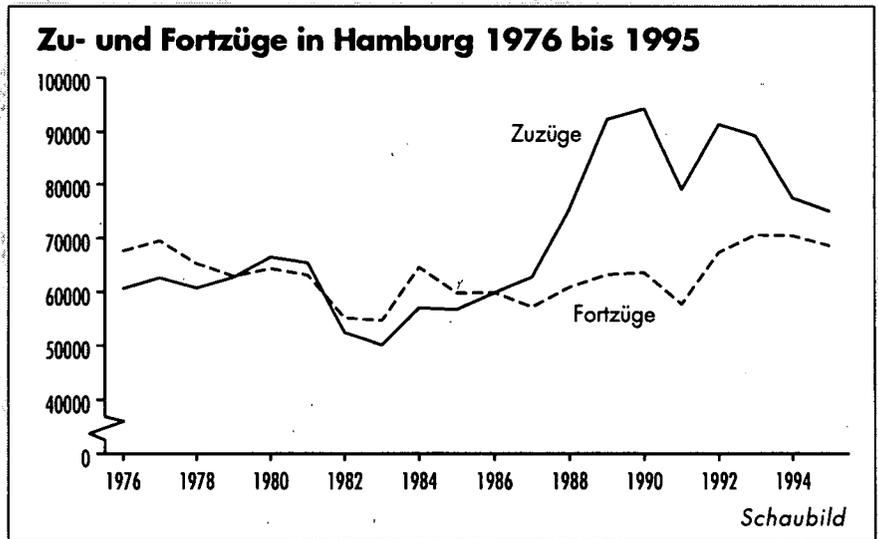
Die Fortzüge zeigten dagegen keine so großen Ausschläge gegenüber dem Durchschnittswert der zwanzig Jahre. Die geringste Zahl wurde 1983 mit 54 685 festgestellt, die höchste 1993 mit 70 660 Fortziehenden. In dieser Zahl waren, was weniger wahrgenommen wird, auch Auswanderer enthalten, die die Bundesrepublik endgültig verließen. Dabei handelt es

sich auch um Personen wie Aussiedler, für die die Bundesrepublik nur das Sprungbrett für ihr Ziel in Übersee war.

1976 bis 1979 verzeichnete Hamburg insgesamt von rund 7000 auf 200 abnehmende Wanderungsverluste, gefolgt von zwei Jahren mit etwa 2200 und 2300 Zuwanderungsgewinnen, und erneut fünf Jahren Fortzugsüberschüssen mit der Höchstzahl von 7500 im Jahr 1984. Ab 1987 gab es wachsende positive Wanderungssalden mit den höchsten Werten von 29 100 im Jahr 1989 und 30 600 im Jahr 1990. Danach gingen die Wanderungsgewinne zurück. 1995 lag der Nettozuwachs nur noch bei 6400 Personen.

Die Mobilitätsziffer, die Summe der Zu- und Fortziehenden bezogen auf 1000 Einwohner, stieg von 1976 mit 75,1 bis 1980 auf 79,3 an, sank auf den Wert von 64,8 im Jahr 1983, dem Jahr mit der geringsten absoluten Zahl von Zu- wie auch Fortzügen, und stieg danach bis 1989, dem Jahr des Falls der Mauer und enormer Zuzüge aus der DDR auf 96,6 Zu- und Fortgezogene je 1000 Einwohner an.

Die Zahl der Zuzüge in Hamburg erhöhte sich von 75 600 (1988) auf 92 300 (1989) und 94 200 (1990) Personen. Die Wanderungsbewegungen hatten sich danach beruhigt, und die Mobilitätsziffer sank kontinuierlich auf 84,2. Dieser Wert



lag aber immer noch deutlich über denen der Jahre 1976 bis 1987.

Differenziert nach Deutschen und Ausländern zeigt sich, daß Hamburg in jedem Jahr der zwei Jahrzehnte Zuzugsgewinne von Deutschen aus dem Ausland hatte, und zwar vor allem aus dem europäischen Ausland. Der positive Saldo gegenüber den europäischen Ländern lag in den Jahren von 1976 bis 1983 zwischen 1000 und 1500 Personen, verdoppelte sich bis 1988 auf 3200 Deutsche und stieg 1989 sprunghaft auf 13 200 Personen. Darunter kamen allein 9800 Personen im Saldo aus der DDR.

Auch die Wanderungsbewegungen der Ausländer geschehen in Hamburg in erster Linie mit dem europäischen Ausland. Aus Afrika und Asien kamen in den Spitzenjahren nur rund 5400 (1992) beziehungsweise 5100 (1990) mehr Personen als dorthin fortzogen. Aber aus den euro-

päischen Ländern wurden ab 1990 über 10 000 Wanderungsgewinne registriert, 1992 sogar 14 000. Ab 1993 wirkten sich die Zuzugsbeschränkungen aus, und aus den europäischen Ländern kamen per Saldo nur noch 7800 Ausländer mehr nach Hamburg als aus Hamburg fortzogen (1994: 5100 und 1995: 3900 Ausländer).

Die Freie und Hansestadt Hamburg hat in der Regel gegenüber den Bundesländern Wanderungsgewinne. Ausnahmen bilden Schleswig-Holstein und Niedersachsen. An deren Gebietsteile im Hamburger Umland verlor Hamburg wegen der Anziehungsfaktoren wie preisgünstiges Bauland oder ruhige Wohngegend stets Einwohner, die deswegen aber keineswegs den Stadt- und Regionsbereich von Hamburg verließen.

In den 20 Jahren von 1976 bis 1995 wanderten 455 800 Hamburger und

Hamburgerinnen in die Randkreise ab, 314 000 Personen kamen aus den Randkreisen, so daß 142 000 im Saldo mehr ins Randgebiet im genannten Zeitraum fortzogen. In den Jahren 1977 bis 1980 waren es jeweils mehr als 11 000 Personen. Danach sank der Fortzugssaldo auf 4600 (1983) oder 4200 (1988) ab. In den letzten Jahren bis 1995 stieg der Fortzugssaldo wieder, obwohl die Zuzüge aus dem Umland 1993 bis 1995 jeweils auf über 16 000 anwuchsen. Die Fortzüge erreichten aber mit 23 000 bis fast 25 000 eine Größenordnung wie Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre. 1995 zogen 24 400 Personen ins Umland, 16 000 Menschen zogen aus dem Umland nach Hamburg zu, so daß 1995 im Saldo 8400 Personen mehr ins Umland fort- als zugezogen waren: Der Stadtregion der Freien und Hansestadt Hamburg blieben sie aber treu.

Jens Gerhardt

Einpersonenhaushalte

Alleinlebende haben altersabhängig ganz spezifische Ansprüche an die Gesellschaft, die sich keineswegs nur auf den Wohnungsmarkt auswirken (man denke nur an die Nachfrage nach Gütern in „Kleinpackungen“ in einer Bandbreite, die von der Tütensuppe über den Minikühlschrank bis zum zweisitzigen Auto reicht). Singles verhalten sich aber auch anders als die gleichaltrigen Mitglieder größerer Haushalte (genießen beispielsweise häufiger die außerhalb der Wohnung angebotenen Freizeitangebote) und nutzen dabei bestimmte Teile der städtischen Infrastruktur häufiger als ihre Altersgenossen in den Mehrpersonenhaushalten. Die Anzahl der Einpersonenhaushalte stieg während der letzten 20 Jahre in Hamburg um etwa 80 000 auf nunmehr 400 000 an. Damit ist das Wachstum der Haushaltszahlen in Hamburg insgesamt zu einem großen Teil auf die Zunahme der Singles zurückzuführen.

Unter diesen Blickwinkeln gewinnt die Analyse der alters- und geschlechtsspezifischen Strukturveränderungen der Alleinlebenden eine zweifache Bedeutung. Einerseits läßt sich aus ihr eine Aussagebasis zur Abschätzung der künfti-

gen Entwicklung der Kleinsthaushalte ableiten. Andererseits ist es offensichtlich, daß die Spezifika, mit denen Alleinlebende an den verschiedenen Märkten der Gesellschaft als Anbieter und insbesondere als Nachfrager auftreten, in Abhängigkeit vom Alter und wohl auch vom Geschlecht variieren, so daß demographische Veränderungen in der Gruppe der Einpersonenhaushalte für die Anbieter entsprechender Güter und Dienstleistungen sowie städtischer Infrastruktureinrichtungen von Interesse sind.

Zur Unterstützung der Analyse sollen in Anlehnung an Modelle des Familienzyklus drei Typen von Kleinsthaushalten unterschieden werden:

- Jüngere Alleinlebende, die das Elternhaus verlassen haben, um eine Phase der Erprobung ihrer Eigen- und Selbstständigkeit zu erleben, also „flügge“ werden wollen, ohne in einer neuen Wohn- und Wirtschafts- und Lebensgemeinschaft bereits neue Bindungen einzugehen (operationalisiert durch die Altersgruppe der 20- bis unter 40jährigen).
- Einpersonenhaushalte mittleren Alters, zu der einerseits Personen

zählen, die ihre Unabhängigkeit und die gesellschaftlichen Möglichkeiten zur Selbstverwirklichung genießen, andererseits aber auch solche, die eine langfristige Bindung mit weiteren Personen innerhalb eines gemeinsamen Haushalts suchen, sie aber zur Zeit nicht finden (40- bis unter 60jährige).

- Älteren Singles, die in aller Regel unfreiwillig, insbesondere durch Tod des Partners zu Alleinlebenden geworden sind (Personen im Alter von 60 Jahren oder mehr).

Es ist also davon auszugehen, daß der Anteil derjenigen, die das Alleinleben ganz bewußt als Lebensform gewählt haben, mit zunehmendem Alter sinkt, während der Anteil der unfreiwilligen Singles im Alter zunimmt.

Zwischen 1976 und 1995 erhöhten sich nicht nur die Anzahl und der Anteil der Einpersonenhaushalte, es stieg auch der Anteil der Alleinlebenden an allen Personen, die in Haushalten leben, nämlich von 19,0 Prozent auf 23,7 Prozent. Zur Berechnung des Anteils der Singles an der Bevölkerung in Privathaushalten, die selbst einen eigenständigen Kleinsthaus-

halt bilden könnten, ist es allerdings sinnvoller, die Kinder und Jugendlichen bei der Betrachtung auszuklammern. Eine auf diese Weise berechnete Alleinlebenquote der mindestens 20jährigen Bevölkerung in Privathaushalten veränderte sich folgendermaßen:

Jahr	Alleinlebenquote in %		
	Insgesamt	Männer	Frauen
1976	24,2	17,3	29,8
1980	25,7	19,1	31,2
1985	27,9	22,8	32,3
1990	29,0	24,8	32,5
1995	28,7	25,9	31,2

Die Gesamt-Quote ist also bis 1990 auf fast 30 Prozent angestiegen und seitdem unwesentlich gefallen. Das Niveau der Quote ist vergleichsweise stark durch die weiblichen Alleinlebenden beeinflusst, die Dynamik wird aber überwiegend durch die Entwicklung unter den Männern bestimmt. Seit 1976 haben sich die Quoten der Geschlechter immer stärker angenähert, die ursprüngliche Differenz von 12,5 Prozentpunkten im Jahr 1976 hat sich bis zum Jahr 1995 auf 5,3 Prozentpunkte verringert und damit mehr als halbiert.

Die zusammengefaßten Alleinlebenquoten können sich aufgrund wandelnder Alters- und Geschlechtsstrukturen oder aber auch verhaltensbedingt verändert haben. Um den Einfluß der demographischen Faktoren auszuschalten, wurden die Quoten auch unter den Bedingungen seit 1976 konstanter Alters- und Geschlechtsstrukturen berechnet. Während die altersstrukturelle Entwicklung die Alleinlebenquote der Männer aktuell etwas überzeichnet (25,9 statt 25,3 Prozent unter konstanten Strukturen), dämpft sie die Quote bei den Frauen leicht (31,2 statt 31,6 Prozent unter seit 1976 konstanten Altersstrukturen). Beide Effekte sind also nicht schwerwiegend und neutralisieren sich auf alle Einpersonenhaushalte berechnet nahezu vollständig. Der deutlich gestiegene Anteil der Singles an den in Haushalten lebenden Erwachsenen ist somit nur in sehr geringem Maße auf Alters- und Geschlechtsstruktureffekte zurückzuführen, viel bedeutender sind Verhaltensänderungen.

Auch das absolute Zahlenverhältnis der männlichen und weiblichen Singles hat

sich während der letzten beiden Jahrzehnte weiter angeglichen. Waren im Jahr 1976 noch über zwei Drittel aller Einpersonenhaushalte weiblich, reduzierte sich dieses Übergewicht bis 1995 um zehn Prozentpunkte, so daß nunmehr nur noch 57,7 Prozent der Alleinlebenden Frauen und bereits 42,3 Prozent Männer sind.

Während der letzten zwei Jahrzehnte wurden die Singles im Durchschnitt immer jünger, wie der Nachweis des mittleren Alters in der folgenden Tabelle zeigt:

Jahr	Mittleres Alter der Alleinlebenden in Jahren		
	Insgesamt	Männer	Frauen
1976	62,0	37,9	66,6
1980	59,6	38,0	67,2
1985	53,8	40,1	64,3
1990	50,8	37,9	63,5
1995	47,8	37,4	59,6

Die Reduzierung des mittleren Alters der Alleinlebenden zwischen 1976 und 1995 um über 14 Jahre ist allerdings ebenfalls weitgehend eine Folge des erhöhten Anteils der Männer. Die Altersmediane der männlichen und weiblichen Singles unterscheiden sich nämlich überaus deutlich. Überträgt man die oben vorgestellten Typen auf die vorzufindenden Strukturen, zeigt sich, daß ein großer Teil der männlichen Singles zum jüngsten Typ der „Ausprobierer des Alleinlebens“ gehört, während unter den weiblichen Einpersonenhaushalten der älteste Typ der „unfreiwillig Alleinlebenden“ eine sehr hohe, wenn auch abnehmende, Bedeutung hat. So lagen die Altersmediane der Frauen und Männer im Jahr 1976 um fast 30 Jahre auseinander, und obwohl die weiblichen Alleinlebenden im Mittel während der letzten 20 Jahre im Gegensatz zu ihren männlichen Schicksalsgenossen deutlich, nämlich um sieben Jahre, jünger geworden sind, weichen die Altersmediane auch 1995 immer noch um über 20 Jahre voneinander ab.

Eine differenzierte Betrachtung der Verbreitung von Einpersonenhaushalten in verschiedenen Altersklassen zu unterschiedlichen Bezugsjahren ergibt folgendes Bild:

Der Anteil derer, die sich gerade vom Elternhaus gelöst haben, um erst einmal auf eigenen Beinen zu stehen, hat sich kaum verändert; in der Altersgruppe der

20- bis unter 25jährigen ist die Alleinlebenquote seit 20 Jahren mit 30 Prozent konstant hoch, ohne daß auch nur geschlechtsspezifisch signifikante Abweichungen festzustellen wären. Die größten Steigerungen der Alleinlebenanteile sind in den Altersgruppen zwischen 25 und 55 Jahren zu beobachten, wobei sich allerdings die Quoten der Jahre 1990 und 1995, bedingt auch bereits die für das Jahr 1985, sehr ähneln. In diesen Altersgruppen hat sich die vehemente Entwicklung hin zum Single also mittlerweile beruhigt, was in fast gleicher Weise für die männliche und die weibliche Bevölkerung gilt.

Wie unter den jüngeren Altersgruppen ist auch unter den 55- bis unter 60jährigen der Anteil der Singles seit 1976 unverändert (20 Prozent), wobei sich Zunahmen unter der männlichen und Abnahmen unter der weiblichen Bevölkerung neutralisieren.

Personen im Alter zwischen 60 bis unter 75 Jahren leben gegenwärtig dagegen eher seltener als noch während der 70er und 80er Jahre in Einpersonenhaushalten. Auch hier ist die Entwicklung unter Frauen (abnehmende Anteile Alleinlebender) und Männern (konstante bis zunehmende Anteile) gegenläufig.

Bei der ältesten Einwohnergruppe (75jährige und Ältere) ist der Anteil der Singles seit 1976 nahezu unverändert (er schwankt zwischen 55 und 59 Prozent). Dabei unterscheiden sich zwar Frauen (Alleinlebenquote etwa 70 Prozent) und Männer (knapp 30 Prozent) sehr deutlich, allerdings ohne daß sich die geschlechtsspezifischen Quoten wesentlich verändert hätten.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß das zwischen 1976 und 1990 absolut und relativ zunehmende Phänomen der Einpersonenhaushalte sehr stark auf Verhaltensänderungen insbesondere der jüngeren Frauen und Männer im Alter zwischen 25 und 40 Jahren zurückzuführen ist, aber auch unter den Personen mittleren Alters (40 bis unter 55 Jahre) wuchs der Anteil der Singles. Dagegen nahm die Alleinlebenquote der 55- bis unter 75jährigen sogar ab, bei den mindestens 75jährigen blieb sie konstant. Zwischen 1990 und 1995 veränderten sich die Alleinlebenquoten in allen Altersgruppen nicht mehr signifikant.

Sven Wohlfahrt

Studierende und Auszubildende

Die Hamburger Hochschulen weisen im Verlauf der letzten zwei Jahrzehnte einen stetig steigenden Bestand an Studierenden auf. An dieser Entwicklung waren insbesondere die beiden großen Hamburger Hochschulen beteiligt. Vom Wintersemester 1975/76 bis zum Wintersemester 1995/96 wuchs die Zahl der Studierenden an der Universität Hamburg um 53 Prozent, an der Fachhochschule Hamburg um 164 Prozent. Die Gesamtzahl an allen Hamburger Hochschulen stieg von 36 634 um 88 Prozent auf 68 971.

Die Ausweitung des Hochschulbereichs ist Ausdruck eines Strukturwandels im deutschen Bildungssystem. Den steigenden Studierendenzahlen steht seit den 80er Jahren ein Rückgang der Zahlen der Auszubildenden in der dualen Ausbildung gegenüber. Schon 1980 lag die Zahl der Studierenden in Hamburg um 3508 höher als die Zahl der Auszubildenden. Der Abstand vergrößerte sich immer weiter. 1990 betrug das Verhältnis von Studierenden zu Auszubildenden bereits 3:2. 1995 war die Zahl der Studierenden mehr als doppelt so hoch wie die der Auszubildenden.

Das gewandelte Bildungsverhalten der jungen Hamburgerinnen und Hamburger läßt sich auch an der Entwicklung der allgemeinbildenden Schulen erkennen. Die Abnahme der Schülerzahlen insgesamt hat sich in den einzelnen Schulformen unterschiedlich ausgewirkt. Es ist eindeutig eine Bevorzugung der gymnasialen Ausbildung zu beobachten. Betrachtet man die Verteilung der Schüler der 8. Klassenstufe auf die angebotenen Schulformen, so fällt der sich stetig vergrößernde Anteil der Gymnasiasten auf. Während 1964 die Gymnasiasten in der Minderheit waren mit einem Anteil von nur 17 Prozent an der Gesamtschülerzahl, übertrafen sie 1974 bereits die Hauptschüler und die Realschüler und erreichten einen Anteil von 32 Prozent. Dieser Anstieg setzte sich fort. 1994 besuchten 36 Prozent der Schülerinnen und Schüler der 8. Klassenstufe Gymnasien. Hierbei ist zusätzlich zu berücksichtigen, daß auch die Gesamtschulen für einen Teil

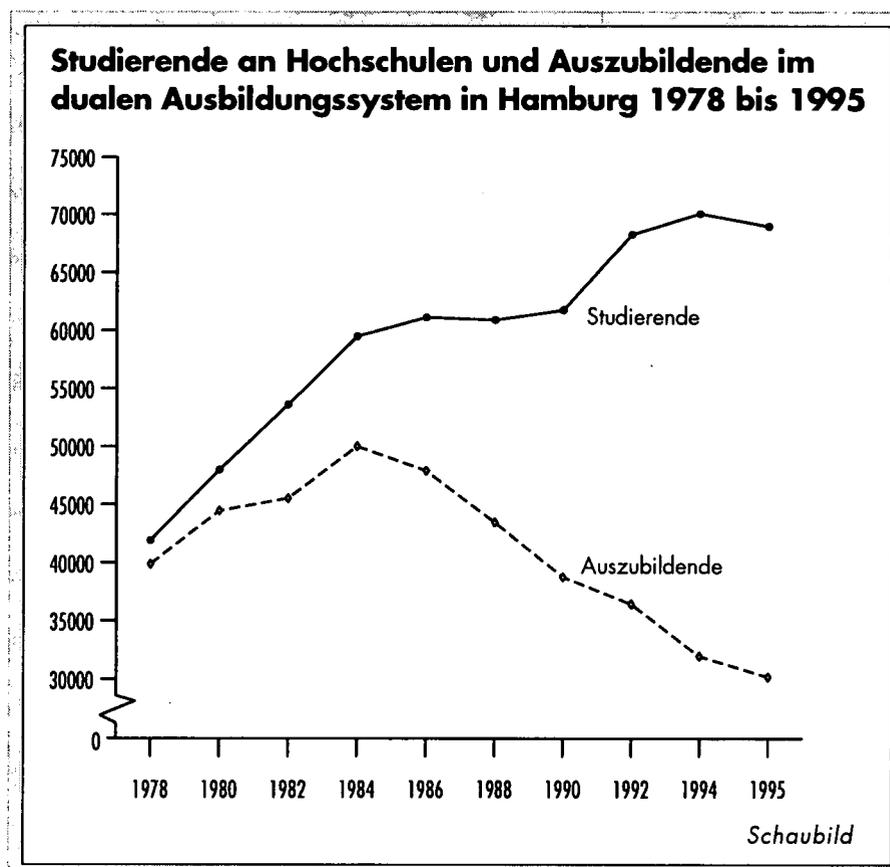
ihrer Schüler eine gymnasiale Ausbildung bereitstellen und daß eine wachsende Zahl von Schülern auf diese Schulform entfällt (26 Prozent der Schüler der 8. Klassenstufe im Jahr 1994).

Diese Tendenz zur gymnasialen Ausbildung hat bei den Schulentlassungen zu einem Anstieg der Abschlüsse mit Hochschulreife geführt. Während die Gesamtzahl der Schulentlassungen seit 1980 bis 1994 um 37 Prozent gesunken ist, sind die Abgänge mit erworbener Hochschulreife nur um 9 Prozent zurückgegangen. Den Hauptanteil an der rückläufigen Entwicklung haben die Hauptschulen mit einem Rückgang um 48 Prozent und die Realschulen mit einem Rückgang um 44 Prozent. Dies bedeutet, daß die Anteile der Haupt- und Realschulabschlüsse an der Gesamtzahl der Schulentlassungen immer geringer geworden sind, dagegen der Anteil der Abgänge mit erworbener Hochschulzugangsberechtigung gestiegen ist. 1980 erwarben nur 24 Prozent der

Schulentlassenen in Hamburg die Hochschulreife, 1994 erreichten 34 Prozent diesen Abschluß. Diese Entwicklung ist eine der Voraussetzungen für die eingangs beschriebene strukturelle Veränderung im Bereich der akademischen Ausbildung und der beruflichen Ausbildung. Die disparaten Entwicklungen in beiden Bereichen werden in dem *Schaubild* ersichtlich.

Die Anzahl der Studierenden aller Hamburger Hochschulen hat sich in den letzten beiden Dekaden um nahezu zwei Drittel erhöht. Die Zuwächse im Studentenbereich korrespondieren mit Rückgängen bei den Auszubildenden des dualen Systems. Die wechselseitigen Beziehungen zwischen diesen konträren Entwicklungen zeigen auch einen Prozeß der Verwissenschaftlichung der Berufswelt und des Wandels der Hochschulen zu Institutionen der wissenschaftlichen Berufsausbildung auf.

Jürgen Meinert



Sozialhilfe

Sozialhilfe wird jenen Personen gewährt, die sich in einer Notlage befinden, die aus eigenen Kräften und Mitteln nicht behoben werden kann. Ziel dieser staatlichen Unterstützung ist es, den Bedürftigen durch Sicherstellung der Grundversorgung ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Die Sozialhilfe greift erst dann ein, wenn die Leistungen anderer Unterhaltsverpflichteter (Kinder oder Eltern), anderer Sozialleistungssysteme (zum Beispiel Arbeitslosen- oder Rentenversicherung) oder sonstiger Stellen keine zulängliche Hilfe erbringen. Im folgenden wird die Entwicklung bei den Empfängern von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU) dargestellt. Diese Hilfeart wird oft als „Sozialhilfe im engeren Sinne“ bezeichnet und dient der Sicherstellung der Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen des laufenden Bedarfs (zum Beispiel an Nahrung, Körperpflege, Kleidung, Heizung, Kultur)¹⁾.

Armut vervierfacht

Die Entwicklung der Zahl der außerhalb von Gemeinschaftsunterkünften lebenden Personen, die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt erhielten, war in den letzten zwei Jahrzehnten von einer sehr starken Zunahme gekennzeichnet. In der zweiten Hälfte der 70er Jahre war der Anstieg zunächst noch gering: Am Jahresende 1975 zählte man in Hamburg knapp 33 000 Sozialhilfebezieher/innen, 1979 waren es mit fast 36 000 nur wenig mehr. Seit der ersten Hälfte der 80er Jahre wurde dann eine deutlich stärkere Zunahme der Empfängerzahlen beobachtet: Am Jahresende 1984 waren beispielsweise fast 69 000 und 1990 sogar 105 000 Hamburgerinnen und Hamburger auf laufende Hilfe zum Lebensunterhalt angewiesen. Dem leichten Rückgang zu Beginn der 90er Jahre folgte ein weiterer kräftiger Anstieg auf 137 000 Empfänger/innen Ende 1994²⁾. Zwischen 1975 und 1994 hatte sich damit die Zahl der von Sozialhilfe lebenden Einwohner/innen um rund 104 000 Personen vergrößert, was einer Vervierfachung (plus 321 Prozent) binnen knapp zwei Jahrzehnten ent-

spricht. Dabei wurde die ebenfalls positive Dynamik auf Bundesebene (alte Länder: schätzungsweise plus 188 Prozent) noch deutlich übertroffen.

Der Zuwachs wurde von Kindern und Jugendlichen sowie besonders von Personen im erwerbsfähigen Alter getragen. Zwischen 1978³⁾ und 1994 erhöhte sich der Bestand der 18- bis unter 65jährigen HLU-Empfänger/innen um gut 65 000 oder 431 Prozent. Dafür waren insbesondere die gestiegene (Langzeit-) Arbeitslosigkeit sowie die starke Zuwanderung aus dem Ausland (Asylbewerber, Bürgerkriegsflüchtlinge, Nachzug von Familienmitgliedern hier lebender Ausländer, Aussiedler) verantwortlich. Hinzu kommt, daß etwa ab 1980 die geburtenstarken Jahrgänge der 60er Jahre in das Erwerbsalter hineinwuchsen, die Einwohnerzahl in dieser Altersgruppe erhöhten und dabei auf einen angespannten Arbeitsmarkt trafen.

Die Wachstumsrate der sozialhilfebedürftigen Kinder und Jugendlichen (bis unter 18 Jahre) war demgegenüber mit 248 Prozent (plus 35 000 Bezieher/innen) deutlich geringer. Da der Sozialhilfebezug bei Kindern und Jugendlichen weitgehend durch die wirtschaftliche Situation der Eltern beziehungsweise Elternteile bestimmt ist, sind die schon genannten Gründe für den Anstieg der Empfängerzahlen maßgebend. Von Bedeutung ist außerdem, daß im Zuge der Pluralisierung der Lebens- und Familienformen tendenziell mehr junge Menschen in Ein-Eltern-Familien aufwachsen. Erziehungsaufgaben und Erwerbstätigkeit sind dort nur schwer zu vereinbaren, was häufig zur Inanspruchnahme von Sozialhilfeunterstützung führt.

Die Zahl der älteren auf laufende Hilfe zum Lebensunterhalt angewiesenen Menschen hatte sich im Zeitverlauf kaum verändert. Sie lag in allen Jahren zwischen 5800 und 8000. Dies dürfte einerseits mit den deutlichen Rentenanhebungen in den 70er und 80er Jahren, andererseits aber auch teilweise mit der bis Mitte der 80er Jahre rückläufigen Einwohnerentwicklung in dieser Altersgruppe in Zusammenhang stehen⁴⁾.

Insgesamt hatte sich damit in den letzten 20 Jahren die Altersstruktur der Hilfebezieher/innen deutlich zugunsten der mittleren erwerbsfähigen Altersgruppen verschoben. Standen 1978 erst 41 Prozent aller Sozialhilfebegünstigten im Alter von 18 bis unter 65 Jahren, waren es 1994 mit 59 Prozent schon fast drei Fünftel. Bei Kindern und Jugendlichen verminderte sich der Anteil geringfügig von 38 auf 36 Prozent, wogegen bei den Seniorinnen und Senioren eine Abnahme von 21 auf sechs Prozent gemessen wurde. Rein rechnerisch ist die Zunahme der Empfängerzahlen zwischen 1975 und 1994 zu zwei Dritteln auf die erwerbsfähigen und zu einem Drittel auf Kinder und Jugendliche zurückzuführen.

Überdurchschnittliche Zunahme bei Ausländern

Ein überproportionales Wachstum ist bei den ausländischen Hilfebeziehenden zu erkennen. Während sich die Zahl der deutschen Hilfebedürftigen zwischen 1978 und 1994 mehr als verdoppelte (von 36 000 um 151 Prozent auf 90 000), nahm die Zahl ausländischer HLU-Empfänger/innen auf das 38-fache zu (von 1200 um 3709 Prozent auf 47 000). Absolut betrachtet wurden 1994 rund 54 000 mehr deutsche und fast 46 000 mehr ausländische Hilfebezieher/innen gezählt als 1978. Die weit überdurchschnittliche Zunahme bei den ausländischen HLU-Beziehern und -Bezieherinnen läßt sich nur zu einem Bruchteil durch das Wachstum der ausländischen Bevölkerung in Hamburg (Anstieg zwischen 1978 und 1994: 98 Prozent) erklären. Neben der besonders in den frühen 80er Jahren steigenden Arbeitslosigkeit, von der Ausländer/innen in höherem Maße betroffen waren als Deutsche, hatte sich die sozialstrukturelle Zusammensetzung der nichtdeutschen Einwohnerschaft im Zeitverlauf nachhaltig verändert. Dominierten in den 70er Jahren vor allem Gastarbeiter mit eigenem Erwerbseinkommen, kam es danach durch den Nachzug von Familienmitgliedern zu einer Stärkung der nicht erwerbstätigen Bevölkerungsteile. Entscheidende

Auswirkungen hatte der seit Ende der 80er Jahre stark ansteigende Zuzug von Asylbewerbern und Bürgerkriegsflüchtlingen. Deren Lebensunterhalt wurde in der Regel durch Sozialhilfe sichergestellt und führte – weitgehend unabhängig von der sich Anfang der 90er Jahre vorübergehend entspannenden Arbeitsmarktlage – zu einer kontinuierlichen Erhöhung der Zahl nichtdeutscher Hilfeempfänger/innen. Dementsprechend vergrößerte sich der Anteil der ausländischen Staatsangehörigen an den außerhalb von Einrichtungen wohnenden Personen mit HLU-Leistungen zwischen 1978 und 1994 von drei auf 34 Prozent.

Sozialhilfebedürftigkeit stark gestiegen

Setzt man die Zahl der HLU-Empfänger/innen ins Verhältnis zum Bevölkerungsbestand, dann lassen sich Aussagen zur Entwicklung der Sozialhilfebedürftigkeit bei einzelnen Bevölkerungsgruppen treffen. Auch bei dieser Betrachtungsweise zeigt sich im Zeitverlauf eine fast kontinuierliche Zunahme. Bezogen 1975 erst 19 Promille der Hamburger Einwohnerschaft laufende Hilfe zum Lebensunterhalt, waren es 1984 43 und 1990 schon 63 von 1000 Einwohner/innen. Einem geringfügigen Rückgang Anfang der 90er Jahre folgte ein Anstieg auf den Rekordanteil von 80 Promille am Jahresende 1994. In Hamburg war damit eine ähnliche Entwicklung zu beobachten wie im Bundesgebiet, wo sich der Empfängeranteil von 14 Promille (1975) auf ungefähr 37

Promille (1994) erhöhte. Die vergleichsweise häufigere Inanspruchnahme von Sozialhilfeleistungen in Hamburg ist darin begründet, daß besonders bedürftige Bevölkerungsgruppen wie Alleinerziehende oder Ausländer/innen in der Großstadt stärker vertreten sind als im Bund. Außerdem kam es im Zuge der Suburbanisierung zu einer Abwanderung insbesondere von wohlhabenderen Bevölkerungsschichten in das Umland, mit der Folge einer Konzentration von weniger begüterten Einwohner/innen in der Stadt.

Die *Tabelle* zeigt, daß sich in den einzelnen Altersgruppen die Sozialhilfebedürftigkeit unterschiedlich entwickelt hatte. Am stärksten zugenommen hatte sie bei Kindern und Jugendlichen, und zwar von 43 Promille im Jahr 1978 auf 181 im Jahr 1994. Für die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (18 bis unter 65 Jahre) wurde im gleichen Zeitabschnitt eine Steigerung des Empfängeranteils von 15 auf 70 Promille registriert. Demgegenüber gab es bei den Hamburger Seniorinnen/Senioren nur geringe Veränderungen in der Sozialhilfebedürftigkeit; 1978 erhielten 24 und 1994 26 von 1000 Hamburger/innen laufende Hilfe zum Lebensunterhalt.

Der höchste Sozialhilfeempfängeranteil wurde in allen Jahren bei Kindern und Jugendlichen registriert. Jüngere Familien konnten oft noch keine genügenden Ansprüche auf andere Unterstützungsleistungen (wie Arbeitslosengeld) erarbeiten oder waren wie Alleinerziehende wegen Erziehungspflichten an einer Erwerbstätigkeit gehindert

und daher auf Sozialhilfe angewiesen. Während noch Anfang der 80er Jahre ältere Menschen häufiger HLU-Leistungen bezogen als Einwohner/innen im Erwerbsalter, war dies seit 1982 genau umgekehrt. Hierin findet die erhöhte Arbeitslosigkeit sowie die

Zuwanderung von überwiegend im jüngeren Erwachsenenalter stehenden Ausländer/innen ihren Niederschlag.

Auch bezüglich der Staatsangehörigkeit hat ein grundlegender Wandel in der Sozialhilfebedürftigkeit stattgefunden. 1978 lag der Anteil der ausländischen HLU-Bezieher/innen an der ausländischen Einwohnerschaft mit 10 Promille noch deutlich unter dem entsprechenden Wert der Deutschen (23 Promille). In den 90er Jahren waren die Verhältnisse genau umgekehrt; 190 von 1000 nichtdeutschen, aber nur 62 von 1000 deutschen Hamburger/innen bezogen am Jahresende 1994 laufende Hilfe zum Lebensunterhalt.

Im Zeitverlauf war nämlich die Sozialhilfequote der Ausländer/innen deutlich schneller gestiegen als die der Deutschen. Sie erhöhte sich fast kontinuierlich von 10 Promille 1978 auf 166 Promille im Jahr 1990. In den Folgejahren war dann bis 1993 ein leichter Rückgang der Hilfebedürftigkeit zu beobachten. Der Anteil der Deutschen, die HLU-Leistungen erhielten, war besonders in der ersten Hälfte der 80er Jahre gestiegen. Danach trat eine gewisse Stagnation auf hohem Niveau ein. Seit Mitte der 80er Jahre zeigt sich ein enger Zusammenhang mit der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt mit vorübergehend rückläufigen Empfängerquoten in den Jahren 1987/88 und 1991/92. Gemessen an der Entwicklung der Sozialhilfeempfängerzahlen hat also die Armut in Hamburg während der letzten zwei Jahrzehnte deutlich zugenommen. Dabei waren Arbeitslosigkeit und Zuwanderung die entscheidenden Faktoren.

Thorsten Erdmann

- 1) Nicht betrachtet werden die Empfänger/innen von sogenannter Hilfe in besonderen Lebenslagen (HbL), die – meist zusätzlich zur HLU – zur Bewältigung spezifischer (singulärer oder seltener) Lebenslagen, beispielsweise bei Krankheit, Behinderung oder Pflegebedürftigkeit gewährt wird.
- 2) Einschließlich Regelleistungsempfänger/innen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz; unterstützungsbedürftige Asylbewerber/innen wurden bis 1993 in der Sozialhilfestatistik, danach aber in einer gesonderten Statistik erfaßt.
- 3) Für 1978 liegen erstmals altersspezifische Angaben zum Jahresende vor.
- 4) Dabei sind allerdings diejenigen älteren Menschen nicht berücksichtigt, die bei Pflegebedürftigkeit Hilfe in besonderen Lebenslagen erhielten, ihren sonstigen laufenden Lebensunterhalt (Nahrung, Kleidung) aber aus eigenen Mitteln (zum Beispiel durch Rente) decken konnten.

Sozialhilfe in Hamburg 1978 - 1994

Empfänger/innen laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen je 1000 der jeweiligen Bevölkerungsgruppe

Empfängergruppe	1978	1984	1990	1994 ¹⁾
Empfänger/innen insgesamt	22	43	63	80
und zwar				
im Alter von ... bis unter ... Jahren				
0 - 18	43	78	136	181
18 - 65	15	35	57	70
65 - und mehr	24	29	24	26
Deutsche	23	39	49	62
Ausländer/innen	10	81	166	190

1) 1994 einschließlich Regelleistungsempfänger/innen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, die seit 1994 nicht mehr in der Sozialhilfe, sondern in einer gesonderten Statistik erfaßt werden.

Tabelle

„Unter ferner liefen ...“ – Wahlberechtigte ohne Wirkung

Die „Partei der Erfolglosen“

Wahlen sind Instrumente der politischen Willensbildung. Naturgemäß konzentriert sich daher das Interesse der Wahlforschung in erster Linie auf Ursachen und Gründe der Wahlentscheidungen, die zu einem Mandatserfolg führen. Kaum oder gar nicht beachtet werden die politischen Entscheidungen, die zu einer Nichtteilnahme an der Wahl oder zu einer Stimmabgabe führen, die nicht mit einem Mandatserfolg verbunden ist. Da es sich hier in der Vergangenheit um eine Minderheit gehandelt hatte, war das geringe Interesse der Wahlforschung und des Publikums verständlich.

Mittlerweile aber hat sich die Schar der nicht zum Zuge gekommenen „Stimmen“ zu einer nicht mehr vernachlässigbaren Größe entwickelt: So konnte die „Partei der Erfolglosen“ bei der letzten Europawahl im Sommer 1994 mit fast 53 Prozent aller Wahlberechtigten die absolute Mehrheit erringen! Den „Löwenan-

teil“ stellten diejenigen Wahlberechtigten, die der Wahlurne fernblieben (40 Prozent). Die ungültigen Stimmen und das Scheitern von 21 Parteien und Wählervereinigungen an der Fünf-Prozent-Hürde, darunter auch der Freien Demokraten und der REPUBLIKANER, die 1989 noch beide ins Europäische Parlament gewählt worden waren, brachte der „Partei der Erfolglosen“ die absolute Mehrheit. Mit anderen Worten: Knapp 32 Millionen Bundesbürgerinnen und Bundesbürger sind aufgrund ihrer „Stimmabgabe für die Partei der Erfolglosen“ nicht im Europäischen Parlament vertreten!

Und die Europawahl 1994 könnte der Anfang einer Entwicklung sein, die sich auch auf die Landtagswahlen ausdehnt. Nach einem dpa-Bericht wächst die „Partei der Nichtwähler“ weiter. „Die Zahl der Bürger, die wegen Parteien- und Politikverdrossenheit nicht mehr von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen, wird nach Einschätzung von Experten in den kom-

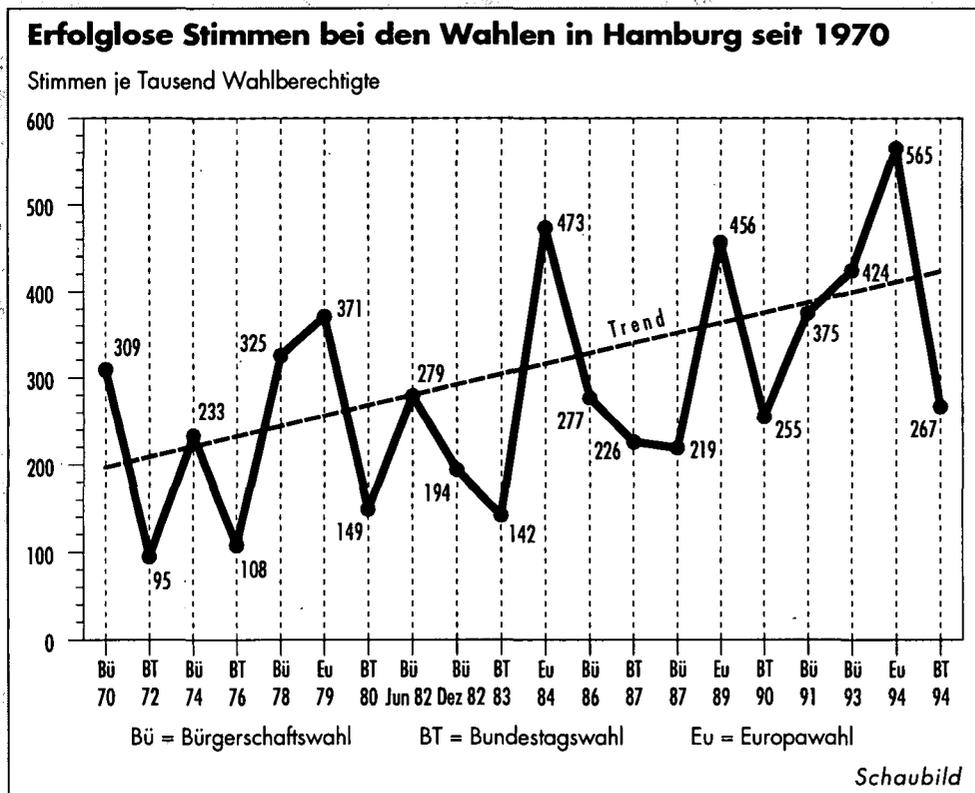
menden Jahren in Deutschland noch zunehmen. So sei es nicht ausgeschlossen, daß bei Landtagswahlen künftig nur noch jeder zweite Wahlberechtigte seine Stimme abgeben werde.“ (DIE WELT vom 01.07.1996).

Der „Hürdenlauf der Stimmen“

Uwe Koch beschreibt in seinem im „Superwahljahr 1994“ erschienenen Buch „Das Gewicht der Stimme – die Verteidigung des Nichtwählens“¹⁾ sehr treffend den wahlsoziologischen Zustand: „Ganz selbstverständlich erscheint Wahlenthaltung als etwas Beklagenswertes ... Das Wählen gilt immer noch als die Norm, Stimmenthaltung als eine Abweichung. Rein zahlenmäßig stimmt das nur bedingt. Wenn jeder dritte oder vierte Wahlberechtigte sich enthält, werden die Kategorien von Regeln und Sonderfall fragwürdig. Und eigentlich sollte man meinen: Wer was tut, müßte darüber Rechenschaft abgeben – eher als der andere, der die gleiche Sache bleiben läßt“ (Seite 12/13).

Sehr bildlich spricht Koch dann vom „Hürdenlauf der Stimmen“, der damit beginnt, daß nicht jeder wählen darf (zum Beispiel die nicht Volljährigen, die Ausländer und solche, die vom Wahlrecht ausgeschlossen sind). Hinzu kommen diejenigen, die aus Protest und aus sonstigen Gründen gar nicht erst ihre Stimme in die politische Waagschale werfen wollen.

Schließlich ist eine weitere Hürde die Ungültigkeit der Stimme. Bei der gibt es wiederum die Varianten, daß eine bewußte Entscheidung herbeigeführt wird oder daß eigentlich eine Stimmenthaltung geübt werden sollte, das deutsche Wahlrecht aber solche Stimmen wie ungültige Stimmen bewertet. Denkt man an



die Bundestagswahl mit ihrer Möglichkeit, eine Erst- und eine Zweitstimme zu vergeben, so gehört zur Gruppe der ungültigen Stimmen auch noch das fehlerhafte Stimmverhalten in der Weise, daß zum Beispiel zwei Kreuze auf eine

Stimmzettelhälfte gesetzt werden. Ein letztes Hindernis ist schließlich die Fünf-Prozent-Hürde, die dafür sorgt, daß nur diejenigen bei der Mandatsverteilung berücksichtigt werden, die im Land mindestens fünf Prozent der abgegebenen Stim-

men erhalten haben. Auf diese Weise sollte in Abkehr von Weimarer Verhältnissen einer Zersplitterung des Parlaments auf zahlreiche Minderheitengruppen vorgebeugt werden.

Über die zahlenmäßigen Auswirkungen dieser „Mißerfolge“ beim Hürdenlauf der Stimmen hat erstmals Walter Kahl am Beispiel Nordrhein-Westfalens berichtet.²⁾ Seine Untersuchungen über den „Erfolgswert“ der von den wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürgern bei allgemeinen Wahlen in der Nachkriegszeit getroffenen Entscheidungen (dazu soll hier auch die Entscheidung zur Nichtteilnahme zählen) konzentrieren sich letztlich auf die Frage, in welchem Umfang diese Personen auf der Grundlage des jeweils geltenden Wahlrechts und Wahlsystems mit ihrer Entscheidung Einfluß auf die Sitzverteilung in den Parlamenten nehmen und damit unmittelbar über die gewählten Repräsentanten unseres demokratischen Ordnungssystems auf das politische Geschehen einwirken konnten.

Nach der Analyse von Walter Kahl sind von den zur Wahl aufgerufenen Bürgern, die auf die Sitzverteilung in den Parlamenten keinen Einfluß nehmen, als zahlenmäßig stärkste Gruppe die sogenannten Nichtwähler zu nennen. Mit großem Abstand dahinter – und untereinander den zweiten Platz streitig machend – diejenigen, die beispielsweise bei Bundestagswahlen eine ungültige Zweitstimme abgegeben oder mit ihrer Zweitstimme eine sogenannte „Splitterpartei“ gewählt hatten, die aufgrund der Fünf-Prozent-Hürde nicht in das Parlament einziehen konnte.

Kommt es auf meine Stimme an?

In seinem Beitrag „Wählen – nicht wählen, na und? – Nichtwähler bei den Wahlen 1994 –“³⁾ belegt Johannes Barth anhand von saarländischen Wahlergebnissen, daß die einzelne Stimme durchaus nicht bedeutungslos ist. So hat es in der Vergangenheit schon sehr knappe Entscheidungen gegeben, bei denen 1000 Stimmen oder weniger über Sieg oder Niederlage, über den Einzug einer Partei ins Parlament oder das Scheitern an der Fünf-Prozent-Hürde, über Regierungs- oder Oppositionsrolle einer Partei und

„Erfolgslose Stimmen“ bei den Wahlen in Hamburg seit 1970

Wahl	Von 1000 Wahlberechtigten waren ohne Einfluß auf die Sitzverteilung			
	insgesamt	keine Stimme	eine ungültige Stimme	eine Stimme für ein Partei ohne Mandaterfolg
Europawahl				
1979	371	336	4	31
1984	473	416	7	50
1989	456	435	4	17
1994	565	483	6	76
Bundestagswahl				
(Erststimme)				
1972	95	78	6	11
1976	108	89	5	14
1980	149	112	8	29
1983	142	113	5	24
1987	226	170	7	49
1990	255	218	8	29
1994	267	203	7	57
(Zweitstimme)				
1972	92	78	4	10
1976	105	89	4	12
1980	144	112	5	27
1983	122	113	4	5
1987	181	170	5	6
1990	296	218	7	72
1994	235	203	6	26
Bürgerschaftswahl				
1970	309	266	8	35
1974	233	196	9	28
1978	325	234	8	83
Juni 1982	279	222	8	49
Dezember 1982	194	160	7	27
1986	277	222	9	46
1987	219	205	6	8
1991 ¹⁾	375	339	9	28
1993	424	304	15	105
Bezirksversammlungswahl				
1970	292	241	13	38
1974	235	196	14	25
1978	286	234	13	39
Juni 1982	251	222	12	17
Dezember 1982	201	160	11	30
1986	288	222	19	47
1987	222	205	9	8
1991 ¹⁾	377	339	11	27
1993	417	304	27	86

1) Vom Hamburgischen Verfassungsgericht für ungültig erklärt.

Tabelle

über Koalitionen entschieden haben:

So ging bei der Bundestagswahl 1983 das Direktmandat des Wahlkreises Saarbrücken II mit einer Stimmdifferenz von 696 an die CDU.

Bei der Gemeinderatswahl 1984 konnte sich in der Stadt Märzing die SPD mit einer einzigen Stimme Mehrheit als stärkste Fraktion vor der CDU behaupten. Beide erzielten 39,5 Prozent und 16 Sitze.

Bei der Landtagswahl 1980 in Nordrhein-Westfalen errang die F.D.P. 4,98 Prozent. 1701 Stimmen fehlten ihr, um im Landtag vertreten zu sein.

Die Differenz für die GRÜNEN in Schleswig-Holstein bei der Landtagswahl 1992 war noch geringer: 382 Stimmen fehlten ihnen zum Einzug in das Landesparlament. Umgekehrt bietet sich ein Beispiel aus der Hamburger Vergangenheit an: Die Wählervereinigung „Bunte Liste/ Wehrt Euch – Initiativen für Demokratie und Umweltschutz“, ein Vorläufer der heutigen „GRÜNEN“, konnte zur Bezirksversammlungswahl 1978 den Einzug in das Eimsbüttler Bezirksparlament mit 32 Stimmen oberhalb der Fünf-Prozent-Grenze schaffen.

„Erfolglose Stimmen“ in Hamburg

Über die Hamburger Erfolge der „Partei der Erfolglosen“ haben Monika Potzalt (Bundestagswahl 1990) und Alexander Krumm (Bürgerschaftswahlen 1991 und 1993 sowie Bundestagswahl 1994) berichtet und zugleich die Entwicklungslinien für die Bundestagswahlen seit 1953 beziehungsweise für die Bürgerschaftswahlen seit 1961 aufgezeigt¹⁾. Danach war bei Bundestagswahlen – bezogen auf die Zweitstimmen – die Nachkriegsspitze zur Bundestagswahl 1990 zu verzeichnen gewesen, als fast 300 von 1000 Hamburger Wahlberechtigten ohne Einfluß auf die Sitzverteilung geblieben waren. Von diesen hatten zwei Drittel keine Stimme abgegeben. Für eine „Splitterpartei“ stimmten 72 von 1000 Wahlberechtigten und nur eine kleine Minderheit (9 von 1000 Wahlberechtigten) wählte mit ihrer Zweitstimme ungültig. Bei den Bürgerschaftswahlen überschritt der höchste Anteil für die „Erfolglosen“ diese Werte und erreichte seinen Spitzenwert zur letzten Bürgerschaftswahl 1993 mit mehr als 420

von 1000 Wahlberechtigten. Dieser Anstieg war nicht von denjenigen verursacht, die keine Stimme abgegeben hatten, sondern von den etwa zehn Prozent der Wahlberechtigten, die einen der zwölf Wahlvorschläge angekreuzt hatten, der den Einzug in das Landesparlament nicht geschafft hat. Aber auch die „ungültigen Stimmen“ haben hierzu mit beigetragen, die gegenüber den Vorwahlen um zwei Drittel angestiegen waren, was Alexander Krumm wie folgt bewertete: „Vermutlich hat eine große Zahl von Protestwählern diesen Weg gewählt, um ihrer Unzufriedenheit Ausdruck zu verleihen.“

Für die vier Europawahlen seit 1979, die Bezirksversammlungswahlen und die Erststimmenergebnisse der Bundestagswahlen fehlten bislang die Analysen der Hamburger Wahlerfolge der „Partei der Erfolglosen“; sie wurden erstmals für diese Untersuchung ermittelt.

Danach lagen die Stimmenanteile der „Partei der Erfolglosen“ bei den Erststimmen der Bundestagswahlen geringfügig über denen bei den Zweitstimmen, was zumeist auf taktische Überlegungen im Hinblick auf das allein für die Erststimme geltende Mehrheitswahlrecht zurückgeführt werden kann. Bei den Bezirksversammlungswahlen, die am gleichen Tag wie die Bürgerschaftswahlen stattgefunden haben, blieben dagegen deren Stimmenanteile fast ausnahmslos unter den Vergleichswerten der Bürgerschaftswahl.

Ganz anders dagegen die Europawahlen, bei der sich die „Partei der Erfolglosen“ von Anfang an ihre Spitzenwerte sichern konnte: Schon bei der ersten Europawahl 1979 erzielte sie mit 371 von 1000 „Stimmen“ mehr als ein Drittel der Wahlberechtigten und konnte diese Position nicht nur halten, sondern bei der Europawahl 1994 noch zu einem Rekord von 565 (von 1000 Wahlberechtigten) ausbauen. Bezogen auf alle Wahlberechtigten blieben SPD und CDU jeweils weniger als 20 Prozent der „Stimmen“, auf die sie ihre Mandatserfolge stützen konnten (SPD 17,7 und CDU 16,4 Prozent).

Von der Minderheit zur Mehrheit: Der anhaltende Aufstieg der „Erfolglosen“

Die „Partei der Erfolglosen“ befindet sich seit 1970 im Aufwind. Lagen zu Beginn

der 70er Jahre die Minimalwerte zu den Wahlen in Hamburg noch bei 10 Prozent und das Maximum bei 20 bis 30 Prozent, so ist für die 90er Jahren festzustellen, daß sich das Minimum nunmehr auf der Höhe der damaligen Maximalwerte bewegt und die heutigen Spitzenwerte an die 50 Prozent heranreichen oder sogar überschreiten. Die Partei der Erfolglosen ist nicht mehr eine Minderheitenpartei, sondern sie hat sich zur Mehrheitspartei gemausert, neben der die etablierten Parteien in die Gefahr geraten, ein Nischendasein zu fristen. Da sich die „Partei der Erfolglosen“ in erster Linie aus den „Nichtwählern“ rekrutiert, wird die Attraktivität der parlamentarisch vertretenen Demokratie zu den kommenden Wahlen auf dem Prüfstand stehen: Wird es gelingen, den beängstigenden Aufstieg der „Partei der Erfolglosen“ zu stoppen?

Asmus Rösler

- 1) 1994, Berlin
- 2) Kahl, Walter: Erfolgswert der Wahlentscheidung bei allgemeinen Wahlen in der Nachkriegszeit. In: Statistische Rundschau für das Land Nordrhein-Westfalen, September 1986, Herausgeber Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Seite 58ff.
- 3) Barth, Johannes: „Wählen – nicht wählen, na und? – Nichtwähler bei den Wahlen 1994 –“ In Statistische Nachrichten 1995, Vierteljahreshft 1/2 des Statistischen Landesamtes Saarland, Seite 17ff.
- 4) zuletzt siehe Hamburg in Zahlen, Heft 10.1993, Seite 325 f und Heft 11.1994, Seite 349 f.

Demographische Strukturen der Statistischen Gebiete

Kleinräumig untergliederte statistische Daten für Hamburg werden von Konsumenten aus Verwaltung, Forschung und Wirtschaft nachgefragt. Die Tiefe der erforderlichen Untergliederung unterscheidet sich je nach Fragestellung. Es bestand aber seit langem ein räumliches „Informationsdefizit“ zwischen den 180 Ortsteilen mit jeweils etwa 9500 Einwohnern (und einer Schwankungsbreite von 10 bis über 80 000 Einwohnern) und der nächst kleineren Gliederungseinheit der ungefähr 8000 Baublöcke mit durchschnittlich nur etwa 210 Einwohnern. Daher führte das Statistische Landesamt im Jahre 1990 unter Mitwirkung der Baubehörde ein Projekt zur Einteilung des Hamburger Stadtgebietes in Statistische Gebiete durch. Ziel war die Abgrenzung von Teilgebieten mit möglichst ähnlichen Einwohnerzahlen, die in ihrer baulichen und sozialen Struktur möglichst homogen sind und im Durchschnitt nicht mehr als 2000 Einwohner aufweisen. Die Statistischen Gebiete sollten sich aus Baublöcken zusammensetzen und keine Stadtteilgrenzen schneiden. Die Einteilung führte zu insgesamt 928 Statistischen Gebieten.

Die Homogenität der Teilgebiete sollte zum einen durch Berücksichtigung der topographischen Situation, der Flächennutzung und der baulichen Strukturen realisiert werden. Zum anderen wurde auf sozialräumliche Indikatoren zurückgegriffen, die im Statistischen Landesamt auf der Basis der Ergebnisse der Volkszählung 1987 entwickelt wurden und die soziodemographischen Strukturen der Baublöcke beschreiben¹⁾.

An dieser Stelle soll näher untersucht werden, wie stark sich die demographischen Strukturen in solchen kleinräumigen Gebietseinheiten im Laufe der Zeit verändern. Immerhin weist die Wanderungsstatistik für Ham-

burg von Ende 1987 bis Ende 1995 insgesamt über 670 000 Zuzüge und mehr als 520 000 Fortzüge aus, und innerhalb Hamburgs gab es über eine Million Uzzüge. Diese Bewegungen beeinflussen die Verteilung der Bevölkerung auf das Hamburger Stadtgebiet. Würde sich herausstellen, daß es als Folge sehr starke Strukturveränderungen in den Gebieten gibt, dann bedeutete dies zum einen, daß man für die Gegenwart nicht mehr unbedingt von einer Homogenität der Statistischen Gebiete ausgehen kann. Zum anderen hätten statistische Daten der Gebiete auch nur eine zeitlich stark begrenzte Aussagekraft. In einem Vergleich der sozialen Strukturen der Stadtteile in Hamburg der Jahre 1970 und 1987 – den Jahren der letzten Volkszählungen – stellte sich zwar heraus, daß diese Strukturen ziemlich beständig waren²⁾. Da die Stadtteile jedoch im Durchschnitt wesentlich größer als die Statistischen Gebiete sind und sich somit ein Großteil der strukturellen Veränderungen innerhalb der einzelnen Stadtteile vollzogen hat, sind die

Statistischen Gebiete wesentlich sensibler gegenüber Veränderungen.

1987 lebten durchschnittlich knapp 1800 Personen in einem Statistischen Gebiet, 1995 waren es knapp 1850³⁾. Um die Abweichungen der Statistischen Gebiete von diesen Durchschnittswerten zu beurteilen, wurde als Streuungsmaß die **Standardabweichung** berechnet⁴⁾. Für die Bevölkerungszahl hat sich diese Kennziffer von knapp 990 im Jahre 1987 auf etwa 1050 im Jahr 1995 erhöht. Dieser Anstieg geht jedoch weitgehend auf die Bevölkerungszunahmen in dem betrachteten Zeitraum zurück. Die statistische Bereinigung um diesen Bevölkerungseffekt erfolgt durch die Division der Standardabweichung durch die durchschnittliche Bevölkerung in den Statistischen Gebieten. Der so ermittelte **Variationskoeffizient** liegt im Jahr 1995 mit 0,57 nur unwesentlich über dem Wert von 1987 (0,55). Fazit ist somit, daß sich die Schwankungsbreite der Bevölkerungszahlen der Statistischen Gebieten von 1987 bis 1995 kaum verändert hat.

Einwohner in den Statistischen Gebieten 1987 und 1995

Einwohner 1995

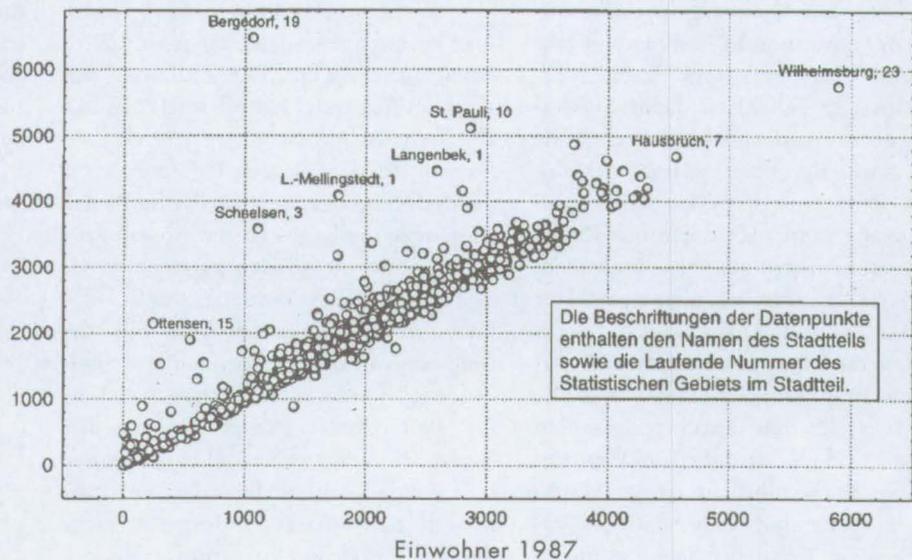


Schaubild 1

Ausländeranteil in den Statistischen Gebieten mit mehr als 500 Einwohnern 1987 und 1995

in Prozent

Anteil 1995

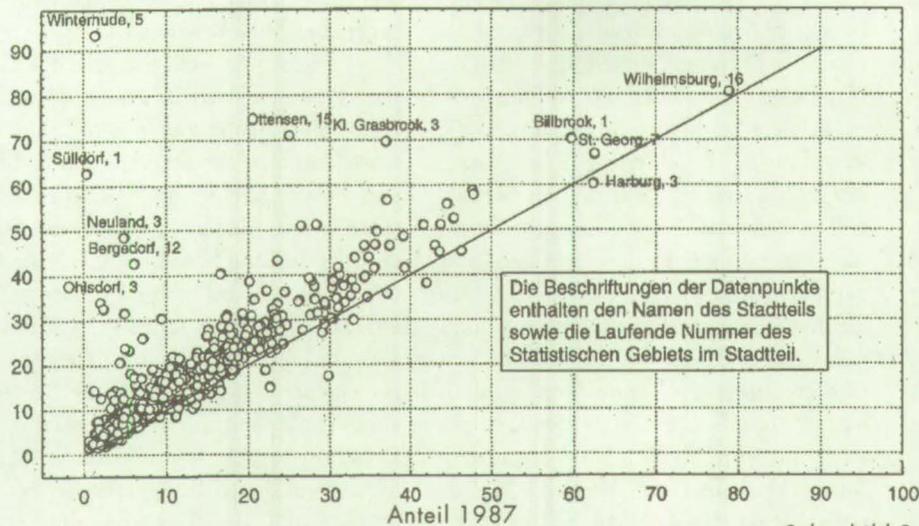


Schaubild 2

Die Veränderung der Bevölkerungszahlen in den einzelnen Statistischen Gebieten wird durch *Schaubild 1* verdeutlicht. Jedes Statistische Gebiet ist durch einen Punkt repräsentiert. Auf der waagerechten Achse ist die Bevölkerungszahl eines Gebietes von 1987 ablesbar, auf der senkrechten die von 1995. Die Punktwolke zeigt, daß Gebiete mit hohen (geringen) Bevölkerungszahlen in 1987 auch 1995 hohe (geringe) Werte aufwiesen. Allerdings erkennt man einige Ausreißer: Am auffallendsten ist das Statistische Gebiet 19 in Bergedorf (Neubaugelbiet Allermöhe II) mit etwa 1000 Einwohnern im Jahr 1987 und 6500 im Jahr 1995. Andere Neubaugelbiete in Schnelsen, Lemsahl-Mellingstedt und Langenbek fallen ebenfalls durch starke Bevölkerungszunahmen auf.

Der Zusammenhang zwischen zwei Merkmalen kann auch durch den Korrelationskoeffizienten ausgedrückt werden, der Werte zwischen +1 (gleich perfekter positiver Zusammenhang) und -1 (gleich perfekter negativer Zusammenhang) annehmen kann. Dieser Korrelationskoeffizient zwischen den Bevölkerungszahlen von 1987 und 1995 ist mit einem Wert von 0,95 sehr hoch. Hinsichtlich der Verteilung der Gesamtbevölkerung auf die Statistischen Gebiete haben sich also nur in Ausnahmen grundsätzliche Veränderungen im Betrachtungszeitraum ergeben.

Das Melderegister weist 1995 über 82 000 Ausländerinnen und Ausländer mehr aus als 1987, dies ist ein Zuwachs um fast 44 Prozent. Das *Schaubild 2* zeigt den Ausländeranteil an der Bevölkerung in den Statistischen Gebieten. Um die Darstellung nicht durch zahlenmäßig unbedeutende Ausreißer zu beeinträchtigen, werden nur die 780 Statistischen Gebiete mit über 500 Einwohnern im Jahr 1995 abgebildet. Auch hier ist deutlich zu erkennen, daß die Ausländeranteile von 1995 und 1987 im Zusammenhang stehen: Gebiete mit hohem Prozentsatz 1987 verzeichnen auch acht Jahre später einen hohen Wert. Die Zunahme der Zahl der Ausländer hat offensichtlich fast alle Statistischen Gebiete getroffen: Die Punkte für die meisten Gebiete liegen oberhalb der Diagonalen, das heißt der Ausländeranteil 1995 ist fast überall größer als 1987. Einige Gebiete fallen durch extreme Anteilsveränderungen auf, da hier - meist bedingt durch die Einrichtung von vorübergehenden Unterkünften - der Ausländeranteil extrem zunahm. Der Korrelationskoeffizient zwischen den Ausländeranteilen 1987 und 1995 liegt mit 0,82 ebenfalls sehr hoch. Somit kann man folgern, daß trotz des enormen Anstiegs der ausländischen Einwohnerzahl die Struktur der Verteilung auf die Statistischen Gebiete relativ beständig bleibt.

Zur weiteren Untersuchung der demographischen Veränderungen in den Statistischen Gebieten wurde die Altersstruktur herangezogen. Der Vergleich der Anteile einzelner Altersgruppen zwischen den Jahren 1987 und 1995 bestätigt, daß nur begrenzte strukturelle Veränderungen zu verzeichnen sind. Die Korrelationskoeffizienten zwischen den Anteilen bestimmter Altersgruppen in den Jahren 1987 und 1995 nahmen relativ hohe Werte an: Für die Altersgruppe der unter 20jährigen 0,71, der 20- bis unter 40jährigen 0,77, der 40- bis unter 60jährigen 0,59 und für die 60jährigen und älteren 0,85.

Auch wenn die betrachteten demographischen Merkmale auf eine nur langsame Veränderung der Strukturen hindeuten, muß dies selbstverständlich nicht für

andere, hier nicht berücksichtigte Merkmale gelten. Auch zeigen die dargestellten Zahlen, daß es sehr wohl einige recht starke Veränderungen in einzelnen Statistischen Gebieten gab. Um solche sozialräumlichen Entwicklungen zu identifizieren, wurden die Statistischen Gebiete geschaffen. Insgesamt gesehen zeigt sich allerdings, daß sich in 1995 eine ähnliche räumliche Differenzierung wie 1987 bezüglich der betrachteten demographischen Merkmale ergab.

Es besteht somit kein Grund, von der Annahme abzuweichen, daß die Statistischen Gebiete auch heute noch als homogene Teilgebiete ein geeignetes Werkzeug zur kleinräumigen Betrachtung Hamburgs darstellen.

Bernd-Uwe Loll

- 1) Zur Methode der Einteilung in Statistische Gebiete siehe Loll, Bernd-Uwe und Müller, Joachim: Statistische Gebiete als kleinräumige Gliederungseinheiten Hamburgs. In: Hamburg in Zahlen, 4.1991, S. 92ff.
- 2) Loll, Bernd-Uwe und Müller, Joachim: Sozialräumliche Gliederung Hamburgs 1987. In: Hamburg in Zahlen, 3.1990, S. 72ff.
- 3) Im folgenden werden Einwohnerzahlen aus dem Melderegister dargestellt, da die Bevölkerungsfortschreibung keine hinreichend differenzierten Daten liefert.
- 4) Die Standardabweichung ist die Quadratwurzel der Summe der quadrierten Abweichungen der einzelnen Gebiete vom Mittelwert, geteilt durch die Zahl aller Fälle, hier Statistische Gebiete.

Wohnungsversorgung der Haushalte

Gibt es eine Wohnungsnot in Hamburg?

Das Schlagwort „Wohnungsnot“ begleitet die amtliche Wohnungsstatistik seit Anbeginn. Bereits vor mehr als 120 Jahren stellten die Statistiker der Hansestadt einen Mangel an Wohnungen fest und fanden heraus, daß die Ursache hierfür in einer „stärkeren Vermehrung der Haushalte als der Bevölkerung“ zu suchen sei. Damals war die durchschnittliche Haushaltsgröße innerhalb von sechs Jahren von 4,55 Personen auf 4,44 Personen bei etwa konstant gebliebener Zahl der Personen je Wohnung gesunken. „Die größere Häufigkeit in der Bildung von Haushalten bringt natürlich ein größeres Wohnungsbedürfnis hervor“ wurde analysiert.

Diese Grundtatsache gilt auch heute noch. Je mehr sich die Bevölkerung in immer kleineren Haushalten vereinzelt – die durchschnittliche Haushaltsgröße liegt heute bei 1,93 Personen –, desto mehr Wohnungen werden benötigt, um den Wohnungsbedarf zu decken.

Gleichwohl tut sich die amtliche Statistik schwer, den Begriff Wohnungsnot zu „operationalisieren“. Dies liegt vor allem daran, daß die stichtagsbezogenen Erhebungen zur Wohnsituation der Bevölkerung in der Regel keine direkten Wohnungsbedarfe ermitteln. Da Haushalte definitionsgemäß in Wohnungen leben, sind folglich alle Haushalte entweder als Wohnungsinhaber (Eigentümer oder Hauptmieter) oder als Untermieter mit Wohnraum versorgt. Den Wohnungsmangel an der Zahl der Untermieterhaushalte festzumachen, ist schon deshalb fragwürdig, weil es einerseits zu jedem Zeitpunkt Haushalte gibt, die dieses Wohnverhältnis bewußt gewählt haben und sich andererseits im Zeitalter pluraler Wohn- und Haushaltsformen unter dem Begriff Untermieter Wohnverhältnisse der unterschiedlichsten Art verbergen können, die von der amtlichen Statistik (noch) nicht begrifflich abgegrenzt werden. So ist heute eigentlich jedes ermittelte Untermieterverhältnis daraufhin zu hinterfragen, ob nicht irgendeine moderne Liaison zum Eigentümer oder

Hauptmieterhaushalt der Wohnung besteht.

Teilaspekte, die auf einen möglichen Wohnungsmangel hindeuten, lassen sich trotzdem aus den vorliegenden Erhebungsergebnissen ermitteln. So kann festgestellt werden, ob die Haushalte hinsichtlich ihrer Größe ausreichend mit Wohnraum versorgt sind (quantitativer Aspekt) oder ob die Ausstattungen der bewohnten Wohnungen modernen Ansprüchen standhalten (qualitativer Aspekt). Auch die Frage, wieviel vom verfügbaren Einkommen für das Wohnen ausgegeben werden muß, läßt sich zumindest für die Hauptmieterhaushalte mit Zahlen belegen. Wie haben sich die Verhältnisse zu den hier genannten Aspekten in den letzten 20 Jahren (1972 bis 1993) gewandelt?

Quantitative Wohnungsversorgung

Jedem Hamburger standen 1993 im Durchschnitt 35,2 Quadratmeter Wohnfläche zur Verfügung. Das sind rund sieben Quadratmeter (25 Prozent) mehr als im Jahr 1972. Die Pro-Kopf-Versorgung mit Wohnfläche nimmt mit der Größe der Haushalte ab. Den höchsten Flächenverbrauch haben Single-Haushalte mit 52,8 Quadratmetern, am unteren Ende der Skala stehen die größeren Mehrpersonenhaushalte (mit vier und mehr Personen), die lediglich über 23 Quadratmeter je Person verfügen.

In allen Haushaltsgrößenklassen ist in der Vergangenheit eine Zunahme der Wohnfläche zu verzeichnen gewesen. Legt man die letzten 15 Jahre zugrunde, so haben die Zweiperson-

nenhaushalte mit einem Zuwachs von 3,8 Quadratmetern am meisten, die Singles mit einem Plus von 2,2 Quadratmetern am geringfügigsten profitiert.

Einen differenzierteren Einblick in die Wohnungsversorgung der Hamburger Bevölkerung erhält man durch eine Gegenüberstellung der Wohnungen nach der Raumzahl und der sie bewohnenden Haushalte nach der Personenzahl. Als Räume werden neben den Wohn- und Schlafräumen über sechs Quadratmetern Fläche auch die Küchen gezählt. Dagegen gehören Bäder, Flure, gewerblich genutzte Räume sowie Zimmer unter sechs Quadratmetern Fläche nicht zur statistischen Raumzahl. Eine solche Gegenüberstellung gewinnt an Übersichtlichkeit, wenn man von einer Normalbelegung von Wohnungen ausgehend über beziehungsweise unterbelegte Wohnungen feststellen kann. In Anlehnung an Paragraph 5 Absatz 2 Wohnungsbindungsgesetz, wonach für die Vergabe von öffentlich geförderten Wohnungen eine Wohnungsgröße dann angemessen ist, wenn auf jedes Familienmitglied ein Wohnraum ausreichender Größe entfällt, wird im folgenden von einer Normalbelegung ausgegangen, wenn die Wohnung eines Haushalts um ein oder zwei selbstbewohnte Räume größer ist als seine Personenzahl. Mit der Hinzurechnung von einem oder zwei zusätzlichen Räumen soll die Küche und das mögliche Vorhandensein eines nicht ausreichend großen Raumes berücksichtigt werden.

Schematische Übersicht zur Ermittlung mit Wohnraum unter- beziehungsweise überversorgter Haushalte

Haushalte mit ... Personen	Haushalte in Wohnungen mit ... selbstbewohnten Räumen					
	1	2	3	4	5	6 und mehr
1	N	N	N	+	+	+
2	-	-	N	N	+	+
3	-	-	-	N	N	+
4	-	-	-	-	N	N
5	-	-	-	-	-	N
6 und mehr	-	-	-	-	-	N

N = normal versorgt - = unterversorgt + = überversorgt

Übersicht

Unter Zugrundelegung dieser „Norm“ waren 1972 17 Prozent der Hamburger Haushalte mit Wohnraum unterversorgt. Bis 1987 hat sich der Anteil um mehr als die Hälfte auf acht Prozent reduziert. Für 1993 wurde ein gleich hoher Wert ermittelt.

Von der Unterversorgung mit Wohnraum sind vor allem größere Haushalte betroffen. Vor 20 Jahren lebten von Dreipersonenhaushalten jeder vierte und von Haushalten mit vier und mehr Personen sogar mehr als jeder zweite in beengten Wohnverhältnissen. Für beide Haushaltsgruppen hat sich im Betrachtungszeitraum ebenfalls eine Verbesserung des Versorgungsgrades eingestellt: 1993 standen 14 Prozent der Dreipersonenhaushalte, aber immerhin noch 40 Prozent der größeren Haushalte zu wenig Wohnraum zur Verfügung.

Die Gründe der Unterversorgung sind nicht so sehr ein Mangel an größeren Wohnungen, sondern mehr ein Problem der „Fehlbelegung“ der größeren Wohnungen durch Kleinhaushalte. Die stetige Verkleinerung der Haushalte hat inzwischen dazu geführt, daß heute fast sämtliche Ein- bis Vierraumwohnungen benötigt würden, um alle Haushalte mit einer oder zwei Personen „normal“ mit Wohnraum zu versorgen. Allein um die rund 280 000 Vierraumwohnungen konkurrieren fast 370 000 Zwei- und Dreipersonenhaushalte, wenn man die hier angenommenen Belegungskriterien zugrunde legt. Diese Unausgeglichenheit zwischen der Zusammensetzung der Haushalte in der Hansestadt nach der Zahl der Personen und der Struktur des Wohnungsbestandes nach der Raumzahl führt zwangsläufig auch zu überversorgten Haushalten. Zu Beginn des Betrachtungszeitraums (1972) waren 16 Prozent der Wohnungen unterbelegt. Dieser Anteil hat sich im Zeitablauf bis 1987 bis auf 23 Prozent erhöht; 1993 lebte etwa jeder fünfte Wohnungsinhaberhaushalt in einer an sich etwas zu großen Wohnung.

Die Überversorgung der Haushalte mit Wohnraum betrifft, wie bereits erwähnt, im wesentlichen die kleinen Haushalte. Zwischen 25 und 30 Prozent der Single-Haushalte und 15 und 20 Prozent der Zweipersonenhaushalte lebten während der letzten 20 Jahre in größeren Wohnungen.

Die Unterbelegung von Wohnungen ist

keineswegs nur das Ergebnis eines auf dem Marke ausgetragenen Wettbewerbs zwischen kleinen und größeren Haushalten. Vielmehr spielt hier auch die Dynamik des Familienzyklus eine entscheidende Rolle: Verkleinerungen der Haushalte durch Auszug der Kinder, Tod des Partners oder Scheidung führen häufig nicht oder erst viel später zu einer Anpassung der Wohnungsgröße an die veränderte Haushaltsgröße. Die Bindung an die angestammte Wohnung und die hohen Kosten, die mit einem Wohnungswechsel verbunden sind, dürften damit häufige Entstehungsgründe für unterbelegte Wohnungen sein.

Qualitative Wohnungsversorgung

Die Qualität des Wohnungsbestandes läßt sich unter anderem am Vorhanden-

sein bestimmter Ausstattungsmerkmale beurteilen. Betrachtet man dabei die Entwicklung der Häufigkeit solcher Merkmale, so wird ersichtlich, wie einzelne Ausstattungskategorien, die zu Beginn des Untersuchungszeitraums noch aufgrund ihrer geringen Häufigkeit Merkmale einer Komfortwohnung waren, inzwischen zur normalen Grundausstattung geworden sind. Hierzu gehört die Ausstattung der Wohnung mit Bad/Dusche, WC und Sammelheizung (Fern-, Block- oder Zentralheizung). Waren 1972 erst gut die Hälfte der Hamburger Wohnungen entsprechend ausgestattet, wiesen 1993 weit über 80 Prozent der Wohnungen diesen Standard auf. Dagegen läßt sich eine zentral für das Gebäude regulierte Warmwasserversorgung auch heute noch als ein Komfortmerkmal bezeichnen. Zwar waren 1978 erst gut 30 Prozent der Hamburger Wohnungen

Quantitative und qualitative Wohnungsversorgung der Hamburger Wohnungsinhaber-Haushalte 1972 bis 1993

Tatbestände	Maßeinheit	1972	1978	1987	1993
Quantitative Wohnungsversorgung					
Wohnfläche je Person	m ²				
Haushalte insgesamt	"	27,8	31,0	34,3	35,2
1-Personenhaushalte	"		50,6		52,8
2-Personenhaushalte	"		33,2		37,0
3-Personenhaushalte	"		25,4		28,6
4 und mehr Personenhaushalte	"		20,5		23,0
Räume je Person	Anzahl	1,56	1,79	1,87	1,88
Mit Wohnraum unterversorgt					
Haushalte insgesamt	%	17	12	8	8
darunter: Haushalte mit 3 Personen	"	24	12	12	14
4 und mehr Personen	"	54	55	46	40
Mit Wohnraum überversorgt					
Haushalte insgesamt	%	16	18	23	21
darunter: Haushalte mit 1 Person	"	28	25	30	28
2 Personen	"	15	17	20	19
Qualitative Wohnungsversorgung					
Anteil der Haushalte in Wohnungen mit:					
Bad/Dusche, WC und Sammelheizung	%	57,0	66,2	77,4	82,5
Zentraler Warmwasserversorgung für das ganze Gebäude	"	-	31,0		45,6
Mehr als 1 WC in der Wohnung	"	7,8			16,6
überwiegend Doppel-, Verbundfenster oder isolierverglaste Fenster	"		25,8		85,6
Kosten des Wohnens					
Miete je Wohnung	DM	194	316	515	685
Mietbelastung	%	17	19		22
darunter: Einpersonenhaushalte	"	22	21		27

Tabelle

durch diese Technik versorgt, so mußten aber auch 15 Jahre später noch über die Hälfte der Haushalte in der Hansestadt (55 Prozent) auf diesen Innovationsfortschritt verzichten.

Auch das sogenannte Gäste-WC ist heute noch ein echtes Komfortmerkmal, das sich 1972 erst acht Prozent und 1993 17 Prozent der Haushalte leisten konnten, ganz zu schweigen vom Luxus eines zweiten Bades in der Wohnung, das vor gut 20 Jahren in knapp drei Prozent und heute in kaum mehr als acht Prozent der Wohnungen vorhanden ist.

Einen wahren Boom hatten in den letzten 15 Jahren die Isolierverglasungen der Fenster als Maßnahme zur Einsparung von Energie erfahren. 1972 noch gar nicht im Erhebungsprogramm erwähnt, waren sechs Jahre später bereits ein Viertel des Wohnungsbestandes überwiegend mit Doppel-, Verbundfenstern oder isolierverglasten Fenstern ausgestattet. 1993 gehörte das wärmeisolierte Fenster zum Standard einer normal ausgestatteten Wohnung, denn mehr als 85 Prozent der Wohnungen waren auf diese Weise vor Energieverlusten geschützt.

Wohnkosten

Die Entwicklung der Kosten für das Gut Wohnen lassen sich für die vergangenen

20 Jahre nur für Hauptmieter aufzeigen. Über die finanziellen Belastungen von Eigentümerhaushalten liegen keine Angaben vor.

Die Miete für die Hamburger Durchschnittswohnung, die 1972 noch bei DM 194,00 lag, hat sich bis 1993 um mehr als das 3,5fache auf DM 685,00 verteuert. Entsprechend hat sich der Quadratmeterpreis von DM 3,30 auf DM 11,00 erhöht. Bei diesen Mietpreisen handelt es sich um die Bruttokaltmiete, die die Betriebskosten einschließt, die Kosten für Heizung und Warmwasser aber außen vor läßt.

Ein realer Vergleich der Mieten über einen so langen Zeitraum läßt sich jedoch nur führen, wenn die Einkommensentwicklung der Haushalte in die Rechnung einbezogen wird. Dieses kommt in der Mietbelastungsquote zum Ausdruck, die angibt, wieviel Prozent des verfügbaren (Netto-)Einkommens die Haushalte für die monatliche Miete aufzuwenden haben.

Das Wohnen in Hamburg hat sich in den zurückliegenden 20 Jahren in der Tat erheblich verteuert. Gaben 1972 die Hauptmieter noch 17 Prozent ihres Haushaltseinkommens für die Miete ihrer Wohnung aus, mußten sie sechs Jahre später bereits 19 Prozent und 1993 im Schnitt 22 Prozent des Einkommens aus der Haushaltskasse an den Vermieter abführen. Besonders teuer leben in der

Hansestadt die Single-Haushalte. Bereits 1972 waren sie mit 22 Prozent ihres Einkommens für Mietzahlungen belastet. Diese Last hat sich bis 1993 auf 27 Prozent erhöht. In diesen Zahlen spiegelt sich auch die überdurchschnittlich gute Versorgung der Einpersonenhaushalte mit Wohnräumen wider, die natürlich bezahlt werden muß.

Fazit

Kommt man auf die Eingangsfrage nach dem Bestehen einer Wohnungsnot in Hamburg zurück, so läßt sich aus den vorhandenen wohnungsstatistischen Daten folgendes Fazit ziehen: Die Wohnungsversorgung der Hamburger Haushalte hat sich in den vergangenen 20 Jahren weiter verbessert. Sowohl hinsichtlich der Wohnungsgröße als auch der Wohnungsausstattung waren die Hamburger noch nie so gut versorgt wie heute. Die Belastung der Haushaltseinkommen durch die Kosten für das Gut Wohnen haben im gleichen Zeitraum aber beträchtlich zugenommen. Hierin kommt eine relative Knappheit an Wohnungen zum Ausdruck. Ob diese derzeitigen Engpässe den Begriff Wohnungsnot rechtfertigen, muß von jedem selbst beantwortet werden.

Hans-Jürgen Bach

Wohnungsbau

Globaler Rückblick seit 1975

Wie in den meisten deutschen Großstädten hatte sich auch in Hamburg der Wohnungsbau seit Mitte der 70er Jahre deutlich verlangsamt. Während zwischen 1970 und 1974 durchschnittlich fast 14 000 Wohnungen pro Jahr neu geschaffen wurden, verringerte sich ihre Anzahl in der Rezession 1975/76 auf circa 9000. Diese Zahlen nehmen sich gegenüber den ersten Dekaden der Nachkriegszeit sehr bescheiden aus, als es darum ging, die Kriegsfolgen und die drängende Woh-

nungsnot so schnell wie möglich zu beseitigen. So waren in den frühen 50er Jahren Fertigstellungen von jährlich bis zu 25 000 Wohnungen in Hamburg keine Seltenheit – ein heute kaum vorstellbares Bauvolumen! Und noch bis Ende der 60er Jahre wurden jährlich bis zu rund 18 000 Wohnungen gebaut, der überwiegende Teil davon im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus. Seitdem war die größte Wohnungsnot in Hamburg beseitigt; die Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum hatte sich so weit normalisiert, daß der Schwerpunkt der Wohnungsbaupolitik sich mehr und mehr auf die Neubau-

förderung für bestimmte noch nicht optimal untergebrachte Einwohnergruppen beschränken konnte. Darüber hinaus traten auch qualitative Gesichtspunkte in den Vordergrund. Man denke in diesem Zusammenhang an den Wandel von Größe und Ausstattung der Wohnungen sowie an die Anforderungen hinsichtlich der Energieeinsparung, die seit der ersten Ölkrise 1973/74 eine wesentliche Rolle spielten.

Nach einem vorübergehenden Anstieg im Jahr 1977 auf rund 10 700 Wohnungen zeichneten sich in den folgenden zwei Jahren deutliche Rückgangstenden-

zen ab, die den Beginn eines Anpassungsprozesses an die abgeschwächte Baunachfrage signalisierten. 1979 erreichten die Baufertigstellungen in der Hansestadt mit nur knapp 4100 Wohnungen den niedrigsten Wert in den 70er Jahren. Dies überrascht umso mehr, als die Abwärtsbewegung sich in einer Zeit vollzog, in der die Konjunktur der Bauwirtschaft in Hamburg noch unter expansivem Einfluß stand. Entscheidend hierfür war vor allem der anhaltende Rückgang im Mietwohnungsbau.

Seit 1980 hatten die Baufertigstellungen zwar wieder eine Zunahme zu verzeichnen, sie bewegten sich seitdem jedoch mit relativ geringfügigen jährlichen Abweichungen um das in jenem Jahr erreichte Niveau. Im Durchschnitt wurden zwischen 1980 und 1984 nicht ganz 5900 Wohnungen jährlich fertiggestellt. Seit 1985 wies der Hamburger Wohnungsbau abermals eine stark negative Entwicklung auf, der absolute Tiefpunkt wurde 1988 registriert: In diesem Jahr wurden nur

noch 2700 Wohnungen bezugsfertig. Auch in den folgenden zwei Jahren wurden im Mittel nur noch 3000 Wohnungen gebaut, so daß sich die Lage auf dem Wohnungsmarkt nicht wesentlich veränderte.

Seit 1991 ist jedoch eine starke Expansion im Hamburger Wohnungsbau zu beobachten. Die Zahlen der jährlich fertiggestellten Wohnungen zeigen steil nach oben, wobei eine besonders gesteigerte Bautätigkeit in den Jahren 1991/92 zu konstatieren ist. 1995 wurden mit 9750 fertiggestellten Wohnungen das höchste Bauvolumen der letzten 18 Jahre erreicht. Gegenüber dem allerdings recht niedrigen Niveau von 1990 haben sich die Baufertigstellungen mehr als verdreifacht. Vermehrte Zuwanderungen von Aus- und Umsiedlern seit etwa Anfang der 90er Jahre, der Zustrom von Asylsuchenden sowie der zunehmende Trend zu kleineren Haushalten führten zu einer zusätzlichen Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt.

Geschoßbau bestimmend für die Gesamtentwicklung

In fast allen Jahren des Berichtszeitraumes haben die Fertigstellungen von Wohnungen in Mehrfamilienhäusern anteilmäßig dominiert und die Gesamtentwicklung des Wohnungsbaus in Hamburg maßgeblich bestimmt. Nach dem steilen Anstieg im Jahr 1977 ließen die Aktivitäten im Mehrfamilienhausbau rapide nach, obwohl die Bauwirtschaft insgesamt Mitte der 70er Jahre wieder Tritt faßte. Die relativ hohen Bau- und Finanzierungskosten hatten vor allem dazu geführt, daß ein Teil der fertiggestellten Wohnungen nicht mehr gewinnbringend oder auch nur kostendeckend verkauft werden konnte. Diese Tatsache blieb nicht ohne Rückwirkung auf die Investitionsbereitschaft der Wohnungsunternehmen in diesem Teilbereich des Wohnungsmarktes.

Seit Beginn der 80er Jahre wurde erneut eine leichte Ausweitung im Mehr-

Fertiggestellte Wohnungen in Hamburg 1975 bis 1995 nach Gebäudearten und Zahl der Räume

Jahr	Wohnungen insgesamt	Wohnfläche in neu errichteten Wohngebäuden		Von den Wohnungen entfielen auf						
		insgesamt	je Wohnung	entfielen auf			haben			
				Ein- und Zweifamilienhäuser	Mehrfamilienhäuser	sonstige Baumaßnahmen	Räume einschließlich Küchen			
							1 und 2	3	4	5 und mehr
Anzahl	100 m ²	m ²	Anzahl	% von Spalte 1						
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
1975	9 104	661,0	75,7	909	7 823	372	16,5	20,2	30,4	32,9
1976	9 109	653,1	74,2	1 062	7 743	304	18,1	21,3	29,7	30,9
1977	10 707	806,1	78,0	1 603	8 726	378	15,1	21,3	29,7	33,9
1978	5 407	487,3	92,9	2 236	3 008	163	9,1	16,9	21,7	52,3
1979	4 091	370,7	93,6	1 709	2 251	131	6,9	16,5	23,3	53,2
1980	5 636	467,3	85,9	1 920	3 522	194	12,3	21,6	23,0	43,2
1981	5 676	489,0	90,0	1 888	3 543	245	7,1	22,7	24,9	45,2
1982	5 542	444,5	83,8	1 273	4 034	235	5,3	27,2	32,9	34,6
1983	5 735	427,6	79,5	1 041	4 338	356	10,3	26,5	31,5	31,7
1984	6 811	522,0	79,5	1 397	5 173	241	9,2	29,1	31,2	30,5
1985	4 897	378,3	79,6	1 316	3 437	144	12,7	22,6	27,8	36,9
1986	4 512	347,1	77,7	1 227	3 239	46	4,7	26,6	33,5	35,2
1987	3 257	252,4	81,1	1 059	2 053	145	9,5	22,7	31,7	36,1
1988	2 736	220,3	84,0	1 126	1 498	112	11,1	24,6	19,8	44,5
1989	3 257	260,4	83,2	1 268	1 863	126	17,1	20,9	20,4	41,7
1990	2 826	236,2	91,0	1 329	1 268	229	11,1	18,5	21,3	49,0
1991	4 582	316,9	83,5	1 409	2 385	788	12,6	22,7	32,6	32,1
1992	7 471	473,8	78,3	1 872	4 181	1418	15,4	25,3	32,1	27,3
1993	7 899	452,7	77,5	1 576	4 263	2060	20,9	28,7	26,4	24,0
1994	8 601	475,5	77,0	1 053	5 120	2428	13,7	34,9	29,5	22,0
1995	9 750	520,9	73,7	1 306	5 765	2679	20,9	31,6	26,7	20,9

Tabelle

familienhausbau beobachtet. Diese Zunahme geht in erster Linie auf ein Expandieren der Bautätigkeit bei den Eigentumswohnungen zurück, die durch Steuervorteile im Rahmen des Bauherrenmodells begünstigt waren. Von Bedeutung dürfte aber auch gewesen sein, daß viele potentielle Hauserwerber ihre Wunschvorstellungen nach den eigenen vier Wänden geändert hatten und auch auf die in der Regel preiswerteren Eigentumswohnungen ausgewichen sind, wobei verkehrsmäßig günstige Objekte mit relativ gutem Wohnwert wohl am meisten nachgefragt wurden. Der Anteil an Eigentumswohnungen belief sich in Hamburg auf ein Drittel aller im Jahr 1983/84 fertiggestellten Wohnungen in Mehrgeschoßgebäuden.

Seit 1985 sind – einmal abgesehen von der geringen Zunahme im Jahr 1989 – erhebliche Schrumpfungstendenzen im Mehrfamilienhausbau zu verzeichnen; das Bauvolumen erreichte 1990 mit nur 1150 fertiggestellten Wohnungen den bisher tiefsten Wert in der Nachkriegszeit.

Der Aufschwung ab 1991 erhielt starke Impulse durch steuerlich überwiegend den Sozialen Wohnungsbau betreffende Förderungsmaßnahmen der Hansestadt. Überraschend ist, daß bis 1993 die privaten Haushalte verstärkt auch Wohnungen in Mehrfamilienhäusern gebaut haben und als größte Bauherrngruppe am Wachstum im Hamburger Wohnungsbau überproportional beteiligt waren. Offensichtlich haben Anlageüberlegungen und Renditegesichtspunkte hierbei eine Rolle gespielt und die restriktiven Einflüsse auf die Bautätigkeit, die Anfang der 90er Jahre noch von den relativ hohen Hypothekenzinsen ausgingen, zumindest teilweise überkompensiert.

Zwar lag der Schwerpunkt der Bautätigkeit nach wie vor bei der Errichtung neuer Gebäude. Doch haben – und dies ist eine besondere Entwicklung der 90er Jahre – auch Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden, vorrangig durch administrative und steuerliche Erleichterungen des Dachgeschoßbaus, in Hamburg außerordentlich an Bedeutung gewonnen. In den letzten drei Jahren wurde jede vierte Wohnung durch Um- und Ausbauten neu geschaffen, so daß dieser Teilbereich des Wohnungsbaus zu einer wesentlichen Stütze der Wohn-

raumversorgung und der Bauwirtschaft in der Hansestadt geworden ist.

Gegenläufige Tendenzen im Eigenheimbau

Ein etwas anderer Kurvenverlauf ergab sich in einigen Jahren bei den Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern. Der seit 1976 zu beobachtende Aufwärtstrend gewann in den folgenden zwei Jahren an Schwung. Entscheidend dazu beigetragen hatten die günstigen Kapitalmarktverhältnisse. Außerdem spielten die sogenannten Bau- und Aufwendungsdarlehen sowie staatliche Zinserleichterungen speziell für die Zwischenfinanzierung von Bausparverträgen eine Rolle. In den Jahren 1979 bis 1981 schwankten die Baufertigstellungen für Ein- und Zweifamilienhäuser auf einem vergleichsweise hohen Niveau. Hier ist eine ähnliche Entwicklung wie bei den Mehrfamilienhäusern erkennbar. Starke Einbrüche wurden jedoch – im Gegensatz zur Entwicklung bei den Mehrfamilienhäusern – in den Jahren 1982/83 registriert. Ihre Zahl lag um die Hälfte unter dem Wert von 1978. Für viele private Bauherren waren die Grenzen der Belastbarkeit wegen der in der Zwischenzeit deutlich gestiegenen Baukosten erreicht; die Hochzinsphase machte den Eigenheimbau vielfach unfinanzierbar.

Im Jahr 1984 steigt die Kurve wieder

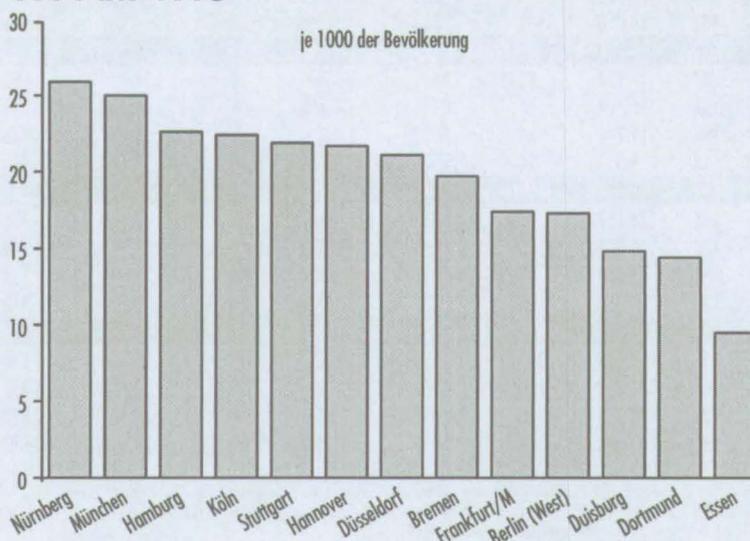
steil an und fällt während des Konjunkturrückschlags in den folgenden drei Jahren abrupt ab. Die negative Entwicklung bei den Ein- und Zweifamilienhäusern war jedoch nicht so gravierend wie bei den Mehrfamilienhäusern. Denn von 1988 bis 1993 sind in diesem Sektor wieder positive Tendenzen zu erkennen, die sich jedoch 1993/94 trotz der relativ niedrigen Hypothekenzinsen nicht fortgesetzt hatten.

Hamburg in der Spitzengruppe der Großstädte

Verglichen mit anderen westdeutschen Großstädten hatte Hamburg mit knapp 22,6 in den Jahren 1991 bis 1995 erbauten Wohnungen je 1000 der Bevölkerung die dritte Stelle inne. Nürnberg (25,9) und München (25,0) belegten die ersten Plätze. Knapp hinter Hamburg folgten Köln (22,4), Stuttgart (21,9), Hannover (21,7) und Düsseldorf (21,1). Alle übrigen ausgewählten Großstädte lagen unter dem Durchschnitt von 19,5 fertiggestellten Wohnungen je 1000 Einwohner. Dabei kam Bremen dem Durchschnitt am nächsten. Die Schlußlichter bildeten Berlin (West) mit 17,3 Wohnungen je 1000 der Bevölkerung sowie Duisburg (14,8), Dortmund (14,4) und die Stadt Essen (9,5).

Johannes Marx

Fertiggestellte Wohnungen in deutschen Großstädten 1991 bis 1995



Schaubild

Verarbeitendes Gewerbe

Das Verarbeitende Gewerbe hat sich in Hamburg in den vergangenen zwei Jahrzehnten strukturell nachhaltig gewandelt. Ein Rückblick – hier zum Beispiel auf das Jahr 1977 – soll die entscheidenden globalen Entwicklungslinien aufzeigen. Dabei kann selbstverständlich nicht auf die große Zahl einzelner, temporär auch gegenläufiger Einflußfaktoren innerhalb des Branchengefüges eingegangen werden. Die Darstellung beschränkt sich vielmehr auf eine punktuelle Analyse der Summationseffekte im Jahr 1994 und außerdem auf den groben Vergleich zwischen den vier Hauptgruppen dieses Wirtschaftssektors. Basis sind ausgewählte Standardparameter aus der laufenden Konjunkturberichterstattung von Betrieben mit im all-

gemeinen 20 und mehr tätigen Personen.

Die gesunkenen Fallzahlen in der Branchenbesetzung des Verarbeitenden Gewerbes vermitteln einen ersten Eindruck über dessen beträchtlichen Schrumpfungsprozeß: 1977 waren noch über 1400 fachliche Betriebsteile an rund 150 Wirtschaftszweigen beteiligt. Bis 1994 ging dieses Verhältnis auf 940 zu 90 zurück. Vom Verlust ganzer Branchen durch Betriebsstillegungen betroffen waren vor allem das Verbrauchsgütergewerbe mit Schwerpunkt in der Textil- und Bekleidungsindustrie sowie die Hauptgruppen des Produktionsgütergewerbes, die durch Produktionseinstellungen im Bereich der Grundstoffchemie beeinträchtigt wurde.

Gleichzeitig vollzog sich eine beachtliche

Konzentration der Produktionskapazitäten auf die verbliebenen Wirtschaftszweige. So stieg die Anzahl der Beschäftigten je fachlichen Betriebsteil trotz des insgesamt hohen Personalabbaus von 116 auf 122 Personen. Hiervon profitierten insbesondere die Herstellung von chemischen Ge- und Verbrauchsartikeln und einige Zweige des Maschinenbaus. Rückläufige Tendenzen gab es bei den traditionell mittelständisch orientierten Verbrauchsgüterzweigen und in einer Reihe von Branchen des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes.

Mit anfänglich mäßigen, seit 1991 jedoch erhöhten Raten sanken bereichsübergreifend die Beschäftigtenzahlen, inzwischen auf unter 70 Prozent des Ausgangsniveaus, das heißt auf knapp 114 000 Arbeitskräfte. Die geringe Personalmenge aus weiterhin aktiven Kleinbetrieben, die hier nur wegen der unterschrittenen Beschäftigungsgrenze nicht mehr mitgerechnet wird, ändert diese für den Arbeitsmarkt unerfreuliche Feststellung nicht maßgebend.

Zwischen den Hauptgruppen gab es beachtliche Unterschiede: Während die von jeher kleineren Verbrauchsgüter- sowie die Nahrungs- und Genußmittelbranchen jeweils auf etwa die Hälfte ihrer ursprünglichen Belegschaft geschrumpft sind, betrug der Rückgang im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe lediglich etwa ein Drittel, in seinem zweitgrößten Zweig, der Mineralölverarbeitung, sogar nur ein Fünftel. Nicht zuletzt dadurch konnte der Grundstoffbereich seinen Beschäftigtenanteil, nämlich jeden vierten Arbeitsplatz im Verarbeitenden Gewerbe halten.

Dagegen hat die arbeitsmarktrelevante Bedeutung der Investitionsgüterproduktion – wenn auch zulasten der beiden ohnehin schwächeren Hauptgruppen – kräftig zugenommen. Ihr Gewicht liegt nun trotz der absolut gesehen höchsten Zahl von Stellenstreichungen bei 56 Prozent. Die hier im Vergleich zu allen anderen Zweigen „gebremste“ Abnahme auf immerhin noch drei Viertel der Größenordnung aus dem Jahr 1977 spricht auch für eine stärkere Unempfindlichkeit der Investitionsgüterbetriebe bei langfristi-

Fachliche Betriebsteile, Beschäftigte und Umsatz¹⁾ des Verarbeitenden Gewerbes²⁾ in Hamburg 1977 bis 1994 nach Wirtschaftshauptgruppen³⁾

Jahr	Betriebs-teile	Beschäftigte		darunter:		Umsatz		davon im	
		insgesamt	je Betriebsteil	Arbeiter	insgesamt	je Beschäftigten	Inland	Ausland	
		Anzahl			Mio. DM	1000 DM	Mio. DM		
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe²⁾									
1977	280	41 792	149	22 973	12 411	297	10 647	1 764	
1985	218	34 579	159	17 697	22 930	663	20 118	2 812	
1990	179	30 896	173	15 340	19 567	633	17 556	2 011	
1994	155	28 386	183	12 693	21 875	771	19 392	2 483	
Investitionsgütergewerbe									
1977	645	84 559	131	51 923	8 874	105	6 438	2 436	
1985	545	70 653	130	41 370	10 877	154	6 301	4 576	
1990	496	72 226	146	39 285	14 160	196	7 636	6 524	
1994	483	64 010	133	32 959	14 565	228	7 969	6 596	
Verbrauchsgütergewerbe									
1977	282	17 457	62	12 820	1 630	93	1 431	199	
1985	168	10 777	64	7 146	1 400	130	1 106	294	
1990	194	11 241	58	7 299	1 941	173	1 495	446	
1994	168	9 036	54	5 505	1 960	217	1 474	486	
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe									
1977	245	24 152	99	12 854	7 240	300	6 489	751	
1985	176	16 383	93	8 670	7 062	431	5 713	1 349	
1990	151	13 979	93	7 687	6 516	466	5 684	832	
1994	130	12 452	96	6 397	6 121	492	5 148	973	
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt									
1977	1 452	167 960	116	100 570	30 156	180	25 006	5 150	
1985	1 107	132 392	120	74 883	42 270	319	33 238	9 032	
1990	1 020	128 342	126	69 611	42 183	329	32 371	9 812	
1994	936	113 884	122	57 554	44 521	391	33 984	10 537	

1) aus Eigenerzeugung zu jeweiligen Preisen, ohne Umsatzsteuer, einschließlich Verbrauchsteuern.
2) einschließlich Bergbau.- 3) gerundete Werte nach der Systematik der Wirtschaftszweige (WZ 1979) in der Fassung für das Produzierende Gewerbe (SYPRO).

Tabelle

gem Strukturanpassungsdruck.

Alle Beschäftigungseinbußen waren bestimmt von überdurchschnittlichen Verlusten bei den Arbeitern, deren Anteil von drei Fünfteln auf rund die Hälfte geschmolzen ist. Die Kürzungen waren im Grundstoffbereich als Folge von Konzentrationsmaßnahmen am deutlichsten. Das Verbrauchsgütergewerbe zeigte mit 61 Prozent noch ein Übergewicht von Arbeitern gegenüber den Angestellten.

Die nominellen Umsatzmeßziffern lasen bis 1982 eine stetige Aufwärtsbewegung, danach Perioden der Stagnation und Rezession sowie ab 1989 – beim Absatz im Ausland bereits zwei Jahre früher – ein kräftiges, seit 1991 wieder verhaltenes Wachstum erkennen. Das Niveau der Meßwerte für den Export lag ausnahmslos, zum Teil sogar erheblich über dem der Inlandsverkäufe. 1994 resultierte daraus eine Wertverdopplung der im Ausland abgesetzten Waren und beim Umsatz insgesamt immerhin noch eine Erhöhung um die Hälfte der Basismeßziffer.

Der Verlauf unterstreicht den Bedeutungsgewinn der Exportorientierung überhaupt, nicht nur für den temporären

Ausgleich von Konjunkturbrüchen der Inlandsnachfrage. Fast ein Viertel der Gesamteinnahmen von 44,5 Milliarden DM stammte 1994 aus dem Ausland. Der stabile Trend dokumentiert außerdem die erfolgreiche Umstrukturierung und Spezialisierung der reduzierten Produktionskapazitäten mit besonderer Ausrichtung auf den Bedarf der Exportmärkte.

Diese Aussage betrifft in erster Linie das dominante Investitionsgütergewerbe, auf das mit 6,6 Milliarden DM fast zwei Drittel der Ausfuhrsumme entfielen, weniger dagegen die Grundstoffproduktion. Ihre Exportquote hat seit 1980 eher rückläufige Tendenz; viele ihrer Zweige konnten dafür innerhalb Deutschlands verlorenes Terrain wiedergutmachen. Dadurch wurde 1994 mit über 19 Milliarden DM Inlandsatz der bis dahin höchste Wert aus dem Jahr 1985 fast wieder erreicht. Auch die umsatzschwächeren anderen Hauptgruppen waren im Exportgeschäft zunehmend erfolgreich, was jedoch im Verbrauchsgüterbereich gerade die dauerhafte Stagnation der Binnenkonjunktur, die noch schwächere Nachfrage der Endverbraucher nach Konsumgütern aus den

meisten Nahrungs- und Genussmittelzweigen aber bei weitem nicht kompensieren konnte. Eine Umsatzmeßziffer von rund 85 Prozent bedeutet hier 1994 den Tiefstand der Entwicklung seit 1977 und damit auch empfindliche reale Verluste.

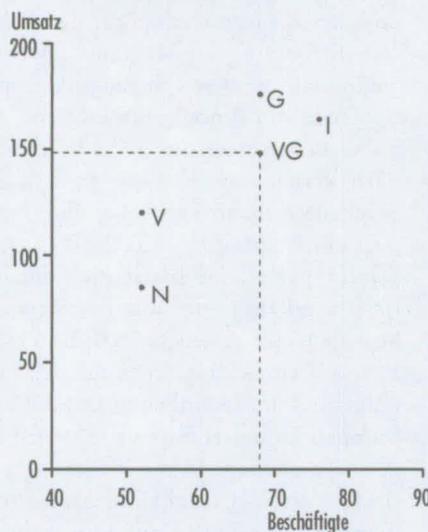
Verwendet man die auf die Beschäftigtenzahl bezogene Umsatzmeßziffer als Näherungsindikator für die Produktivitätsentwicklung, so läßt sich für das Verarbeitende Gewerbe bis 1994 eine Steigerung von nominal mehr als 100 Prozent errechnen. Dieser Anstieg erklärt sich zur Hauptsache aus dem überproportionalen Umsatzwachstum der beiden großen Hauptgruppen, wobei in der Grundstoffindustrie 1994 pro Arbeitskraft mit über 770 000 DM gut dreimal so hohe Jahreseinnahmen erzielt wurden wie im Investitionsgütergewerbe. Eine Verdoppelung gab es im Verbrauchsgüterbereich, zumal dort der Personalabbau noch stärker durchschlug. Im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe wurden vergleichbare Fortschritte bei gleichem Beschäftigungsrückgang durch die permanente Absatzschwäche verhindert.

Gundula Cordt-Nippert

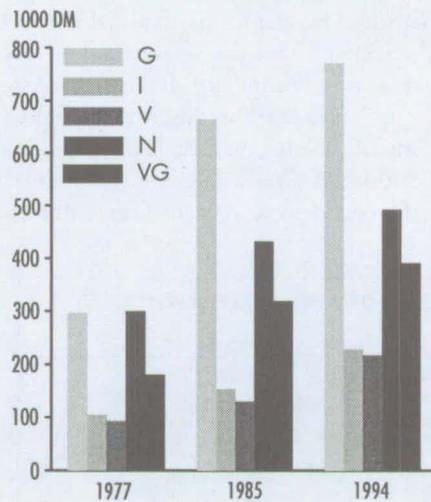
Verarbeitendes Gewerbe in Hamburg 1977-1994 nach Wirtschaftshauptgruppen

Umsatz¹⁾ und Beschäftigung

Meßziffer 1977 $\hat{=}$ 100

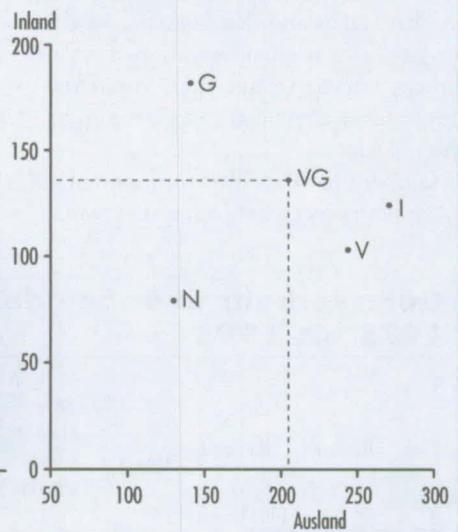


Umsatz¹⁾ je Beschäftigten



Umsatz¹⁾ im In- und Ausland

Meßziffer 1977 $\hat{=}$ 100



1) aus Eigenherzeugung zu jeweiligen Preisen, ohne Umsatzsteuer, einschließlich Verbrauchsteuern.

VG = Verarbeitendes Gewerbe einschließlich Bergbau; Wirtschaftshauptgruppen nach der Systematik der Wirtschaftszweige (WZ 1979) in der Fassung für das Produzierende Gewerbe (SYPRO): G = Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe einschließlich Bergbau; I = Investitionsgütergewerbe; V = Verbrauchsgütergewerbe; N = Nahrungs- und Genussmittelgewerbe

Schaubild

Strukturwandel im Hafen

1995 wurden von Seeschiffen im Hamburger Hafen über 72 Millionen Tonnen Güter umgeschlagen, 50 Prozent mehr als 1975. Die durch die intensivere Handelsverflechtung ausgelösten Veränderungen im Seeverkehr haben auch das Bild des größten deutschen Hafens nachhaltig geprägt. Massengüter, die Mitte der 70er Jahre noch gut 70 Prozent des Güteraufkommens ausmachten, tragen heute nur noch etwa 50 Prozent zum Gesamtumschlag bei. Das Wachstum des Verkehrs betraf fast ausschließlich die Stückgüter und hier wiederum allein den Containerverkehr. Als sich in der zweiten Hälfte der 60er Jahre die heute noch anhaltende rasante Entwicklung des Containerverkehrs abzeichnete, standen Seeschifffahrt und Seehäfen am Beginn eines tiefgreifenden Strukturwandels. Gegenüber den bis dahin bekannten Beförderungsarten bot die Containerisierung deutliche Vorteile: Der Einsatz von genormten Behältern homogenisiert die völlig unterschiedlichen Stückgüter und schafft dadurch erheblich größere Ladungseinheiten. Dies ermöglicht einen schnelleren Umschlag im Hafen und kürzere Liegezeiten für die Seeschiffe. Im Idealfall kann die ununterbrochene Transportkette zwischen Versender und Empfänger realisiert werden. Allerdings waren von Reedereien ebenso wie von den Häfen und den Umschlagbetrieben gewaltige Kapitalinvestitionen erforderlich, um die technischen Voraussetzungen für den reibungslosen Containerumschlag zu schaffen.

Hamburg hat das Wachstumspotential des Containerverkehrs frühzeitig erkannt

und die Faszilitäten für einen containergerechten Umschlag kontinuierlich ausgebaut.

Wachstumsträger Containerverkehr

Innerhalb von 20 Jahren hat die Substitution von konventionellen Transportmethoden durch Container dazu geführt, daß sich die in Containern umgeschlagene Ladungsmenge von 2,2 Millionen Tonnen auf 24,5 Millionen Tonnen mehr als verzehnfacht hat (2,89 Millionen Container, umgerechnet auf 20-Fuß-Einheiten-TEU). Gleichzeitig hat sich die mit anderen Transporttechniken beförderte Stückgutmenge von 10,6 Millionen Tonnen (1975) auf 5,5 Millionen Tonnen (1995) fast halbiert. Diese Entwicklung läßt sich auch an der Veränderung des Containerisierungsgrads (Anteil der containerisierten Güter am gesamten Stückgutumschlag) ablesen, der sich von 17 Prozent (1975) auf 81 Prozent (1995) erhöhte.

Besonders in der Anfangsphase Ende der 60er Jahre ist die Entwicklung des Containerverkehrs im Hamburger Hafen sehr stürmisch verlaufen. In dem Zehn-Jahres-Zeitraum zwischen 1975 und 1985 stieg der Containerumschlag auf das Dreieinhalbfache. Bis 1995 ist der Containerumschlag dann noch einmal auf das Zweieinhalbfache des Volumens von 1985 gewachsen. Aufgrund des im europäischen Vergleich überdurchschnittlichen Umschlagwachstums hat Hamburg seine Position als zweitwichtigster Containerhafen auf dem Kontinent hinter Rotter-

dam (Umschlag 1995: 4,79 Millionen TEU) und vor Antwerpen (2,33 Millionen TEU) ausgebaut. Der Abstand zu den Bremischen Häfen (1,52 Millionen TEU) hat sich in den vergangenen Jahren stetig vergrößert. Unter den führenden Containerhäfen der Welt ist Hamburg 1995 auf Platz sechs vorgerückt.

Zu den genannten verkehrstechnischen Vorzügen des Containersystems kam hinzu, daß Hamburg besonders von der starken Expansion seiner fernöstlichen Handelspartner profitieren konnte. Seit Mitte der 70er Jahre liegt der regionale Schwerpunkt des hamburgischen Containerverkehrs auf den Fahrtgebieten Ost- und Südostasiens, die im vergangenen Jahr fast zehn Millionen Tonnen oder 40 Prozent zum Containerladungsaufkommen des Hafens beisteuerten. Zum Vergleich: Vom Containerverkehr der Bremischen Häfen werden weniger als 20 Prozent mit Ostasien abgewickelt, in Rotterdam sind es etwa 32 Prozent.

Angesichts des heute bereits erreichten Stands der Containerisierung stellt sich die Frage, welche Reserven für den Ausbau dieser Transportart im „konventionellen“ Stückgutbereich noch zur Verfügung stehen. Nur eine geringe Zahl der heute nicht in den Containerverkehr einbezogenen Stückgüter ist aufgrund ihrer physischen Eigenschaften für den Behälterverkehr ungeeignet (zum Beispiel Stammholz, größere Fahrzeuge oder sperrige Teile von Produktionsanlagen). Ein hoher Prozentsatz der nicht in Containern verpackten Ladung entfällt auf Stückgüter, deren Umschlag und Transport mit speziellen Techniken und Schiffstypen erfolgt, so daß die Containerisierung keine oder nur noch geringe Vorteile bietet. An erster Stelle ist hier die Ro/Ro-Technik zu nennen, mit der Fahrzeuge und andere rollende Ladung über Rampen an beziehungsweise von Bord gefahren werden. In modifizierter Form findet diese Umschlagtechnik beim Transport von Forstprodukten (Schnittholz, Zellulose, Papier und Pappe) Anwendung. Die Papierrollen und Paletten werden mit Gabelstaplern zwischen Kaischuppen und Spezialschiffen, die mit Seitenpforten und Heckrampen ausge-

Jahr	Insgesamt	Massengut	davon				Containerisierungsgrad
			Menge	Anteil am Gesamtumschlag	davon		
					containerisiert ¹⁾	nicht-containerisiert	
1000 Tonnen		%	1000 Tonnen		%		
1975	48 181	34 541	13 640	28,3	2 892	10 748	17,3
1985	59 535	38 094	21 440	36,0	11 678	9 762	48,5
1995	72 189	35 859	36 331	50,3	30 651	5 680	81,4

1) einschließlich Container-/Trailer-Eigengewichte

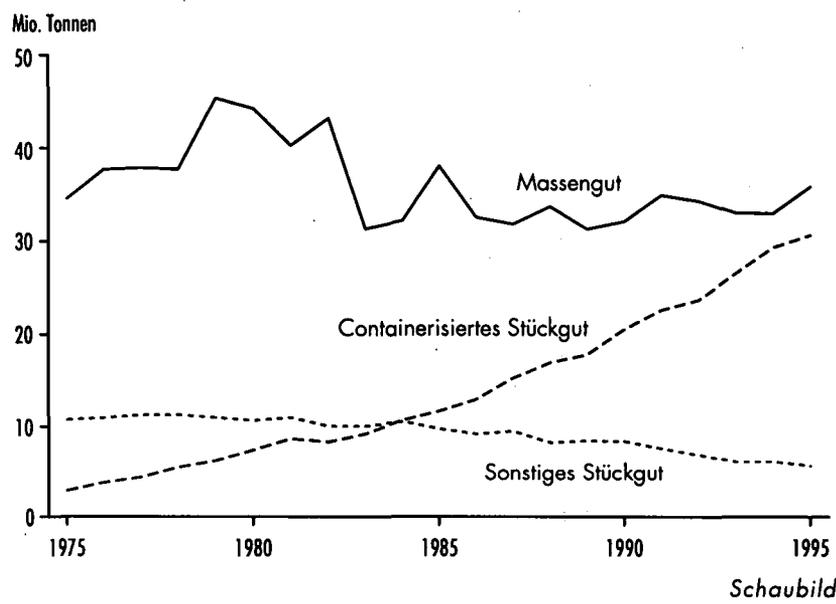
Tabelle

stattet sind, bewegt; an Bord übernehmen schiffseigene Aufzüge und Stapler die Stauung der Ladung auf den Decks. Beim Löschen von Früchten kommen Spezialkräne für Paletten und spezielle Elevatoren zum Einsatz. Forstprodukte, Früchte und Fahrzeuge, die neben Eisen und Stahl die mit Abstand wichtigsten Güter im Bereich der nichtcontainerisierten Ladung stellen, werden heute oft als „Neo-Bulk“-Ladung bezeichnet, weil die Umschlagleistung durch technische Verbesserungen – auch ohne Containerisierung – in einem Maße gesteigert werden konnte, wie es früher nur bei homogenen Massenprodukten der Fall war. Andererseits ist zu berücksichtigen, daß die mittlerweile im Einsatz befindlichen Spezialcontainer keineswegs mehr ausschließlich mit klassischen Stückgütern, sondern zum Beispiel auch mit unverpackten Schüttgütern oder mit Flüssigladungen beladen werden und in diesem Bereich sicher noch ein Potential für den Behälterverkehr vorhanden ist.

Hafenfunktionen im Wandel

Die durch die Containerisierung ausgelösten Funktionsveränderungen kommen am deutlichsten im Übergang zum Haus-Haus-Containerverkehr zum Ausdruck. Dadurch können sich „klassische“ Hafenfunktionen wie Stauerei und Lagerung, seemäßige Verpackung sowie Mengen- und Qualitätskontrolle an den Anfang beziehungsweise Endpunkt der Beförderungskette verlagern. Es gibt Befürchtungen, daß die Häfen zu einer bloßen Durchlaufschleuse ohne Verteiler- und Sammelfunktion abgewertet werden könnten. Der im Zuge der Containerisierung erfolgte Abbau von Arbeitsplätzen im unmittelbaren Güterumschlag – in diesem Bereich hat sich die Zahl der Hafenarbeiter in den letzten zwei Jahrzehnten halbiert – scheint jene Einschätzung zu bestätigen. Die Erfahrungen der vergangenen Jahre haben allerdings gezeigt, daß der Hamburger Hafen – speziell auch im Bereich der Lagerhaltung – Funktionsgewinne verzeichnet, und zwar durch die Bildung von Zentrallagern im ausgehenden Verkehr und – meist in enger Abstimmung mit Direktimporteuren – durch die Einrichtung von Auslieferungslagern im einkommenden Verkehr. Jüng-

Güterverkehr über See des Hafens Hamburg 1975 bis 1995



stes Beispiel ist der Bau des neuen Europa-Logistikzentrums der Firma Sharp in Altenwerder-West. Gleichzeitig wachsen dem Hafen im Umfeld des Containerverkehrs neue Dienstleistungen zu, wie zum Beispiel die Wartung und Reparatur von Containern oder entsprechende Depotfunktionen und das Containerleasing, aus denen eine Vielzahl qualifizierter Arbeitsplätze entstanden sind.

Weniger Schiffe, mehr Ladung

Der Strukturwandel blieb nicht auf die Umschlagtechnik beschränkt. In der Containerschiffahrt wird durch den Einsatz immer größerer Frachter mit wenigen Schiffen mehr Ladung transportiert. Mittlerweile sind Containerschiffe mit einer Kapazität von mehr als 5000 TEU in Fahrt. Die Containerschiffe der vierten und fünften Generation werden in der Regel in Gemeinschaftsdiensten mehrerer Reedereien eingesetzt, da auf diese Weise die für einen rentablen Betrieb erforderlichen Auslastungen leichter zu erzielen sind. Kennzeichen dieses Prozesses sind eine abnehmende Zahl von Schiffsankünften bei gleichzeitigem Anstieg der durchschnittlichen Schiffgröße. Seit 1975 ist die Zahl der den Hamburger Hafen anlaufenden Handelsschiffe um ein

Drittel gesunken; gleichzeitig hat sich die durchschnittliche Schiffgröße mehr als verdoppelt. Um die Aufenthaltsdauer der Schiffe in den Häfen zu minimieren und den Verladern noch attraktivere Rundreisezeiten zu bieten, waren die Reeder außerdem bestrebt, den Überseeverkehr mit den größtmöglichen Schiffseinheiten auf wenige Haupthäfen zu konzentrieren und das Sammeln und Verteilen der Güter Zubringerschiffen, den sogenannten „Feeder-Diensten“ zu überlassen. An der Nordsee bedienen die interkontinentalen Containerlinien meist nur noch zwei Schwerpunkthäfen. Hamburg zählt – insbesondere was den Ostasienverkehr angeht – in der Regel dazu. Die in diesem Fahrgebiet tätigen Konsortien bieten meist mehrere Abfahrten pro Woche in separaten Diensten an, die praktisch alle Rotterdam anlaufen. Von den deutschen Nordseehäfen wird nicht immer Hamburg, sondern in einigen Fällen auch Bremerhaven bedient. Diesem Umstand ist es wohl zuzuschreiben, daß Hamburg seine Stellung als wichtigster europäischer Umschlagplatz für den Handel mit Ostasien an Rotterdam verloren hat. Die hohen Zuwachsraten des hiesigen Hafens im Fernostverkehr wurden in den letzten Jahren von dem Rheinmündungshafen noch übertroffen. Das mit Abstand höchste Wachstum wurde dabei im Verkehr

mit Singapur und Hongkong verzeichnet, den beiden weltgrößten Containerhäfen, die in großem Umfang Transitfunktionen für die ost- und südostasiatischen Länder wahrnehmen. Dies kann als Indiz dafür gewertet werden, daß die Bündelung der Verkehrsströme in der Containerschifffahrt auf Haupthäfen auch in Übersee weit fortgeschritten ist.

Es soll hier nicht verschwiegen werden, daß die Sammlung von Zahlenangaben über den Containerverkehr im Rahmen der Seeverkehrsstatistik stets große Probleme aufgeworfen hat. Ursache war vor allem das mit dem raschen Anwachsen der Güterströme sprunghaft zunehmende

Ladungssplitting, das heißt der überproportionale Anstieg der Zahl von kleineren Import- und Exportsendungen, die mit dem Transportmittel „Container“ kostengünstig verschifft werden konnten. Wenn auch die drängendsten Probleme mittlerweile behoben sind und detaillierte Ergebnisse über den Seeverkehr des Hamburger Hafens zeitnah erstellt werden können, so ist doch nicht zu verkennen, daß im Datenangebot Lücken bestehen. So werden in der Seeverkehrsstatistik für die den Hamburger Hafen anlaufenden Güter deren Ein- oder Ausladehäfen erfaßt. Auf dieser Grundlage ist es nicht möglich, den gesamten Transportweg

über See darzustellen, wenn die Waren in einem oder mehreren Häfen umgeladen werden, was besonders im Containerverkehr häufig der Fall ist. Zugleich mangelt es noch an einer harmonisierten Datenbasis für die europäischen Seehäfen, die zumindest die wichtigsten, für anstehende Investitionsentscheidungen benötigten Daten der konkurrierenden Umschlagplätze in vergleichbarer Form bereitstellt. In diesem Bereich ist jedoch Abhilfe in Sicht, da das Erhebungsprogramm der Seeverkehrsstatistik durch eine unlängst verabschiedete Richtlinie EU-weit ab 1997 auf eine einheitliche Basis gestellt wird.

Ulrich Wiemann

Tourismus

Der Fremdenverkehr entwickelte sich in Hamburg zu einem beachtlichen Wirtschaftsfaktor, dessen Bedeutung in den letzten zwei Jahrzehnten zugenommen hat. Eine auf die Fortsetzung dieses Trends gerichtete Wirtschaftspolitik und die daran anknüpfende kontinuierliche Anpassung touristischer Angebote an die vorhandene oder induzierte Nachfrage sind nur auf der Basis von Daten möglich, welche die aktuelle, die jahreszeitliche und die langfristige Entwicklung wiedergeben. Eine unentbehrliche Informationsquelle hierfür ist die amtliche Statistik der Beherbergung im Reiseverkehr, bei der überwiegend die Anbieterseite in Gestalt des Beherbergungsgewerbes betrachtet wird.

Hierzu melden alle Beherbergungsstätten in Hamburg, die über mindestens neun Gästebetten verfügen, regelmäßig die Zahl und Herkunft ihrer Gäste und die Zahl der Übernachtungen. Aus zusätzlichen Angaben der Betriebe über eventuelle Schließungen und Wiedereröffnungen und die Zahl der Fremdenbetten läßt sich die Kapazitätsauslastung der Betriebe herleiten; ferner kann die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Gäste errechnet werden.

Die in den letzten zwei Jahrzehnten stark gestiegenen Reiseaktivitäten haben

sich in der Statistik eindrucksvoll niedergeschlagen. Zugenommen hat besonders der Gästezustrom aus Deutschland. Dabei war ein Anstieg sowohl des Geschäftsreiseverkehrs als auch des privaten Tourismus zu beobachten. Durch diesen Aufschwung des Reisens und der zahlreichen damit verbundenen wirtschaftlichen Aktivitäten in anderen Bereichen hat sich der Reiseverkehr in den letzten zwei Jahrzehnten ungeachtet zeitweise gesamtwirtschaftlicher Wachstumsschwäche als weitgehend krisenfest erwiesen. Das Reisen stellt damit in der modernen Gesellschaft einen maßgeblichen Wirtschaftsfaktor dar. Reiseverkehrsorientierte Angebote bilden einen stark expandierenden Dienstleistungsbereich, der inzwischen in vielen Großstädten als zukunftsträchtiges Element einer regionalen Wirtschaftsstruktur betrachtet wird.

Generell werden Kurzurlaubsreisen von zwei bis vier Tagen immer beliebter. Besonders der Städtetourismus stellt einen wichtigen Faktor dar, von dem man allgemein weitere Steigerungsraten erhofft. Schließlich expandierte der Geschäftsreiseverkehr ebenfalls beachtlich. Hier spielt vor allem die Bedeutung des Messe- und Kongreßwesens eine wichtige Rolle. Diese Strukturveränderungen begünstigen in erster Linie die Großstädte.

In diesem Beitrag soll für die letzten zwanzig Jahre sowohl von der Nachfrageseite als auch von der Angebotsseite her untersucht werden, wie sich die geschilderte Entwicklung auf den Hamburger Tourismusverkehr auswirkte und ob Hamburg an den positiven Tendenzen teilhaben konnte.

Rekorde im Reiseverkehr

Die Entwicklung der Gästezahl im Hamburger Fremdenverkehr hat sich nach einem Rückgang zu Beginn der 70er Jahre seit 1975 nicht nur erholt, sondern steuerte in den 90er Jahren immer wieder neuen Rekorden entgegen. Der bisherige Nachkriegsrekord liegt bei 2,27 Millionen Gästen mit 4,16 Übernachtungen im Jahr 1995. Dabei war die Entwicklung für die Reisenden aus der Bundesrepublik und aus dem Ausland nicht gleichförmig. Während die Zahl der ausländischen Gäste bis 1990 anstieg, begann die starke Zunahme bei den deutschen Besuchern erst 1990 und führte bis 1995 zu einer Verdoppelung gegenüber 1975.

Im einzelnen verlief die Entwicklung der Gästeankünfte aus den für den Tourismus für Hamburg wichtigsten Herkunftsländern sehr unterschiedlich. Die Länder sind in *Tabelle 1* nach der Größe

Gäste, Übernachtungen und durchschnittliche Aufenthaltsdauer in Hamburger Beherbergungsbetrieben¹⁾ 1975 bis 1995 nach ausgewählten Herkunftsländern

Herkunftsland	1975		1980		1985		1990		1995	
	Anzahl	1975 = 100	Anzahl	1975 = 100	Anzahl	1975 = 100	Anzahl	1975 = 100	Anzahl	Anteil in %
Gäste										
Insgesamt	1 331 722	100	121,6	118,2	157,1	170,6	2 271 694	100		
davon										
Deutschland	904 318	100	122,3	112,1	157,4	198,0	1 790 867	78,8		
Ausland	427 404	100	120,0	131,1	156,5	112,5	480 827	21,2		
darunter										
Großbritannien	34 440	100	177,2	156,7	202,3	177,6	61 159	2,7		
USA	30 928	100	123,6	206,4	229,6	131,0	40 514	1,8		
Schweiz	14 963	100	137,6	146,3	182,1	193,6	28 969	1,3		
Schweden	61 776	100	99,3	121,4	182,8	54,7	33 808	1,5		
Niederlande	28 564	100	109,3	95,3	87,5	98,0	28 006	1,2		
Dänemark	44 195	100	83,3	96,2	91,7	64,3	28 399	1,3		
Frankreich	21 235	100	122,4	103,6	146,5	115,6	24 540	1,1		
Österreich	12 193	100	161,5	142,8	167,6	158,9	19 378	0,9		
Italien	15 673	100	107,5	113,8	174,5	113,1	17 721	0,8		
Japan	27 430	100	110,2	117,5	97,0	54,2	14 854	0,7		
Übernachtungen										
Insgesamt	2 497 169	100	117,0	119,3	158,7	166,8	4 164 533	100		
davon										
Deutschland	1 713 622	100	113,5	110,7	155,6	189,9	3 254 273	78,1		
Ausland	783 547	100	124,8	138,1	165,4	116,2	910 260	21,9		
darunter										
Großbritannien	63 302	100	194,6	164,0	198,1	180,8	114 461	2,7		
USA	56 517	100	127,7	205,0	254,1	132,2	74 688	1,8		
Schweiz	27 439	100	133,2	148,3	191,1	212,7	58 369	1,4		
Schweden	95 828	100	98,9	125,5	188,7	55,2	52 864	1,3		
Niederlande	50 335	100	104,0	94,5	91,1	94,9	47 784	1,1		
Dänemark	71 434	100	87,7	100,7	99,4	63,9	45 617	1,1		
Frankreich	35 550	100	122,0	110,2	147,9	119,2	42 358	1,0		
Österreich	23 437	100	155,3	156,4	181,5	164,4	38 520	0,9		
Italien	28 308	100	108,2	116,1	183,2	109,8	31 076	0,7		
Japan	54 614	100	106,5	110,2	106,0	54,3	29 640	0,7		
Durchschnittliche Aufenthaltsdauer in Tagen										
Insgesamt	1,9	100	96,2	100,9	101,0	97,8	1,8			
davon										
Deutschland	1,9	100	92,8	98,8	98,8	95,9	1,8			
Ausland	1,8	100	104,0	105,4	105,7	103,3	1,9			
darunter										
Großbritannien	1,8	100	109,8	104,7	98,0	101,8	1,9			
USA	1,8	100	103,3	99,3	110,7	100,9	1,8			
Schweiz	1,8	100	96,8	101,4	104,9	109,9	2,0			
Schweden	1,6	100	99,6	103,4	103,2	100,8	1,6			
Niederlande	1,8	100	95,2	99,1	104,2	96,8	1,7			
Dänemark	1,6	100	105,2	104,7	108,3	99,4	1,6			
Frankreich	1,7	100	99,7	106,4	100,9	103,1	1,7			
Österreich	1,9	100	96,2	109,5	108,3	103,4	2,0			
Italien	1,8	100	100,6	102,0	105,2	97,1	1,8			
Japan	2,0	100	96,7	93,8	109,2	100,2	2,0			

1) 1975 ohne Heime und Jugendherbergen, 1980 bis 1995 einschließlich Heime und Jugendherbergen

Tabelle 1

Übernachtungen in Hamburg und Rangziffern Hamburgs unter den Besuchsorten ausländischer Gäste in Deutschland 1994

Herkunftsland	Übernachtungen in Hamburg	Rangziffer
Großbritannien	114 234	5
USA	79 465	6
Schweiz	54 891	3
Schweden	66 763	3
Niederlande	45 774	4
Dänemark	52 272	2
Frankreich	42 862	5
Österreich	39 362	3
Italien	33 527	7
Japan	28 263	6

Tabelle 2

ihres Übernachtungsanteils am Gesamtergebnis im Jahr 1995 aufgeführt. Im Gegensatz zu dem wichtigsten Herkunftsland Großbritannien mit einer relativ wenig schwankenden Entwicklung verzeichnen die Gästezahlen aus den an zweiter Stelle liegenden USA ganz erhebliche Sprünge. An diesen Beispielen wird deutlich, daß besonders bei den Auslandsgästen eine Vielzahl von Faktoren das Reiseverhalten bestimmen können. Das gilt etwa für den Wechselkurs oder für politische Ereignisse im Herkunftsland; aber auch weltpolitische Geschehen, die weder das Herkunfts- noch das Zielland unmittelbar berühren, können sich auswirken. So wechselten auch besonders bei den Ergebnissen von Schweden, Italien und Japan immer wieder Anstieg und Rückgang, ohne daß sich die Gründe für die Entwicklungen hier im einzelnen nachvollziehen lassen. Eine verhältnismäßig stetige Entwicklung verzeichneten dagegen Besuche aus der Schweiz und aus Österreich.

Wichtiger noch als die Zahl der Gäste sind die Übernachtungen. Das Verhältnis der Zahl der Übernachtungen zur Gästezahl kann im Zeitablauf dadurch abweichen, daß sich die Aufenthaltsgewohnheiten ändern. Dies wird durch einen Vergleich der Meßzahlen für Gäste und Übernachtungen in der *Tabelle 1* deutlich. Bei den meisten Ländern laufen die

Ergebnisse einigermaßen parallel. Bei Großbritannien erkennt man zum Beispiel, daß 1980 und 1985 die Übernachtungen stärker stiegen als die Gästezahl; dies gilt ebenso für die Schweiz in den Jahren 1990 und 1995.

Rund vier Fünftel aller Gäste und Übernachtungen entfallen auf Inländer. Der Anteil von einem Fünftel für ausländische Besucher ist ein für eine Groß- und Weltstadt wie Hamburg typischer Wert, der sich nur mittelfristig ändert. Die prozentualen Anteile für die einzelnen Länder vermögen zwar recht klein erscheinen; ihre eigentliche Bedeutung kommt indessen durch den absoluten Wert zum Ausdruck, der sich hinter der Prozentzahl verbirgt. So stellte im Jahr 1995 ein Prozent immerhin 42 000 Übernachtungen dar, was einem Umsatzvolumen von mehreren Millionen DM entspricht. Für 1995 erbrachten die zehn wichtigsten Herkunftsländer mit 535 000 Übernachtungen fast 60 Prozent der Ausländer oder etwa 13 Prozent aller Übernachtungen. Der Anteil eines Herkunftslandes kann in seiner wirtschaftlichen Bedeutung auch dadurch besonders hoch sein, daß die Reisenden aus diesem Land nur einige wenige bestimmte Hotels bevorzugen und diese dann von dieser konzentrierten Nachfrage abhängig werden.

Unterschiedliche Aufenthaltsdauer

Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer ist ein wichtiges Kriterium zur Beurteilung des Gästeverhaltens. Bei gegebener Gästezahl kann über die Veränderung der Aufenthaltsdauer das Übernachtungsvolumen für die Betriebe beeinflusst werden. Die Aufenthaltsdauer wird ermittelt, indem man die Übernachtungs- durch die Gästezahl dividiert. Während Besucher aus der Bundesrepublik sich 1995 im Durchschnitt nur 1,8 Tage in der Hansestadt aufhielten, blieben die Gäste aus dem Ausland mit 1,9 Tagen etwas länger. Dabei reichen die Werte von 1,6 (Schweden) bis zu 2,0 Tagen (Schweiz, Österreich, Japan). Diese Spanne scheint nicht allzu groß zu sein. Man muß sich aber vergegenwärtigen, daß zum Beispiel bei Schweden eine Erhöhung der Aufenthaltsdauer von 1,6 Tagen für 1995 um 0,1 Tage bei konstanter Gästezahl immerhin 3400 Übernachtungen ausmachen würde. Die Einflußmöglichkeit auf die Verweildauer ist von Land zu Land sicher unterschiedlich und jeweils auch vom Anlaß der Reise abhängig. Aus dem Verhalten und seinem Wechsel kann man vermuten, daß die Gäste durchaus auf geeignete Werbemaßnahmen ansprechen.

Übernachtungen in Hamburg 1975, 1985 und 1995 nach Monaten

Monatsdurchschnitt $\hat{=}$ 100

Monat	Übernachtungen ¹⁾								
	insgesamt	von Gästen mit Wohnsitz		insgesamt	von Gästen mit Wohnsitz		insgesamt	von Gästen mit Wohnsitz	
		innerhalb Deutschlands	außerhalb Deutschlands		innerhalb Deutschlands	außerhalb Deutschlands		innerhalb Deutschlands	außerhalb Deutschlands
1975	1975	1985	1985	1995	1995	1995	1995	1995	
Januar	70,8	74,3	63,0	63,1	70,6	49,8	72,2	73,6	67,0
Februar	73,3	75,4	68,4	70,4	77,6	57,6	77,5	77,9	76,2
März	90,2	93,4	83,1	94,1	99,6	84,4	101,5	102,2	98,9
April	99,4	101,0	96,0	100,1	96,5	106,5	10,5	104,1	106,0
Mai	120,9	122,8	116,7	115,2	113,3	118,6	117,0	119,2	109,3
Juni	109,1	109,0	109,3	122,9	112,4	113,9	115,2	116,8	109,4
Juli	114,0	101,9	141,3	111,8	96,7	138,2	98,9	93,9	116,9
August	126,7	119,6	142,8	122,7	118,5	130,2	100,3	99,0	104,9
September	121,2	120,6	122,4	128,3	124,5	134,9	119,2	117,5	125,3
Oktober	115,4	118,3	109,1	120,7	120,5	121,0	117,1	117,6	115,4
November	89,4	91,9	83,8	95,3	101,2	85,1	100,1	100,0	100,5
Dezember	69,4	71,8	64,1	65,4	68,6	60,0	76,5	78,3	70,2

1) einschließlich Übernachtungen in Heimen und Jugendherbergen

Tabelle 3

Hamburg besonders bei Schweden, Schweizern und Österreichern beliebt

Da die Besucher der Hansestadt aus dem Ausland ganz entscheidend mit zum Reiseverkehrsergebnis beitragen, dürfte es für die Verantwortlichen der Tourismuspolitik interessant sein, welchen Stellenwert Hamburg unter den bevorzugten Großstädten als Reiseziele in der Bundesrepublik bei den Ausländern besitzt. Als Maßstab für den Rang, den Hamburg unter den Städten des Bundesgebietes für die jeweiligen Ausländergruppen hat, sind die Übernachtungszahlen zugrunde gelegt.

Es fällt auf, daß Hamburg in der Bundesrepublik nicht die Stadt mit den meisten Übernachtungen von Dänen ist, sondern erst an zweiter Stelle (nach Berlin) steht. In der Gunst der Schweden liegt Hamburg (hinter Berlin und knapp nach Lübeck) auf Rang drei. Der gleiche Rang für die Besucher aus der Schweiz (nach Berlin und München) ist angesichts der Entfernung erfreulich. Ähnliches gilt für die Österreicher. Es folgen die Niederlande mit Platz vier und Frankreich mit Rang fünf. USA und Italien sind die Schlußlichter unter den wichtigsten Herkunftsländern.

Abbau der Saisonschwankungen

Um anschaulich zu machen, wie sich die Übernachtungen über das Jahr verteilen und in welchem Ausmaß es jahreszeitlich bedingte Schwankungen gibt, sind die monatlichen Übernachtungen der Jahre 1975, 1985 und 1995 in Meßzahlen in *Tabelle 3* aufgeführt. Diese Darstellungsweise erlaubt es, den saisonalen Verlauf, ohne die vielziffrigen absoluten Werte betrachten zu müssen, übersichtlicher wiederzugeben und Zeiträume mit unterschiedlichem Niveau besser erkennen und vergleichen zu können. Für die drei ausgewählten Jahre gilt, daß weit überdurchschnittliche Ergebnisse 1975 von Mai bis Oktober, 1995 dagegen bereits von März bis einschließlich November erzielt wurden – mit Spitzenwerten für die Deutschen jeweils im September und für die Auslandsgäste früher im Juli und August, 1995 dagegen im September. Andererseits

Beherbergungskapazität und ihre Ausnutzung in Hamburg 1975 bis 1995

Jahr	Insgesamt			davon					
	Betriebe		Betten	gewerblicher Bereich ¹⁾		Jugendherbergen, Heime			
	Anzahl	Ausnutzung in %		Betriebe	Betten	Betriebe	Betten	Anzahl	Ausnutzung in %
1975	391	17 346	42,4	384	16 260	42,1	7	1 086	47,5
1980	336	17 643	48,9	329	16 597	48,2	7	1 046	58,6
1985	296	19 378	43,1	289	18 356	42,3	7	1 022	58,1
1990	240	19 920	53,8	232	18 697	53,3	8	1 223	60,5
1995	251	25 707	44,5	243	24 346	44,0	8	1 361	52,5

1) einschließlich Übernachtungen in Heimen und Jugendherbergen

Tabelle 4

fällt jeweils im Juli mitten in der Sommersaison der Einbruch bei den Deutschen auf, der im Gesamtergebnis erfreulicherweise durch gleichzeitige höhere Werte der Ausländer gemildert wird. Juli und August sind in Deutschland die Hauptferienmonate, in denen man eher in Urlaubsgebiete als in die Großstadt fährt. Damit entfällt auch ein beachtlicher Teil der Geschäftsreisen, so daß das Hoch bei den Übernachtungen der Auslandsgäste im Juli wohl überwiegend auf Touristen zurückzuführen ist.

Ein weiterer Vergleich zeigt, daß Januar und Dezember jeweils die wenigsten Übernachtungen brachten. Anders ausgedrückt läßt sich sagen, daß in diesen Monaten weit überdurchschnittlich viel Kapazität ungenutzt blieb. Selbstverständlich werden vielfältige Bemühungen unternommen, auch in dem weniger attraktiven Winterhalbjahr mehr Gäste nach Hamburg zu holen beziehungsweise ihre Aufenthaltsdauer zu verlängern. Wie der Vergleich über die drei aufgeführten Jahre zeigt, ist es für alle Wintermonate gelungen, höhere Ergebnisse zu erzielen. Interessant ist dabei die Frage, ob die Monate der Nebensaison gegenüber den Hauptmonaten aufgeholt haben, das heißt, ob der Abstand zwischen den schwächsten und den Spitzenmonaten verringert werden konnte. Dies läßt sich durch Vergleich der Meßzahlen des gleichen Monats der aufgeführten Jahre feststellen. Hier wird besonders bei den Auslandsgästen deutlich, daß 1995 im Vergleich zu 1975 eine gewisse Nivellierung zu beobachten ist. Denn einige Monate

der Nebensaison weisen ebenfalls eine zum Teil deutlich höhere Meßzahl auf und liegen damit näher am Monatsdurchschnitt. Dies gilt für alle Wintermonate mit Ausnahme des Dezembers. Eine ähnliche Tendenz ist auch für die Übernachtungen der Gäste aus Deutschland festzustellen. Allerdings ist darauf hinzuweisen, daß es sich bei den Ergebnissen der *Tabelle 3* um eine Momentaufnahme handelt. Eine ausführliche Analyse aller Monate über viele Jahre würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen.

Weniger Betriebe - mehr Betten

Stand bisher die Nachfrageseite im Vordergrund, soll abschließend noch ein Blick auf das Beherbergungsangebot geworfen werden. Hier interessiert vor allem der gewerbliche Bereich, der mit 243 Betrieben 95 Prozent der Betten zur Verfügung stellt und bei dem eine anhaltende Entwicklung zu deutlich weniger und größeren Betrieben zu beobachten ist. In den letzten 20 Jahren sind 140 Betriebe vom Markt verschwunden. Andererseits ist das Bettenangebot um 8000 Betten gewachsen. Die durchschnittliche Betriebsgröße ist im gleichen Zeitraum dadurch kontinuierlich von 42 auf 100 Betten je Betrieb gestiegen. Dadurch wurde der frühere Konzentrationsprozeß abgemildert, so daß zur Zeit 42 Prozent der Betriebe über 70 Prozent der Betten verfügen. Die Bettenausnutzung schwankte im Beobachtungszeitraum erheblich.

Erich Walter

Wirtschaft und Beschäftigung

Die wirtschaftliche Leistung auf Hamburger Arbeitsplätzen wird in diesem Aufsatz durch das Bruttoinlandsprodukt gemessen. Zweckmäßigerweise wird diese Größe für einen langjährigen Zeitvergleich mit konstanten Preisen eines Basisjahres bewertet, um reine Preissteigerungseffekte aus der Zeitreihe zu eliminieren. Das Ergebnis ist die „reale“ Entwicklung der wirtschaftlichen Leistung. Zur Zeit ist 1991 das Basisjahr für die Preisbereinigung. Das reale Bruttoinlandsprodukt ist in Hamburg in der Zeit von 1975 bis 1995 von 82,5 Milliarden DM auf 119,4 Milliarden DM gestiegen. Dies ist ein beachtlicher Anstieg um 45 Prozent (siehe *Tabelle*).

Für einen Vergleich der Entwicklung in Hamburg mit der im Bund ist es ratsam, aus den Hamburger Werten Sonderentwicklungen, die sich aus den mit hohen Produktionssteuern belasteten Bereichen Mineralöl- und Tabakverarbeitung ergeben, herauszurechnen. Bei der Mineralölverarbeitung zum Beispiel beträgt der Anteil der Mineralölsteuern – die reine Bundeseinnahmen sind – etwa 85 Prozent der Wertschöpfung. Da Hamburg der Sitz mehrerer Mineralölkonzerne ist – die Hamburger Konzerne repräsentieren etwa 55 Prozent der Umsätze dieses Wirtschaftsbereiches in Deutschland – können Effekte von Mineralölsteuererhöhungen oder abrupten Rohölpreisveränderungen die Beurteilung der Entwicklung empfindlich stören. Aus diesem Grund wird nachfolgend für Hamburg nur das Bruttoinlandsprodukt ohne Mineralöl- und Tabakverarbeitung herangezogen (im Text kurz als „bereinigtes“ Bruttoinlandsprodukt bezeichnet).

Das bereinigte Bruttoinlandsprodukt hat sich bis 1995 in der Hansestadt gegenüber 1975 sogar um 57 Prozent erhöht und erreichte damit fast die gleiche Steigerung wie das Inlandsprodukt des früheren Bundesgebietes (plus 60 Prozent). *Schaubild 1* stellt die Entwicklung der Größen im Vergleich in Form von Maßzahlen (1975 $\hat{=}$ 100) dar. Deutlich ist zu erkennen, daß die Kurve für das unbereinigte Bruttoinlandsprodukt Hamburgs im Verhältnis zum Bund eine sehr viel

ungünstigere Entwicklung nahm, insbesondere durch einen Einbruch um 1986/87, während die bereinigte Größe fast parallel zur Bundesentwicklung verläuft. In beiden Gebieten fällt die Stagnationsphase um 1980 auf – im Bundesgebiet

stärker als in Hamburg – und der rasante Anstieg der wirtschaftlichen Leistung nach 1989 im Zuge der Wiedervereinigung. Die Steigerung ist in der Hansestadt sogar noch stärker als im Bund ausgeprägt. Pauschal formuliert könnte man

Reales Bruttoinlandsprodukt und Erwerbstätige in Hamburg und im früheren Bundesgebiet 1975 bis 1995

Jahr ¹⁾	Bruttoinlandsprodukt real in Preisen von 1991			Erwerbstätige		Reales Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen	
	Hamburg insgesamt	darunter ohne Mineralöl- und Tabakverarbeitung	Bundesgebiet	Hamburg	Bundesgebiet	Hamburg ²⁾	Bundesgebiet
	Millionen DM	Milliarden DM		1000		DM	
Absolut							
1975	82 549	72 933	1 719	908	26 020	80 324	66 049
1980	92 555	81 992	2 018	908	26 980	90 331	74 796
1981	92 846	83 293	2 020	910	26 951	91 503	74 951
1982	92 220	82 946	2 001	892	26 630	93 016	75 141
1983	95 553	84 793	2 036	876	26 251	96 789	77 567
1984	97 581	86 021	2 094	867	26 293	99 260	73 622
1985	99 042	87 795	2 136	860	26 489	102 074	80 637
1986	100 230	88 026	2 186	864	26 856	101 902	81 401
1987	96 291	89 572	2 218	865	27 050	103 534	82 011
1988	97 326	90 510	2 301	872	27 261	103 844	84 406
1989	101 992	95 284	2 384	887	27 658	107 434	86 210
1990	107 296	102 667	2 520	906	28 479	113 370	88 500
1991	112 162	108 040	2 648	933	29 189	115 806	90 705
1992	113 526	109 510	2 694	947	29 455	115 697	91 472
1993	114 423	110 215	2 645	935	29 005	117 905	91 174
1994	116 980	112 533	2 707	924	28 654	121 892	94 465
1995	119 394	114 696	2 750	910	28 458	125 007	96 637
1975 $\hat{=}$ 100							
1975	100	100	100	100	100	100	100
1980	112	112	117	100	104	112	113
1981	112	114	118	100	104	114	113
1982	112	114	116	98	102	116	114
1983	116	116	118	96	101	120	117
1984	118	118	122	95	101	124	121
1985	120	120	124	95	102	127	122
1986	121	121	127	95	103	127	123
1987	117	123	129	95	104	129	124
1988	118	124	134	96	105	129	128
1989	124	131	139	98	106	134	131
1990	130	141	147	100	109	141	134
1991	136	148	154	103	112	144	137
1992	138	150	157	104	113	144	138
1993	139	151	154	103	111	147	138
1994	142	154	158	102	110	152	143
1995	145	157	160	100	109	157	146

- 1) 1993 bis 1995 vorläufige Werte.
2) Bruttoinlandsprodukt in Hamburg ohne Mineralöl- und Tabakverarbeitung

Tabelle

sagen, daß die Wiederöffnung des traditionellen hamburgischen Hinterlandes sich sofort in einem kräftigen Wirtschaftsaufschwung in der Elbmetropole niedergeschlagen hat. Unverkennbar ist aber auch, daß die wirtschaftliche Leistung nach 1992 auf hohem Niveau eher stagniert, besonders im früheren Bundesgebiet.

Zur wirtschaftlichen Entwicklung gehört neben der Leistungserstellung auch die Bereitstellung von Arbeitsplätzen durch Unternehmen und den öffentlichen Sektor. Die Zahl der Erwerbstätigen hat sich, im Gegensatz zum Anstieg des realen Bruttoinlandsproduktes, im Zeitablauf nicht wesentlich geändert (siehe *Schaubild 2*). Die gesamtwirtschaftliche reale Leistung kann bei in der Tendenz stagnierenden Erwerbstätigenzahlen nur dann steigen, wenn im Durchschnitt die auf jedem Arbeitsplatz erbrachte Leistung entsprechend zunimmt. *Schaubild 3* bestätigt diesen Zusammenhang. Es fällt auf, daß die Kurven für die reale Wertschöpfung je Erwerbstätigen sich als nicht sehr konjunktur reagibel darstellen, im Gegensatz zum Bruttoinlandsprodukt (*Schaubild 1*) und zur Zahl der Erwerbstätigen (*Schaubild 2*).

Besonders das Niveau der Beschäftigung gibt konjunkturelle Einflüsse ausgeprägt wieder, in der Regel mit einem Timelag von etwa einem Jahr. Beschäftigungsspitzen sind um 1980/81 und um 1991/92 festzustellen. Die Erwerbstätigenentwicklung in Hamburg ist in ihren konjunkturellen Ausschlägen erstaunlich konform zu der des Bundes verlaufen. Überlagert wird diese Parallelität der konjunkturellen Komponente durch einen stetig ungünstiger verlaufenden Trend der langfristigen Beschäftigungsentwicklung in Hamburg zumindest bis 1985.

Nach 1985 bleibt der Abstand der beiden Kurven in *Schaubild 3* nahezu konstant. Trotz dieser zurückbleibenden Erwerbstätigenentwicklung (minus neun Prozentpunkte gegenüber dem Bundesdurchschnitt) ermöglicht der stärkere Anstieg der durchschnittlichen wirtschaftlichen Leistung je Erwerbstätigen in der Hansestadt (plus elf Prozentpunkte) eine prozentual fast gleich hohe Steigerung der wirtschaftlichen Leistung wie im Bund (bereinigt nur um drei Prozentpunkte niedriger). *Joachim Müller*

Reales Bruttoinlandsprodukt in Hamburg und im früheren Bundesgebiet 1975 bis 1995

Meßzahlen 1975 $\hat{=}$ 100

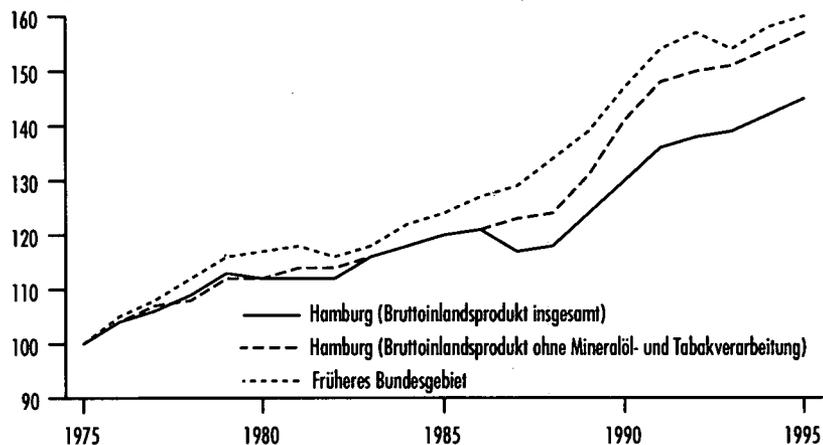


Schaubild 1

Erwerbstätige in Hamburg und im früheren Bundesgebiet 1975 bis 1995

Meßzahlen 1975 $\hat{=}$ 100

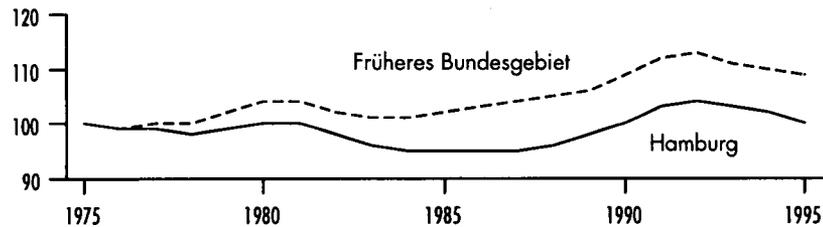
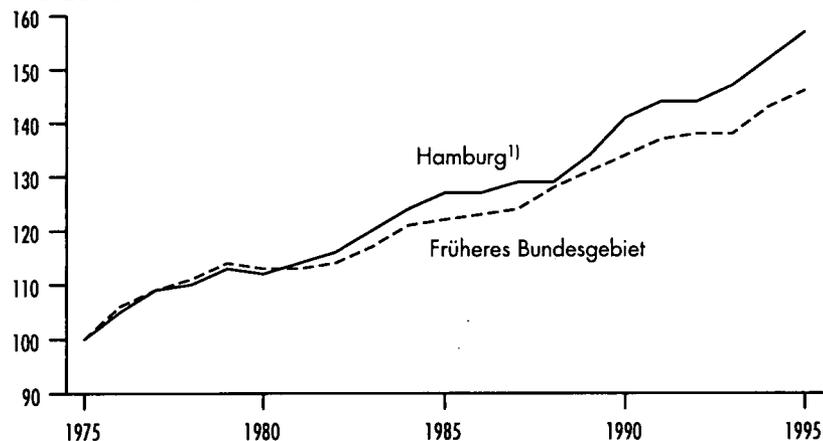


Schaubild 2

Reales Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen in Hamburg und im früheren Bundesgebiet 1975 bis 1995

Meßzahlen 1975 $\hat{=}$ 100



1) Bruttoinlandsprodukt in Hamburg ohne Mineralöl- und Tabakverarbeitung

Schaubild 3

Arbeitslosenquoten in der Metropolregion

Vorbemerkung

Der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg und die Landesregierungen von Schleswig-Holstein und Niedersachsen beschlossen im Herbst 1991 ihre Zusammenarbeit in der Metropolregion zu verstärken und sich auf gemeinsame Planungen und Handlungskonzepte zu einigen. Ein Regionales Entwicklungskonzept (REK) wurde erarbeitet, in dem auch vielfältige Regionaldaten über die Metropolregion zusammengetragen worden sind.¹⁾ Das Schaubild stellt die zur Metropolregion gehörenden acht Umlandkreise und den „zusätzlichen Betrachtungsraum“ dar.

Ein wichtiges Merkmal für die sozialstrukturelle Beschreibung einer Region

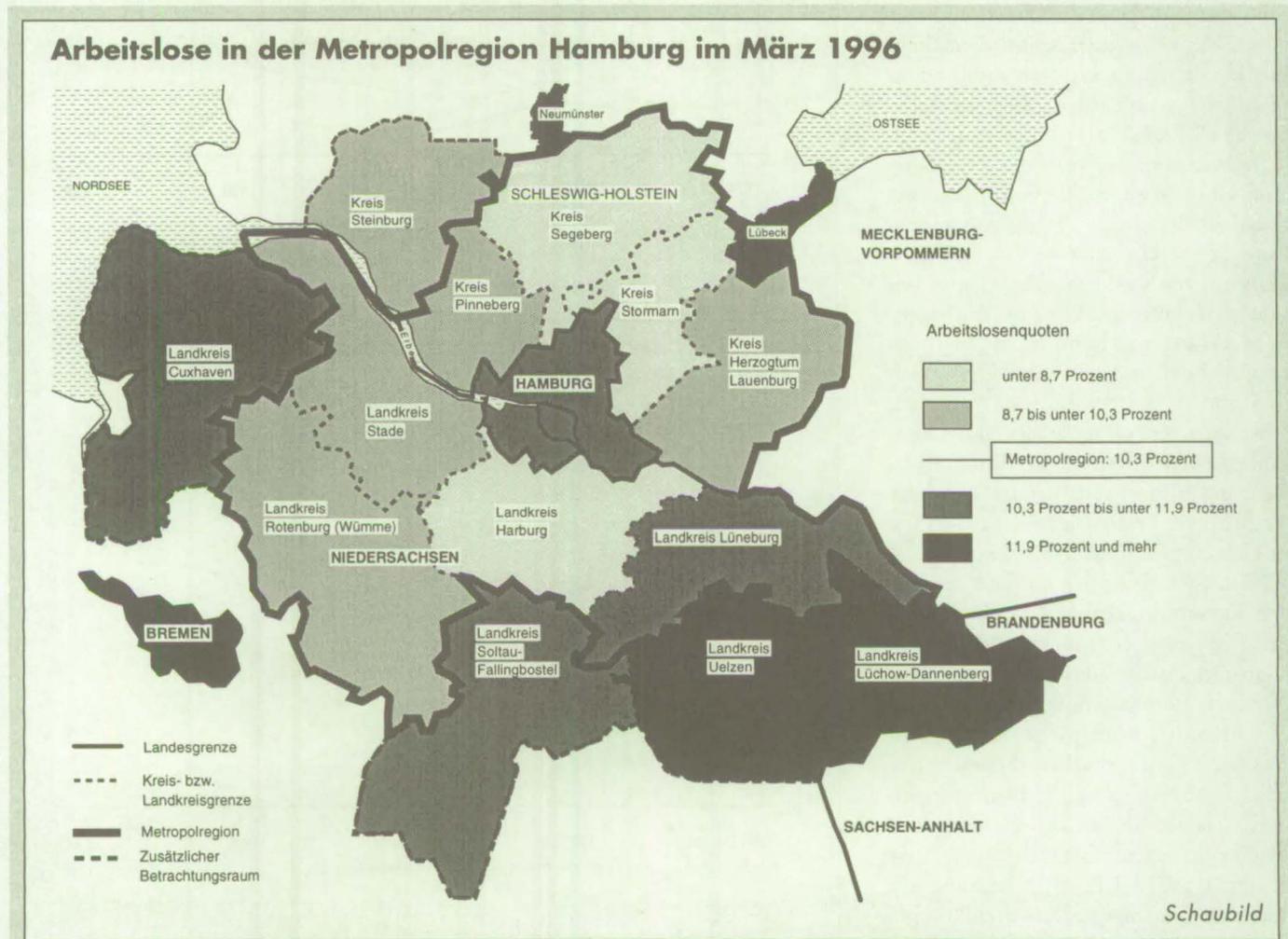
sind Daten über Arbeitslosigkeit. Als Grundlage für die nachfolgende Darstellung der Arbeitslosigkeit in der Metropolregion dient die von der Bundesanstalt für Arbeit seit Oktober 1984 quartalsweise vorgenommene Berechnung der Arbeitslosenquoten für die Kreise und die kreisfreien Städte.

Arbeitslosigkeit im Zeitvergleich

Die Arbeitslosenquote der Metropolregion Hamburg belief sich im März 1996 auf 10,3 Prozent. Hamburg hatte mit 11,7 Prozent die höchste Arbeitslosigkeit in der Metropolregion zu verzeichnen, es folgt der Landkreis Lüneburg mit 10,4 Prozent. In dem Hamburg umschließenden

„Speckgürtel“ (die vier nördlichen Umlandkreise und Landkreis Harburg im Süden) lag die Arbeitslosenquote unterhalb des Durchschnittswerts für die Metropolregion. Im zusätzlichen Betrachtungsraum herrschte mit Ausnahme des Kreises Steinburg eine wesentlich höhere Arbeitslosigkeit als in der Metropolregion, im Landkreis Lüchow-Dannenberg erreichte sie mit 19,2 Prozent den Spitzenwert.

Die im Schaubild aufgezeigte Verteilung der Arbeitslosigkeit in der Metropolregion im März 1996 bleibt über die Zeitreihe der Jahresdurchschnitte von 1985 bis 1995 relativ konstant (vergleiche Tabelle). Mit Ausnahme von 1985 waren in Hamburg die höchsten Arbeitslosenquoten zu verzeichnen, sie lagen bis zu zwei Pro-



zentpunkten oberhalb des durchschnittlichen Wertes der Metropolregion. Der Landkreis Lüneburg hatte die höchste Arbeitslosigkeit der acht Umlandkreise; die Arbeitslosenquoten überschritten – ausgenommen 1989 – stets die Quote der Metropolregion insgesamt. Entsprechend den Ergebnissen von März 1996 war im südlichen Umland im Landkreis Harburg während des gesamten Betrachtungszeitraums die niedrigste Arbeitslosigkeit zu finden.

Im nördlichen Teil der Metropolregion hatte der Kreis Stormarn von 1985 bis März 1996 die geringsten Arbeitslosenquoten. Die Quoten überstiegen selbst in den Jahren mit Konjunkturbrüchen und erhöhten Arbeitslosenzahlen nie 7,8 Prozent. Insgesamt war im Regionsteil Schleswig-Holstein eine geringere Arbeitslosigkeit als im Regionsteil Niedersachsen zu verzeichnen. Die Arbeitslosenquoten der vier nördlichen Umlandkreise waren während des gesamten Betrachtungszeitraums niedriger als die der Metropolregion insgesamt.

Vergleicht man die Arbeitslosenquoten der Metropolregion mit den Quoten des Bundesgebietes West, so zeigt sich, daß die Arbeitslosenquoten des Bundesgebietes bis einschließlich 1992 unterhalb des Niveaus der Metropolregion lagen. Seit

1993 hatte die Metropolregion eine niedrigere Arbeitslosenquote als das Bundesgebiet West zu verzeichnen.

Arbeitslosigkeit und Pendlerverflechtung

Die Pendlerverflechtung der acht Umlandkreise der Metropolregion mit Hamburg kann als ein Merkmal zur Erklärung der unterschiedlichen Höhe der Arbeitslosigkeit herangezogen werden. Das Landesarbeitsamt Nord ermittelte für Juni 1994 die sozialversicherungspflichtig beschäftigten Berufspendler nach Hamburg. 65,1 Prozent der Einpendler aus der Metropolregion kamen aus dem Regionsteil Schleswig-Holstein, davon allein 22,2 Prozent aus dem Kreis Pinneberg und 18,2 Prozent aus dem Kreis Stormarn. Von den südlichen Umlandkreisen war der Landkreis Harburg mit 21,1 Prozent aller Berufspendler am stärksten vertreten. Aus dem Landkreis Lüneburg stammten nur 3,1 Prozent der Einpendler. Die Bewohner des Landkreises Rotenburg/Wümme scheinen sich eher nach Bremen zu orientieren. Nur 1,4 Prozent der Hamburger Einpendler kamen aus diesem Regionsteil.

Die vorliegenden Zahlen bestätigen die Annahme, daß in den Umlandkreisen,

aus denen ein hoher Prozentsatz an Berufspendlern nach Hamburg kommen, eine niedrige Arbeitslosenquote anzutreffen ist. Man kann davon ausgehen, daß Arbeitnehmer, die ihren Wohnsitz von Hamburg ins Umland verlegen, in der Regel ihren Arbeitsplatz in Hamburg beibehalten und damit zu Berufspendlern werden. Der Landkreis Rotenburg/Wümme nimmt in diesem Fall aufgrund der räumlichen Nähe zu Bremen eine Sonderstellung ein.

Fazit

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß die Arbeitsmarktsituation in Hamburg einen großen Einfluß auf die gesamte Region ausübt. Hamburger Arbeitsplätze werden auch von Berufstätigen aus dem Umland genutzt und tragen somit dort zur Verringerung der Arbeitslosigkeit bei.

Juliana Mausfeld

1) Vergleiche: REK, Regionales Entwicklungskonzept für die Metropolregion Hamburg, Leitbild und Orientierungsrahmen, Hamburg, Hannover, Kiel 1994 und REK, Regionales Entwicklungskonzept für die Metropolregion Hamburg, Entwurf eines Handlungsrahmens – Arbeitsgruppenberichte und Materialien –, Hamburg, Hannover, Kiel, Februar 1996.

Arbeitslosenquote in der Metropolregion Hamburg 1985 bis 1996

Gebiet	JD 1985	JD 1986	JD 1987	JD 1988	JD 1989	JD 1990	JD 1991	JD 1992	JD 1993	JD 1994	JD 1995	März 1996
Hamburg	12,3	13,0	13,9	13,4	11,7	10,5	8,7	7,9	8,6	9,8	10,7	11,7
Kreis Pinneberg	10,6	10,2	8,4	8,4	7,3	6,3	5,5	5,7	6,5	7,3	7,9	9,1
Kreis Segeberg	10,9	10,4	7,6	7,2	6,5	5,9	4,8	5,0	5,8	6,5	6,6	8,1
Kreis Stormarn	7,8	7,3	6,0	6,1	5,8	5,5	4,6	4,5	5,2	5,8	6,0	7,1
Kreis Herzogtum Lauenburg	10,7	9,9	8,0	7,9	7,0	6,6	5,6	5,7	6,6	7,2	7,4	9,0
Regionsteil Schleswig-Holstein ¹⁾	10,0	9,5	7,6	7,5	6,7	6,1	5,1	5,2	6,0	6,7	7,0	8,3
Landkreis Harburg	11,2	10,6	11,0	10,2	7,2	6,8	6,1	5,5	6,2	6,8	7,1	8,1
Landkreis Stade	13,6	12,0	12,2	11,6	8,3	7,7	6,4	6,3	7,3	7,9	8,2	9,9
Landkreis Lüneburg	13,0	12,2	12,1	11,4	9,1	8,9	7,7	7,8	9,0	9,3	9,3	10,4
Landkreis Rotenburg (Wümme)	13,1	12,3	11,7	10,9	7,1	6,9	5,6	5,5	6,3	6,9	7,5	9,1
Regionsteil Niedersachsen ¹⁾	12,6	11,7	11,7	10,9	7,9	7,5	6,4	6,2	7,1	7,7	7,9	9,3
Metropolregion Hamburg ¹⁾	11,8	11,9	11,8	11,3	9,6	8,7	7,3	6,8	7,6	8,5	9,1	10,3

JD = Jahresdurchschnitt

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit

1) eigene Berechnung

Tabelle

Zur Entwicklung der EU-Regionen

Aus der bisher letzten Veröffentlichung von Eurostat über die Regionen der EU von Anfang 1996¹⁾ läßt sich für das „Europa der Zwölf“ die Entwicklung sowohl der Mitgliedstaaten als auch der Regionen der Ebenen I und II (NUTS I + II) zwischen 1980 und 1993 ersehen. Die Veränderungen werden nur sehr grob am Merkmal „Bruttoinlandsprodukt je Einwohner“, gemessen an Kaufkraftstandards (KKS), nachvollzogen. Und sie können auch nicht alle oder im vollen Umfang der EU zugerechnet oder angelastet werden (das einleuchtendste Beispiel ist die Wiedervereinigung Deutschlands).

Für Finnland, Österreich und Schweden sowie für die neuen deutschen Länder sind für 1980 keine Daten ausgewiesen, so daß sie im folgenden nicht erscheinen.

Im übrigen zeigen die Zahlenwerte Prozentdifferenzen an, die sich aus den Daten ergeben, die auf der Basis EU 1980 beziehungsweise 1993 jeweils gleich 100 von Eurostat ermittelt worden sind.

Der zur Verfügung stehende Platz macht eine Konzentration auf die Mitgliedstaaten und die Regionen der Ebene NUTS I erforderlich sowie eine Beschränkung auf die zehn Regionen, deren Veränderung vier Prozentpunkte oder mehr beträgt. Die Grobgliederung geht von folgenden sechs Typen aus:

Typ	EU $\hat{=}$ 100		Differenz (1993 minus 1980)
	Basis 1993	Basis 1980	
a	-	-	+
b	+	-	+
c	+	+	+
x	+	+	-
y	-	+	-
z	-	-	-

Ersichtlich ist, daß die Typen a und b sowie x und y konvergierende Tendenzen anzeigen, die Typen c und z auseinanderstrebende. Die Mitgliedstaaten gehörten 1993 danach folgenden Typen an:

Typ	Mitgliedstaat	1993	1980	Differenz (1993 minus 1980)	
Typ a (- - +)					
	Irland	81	60	+	21
	Portugal	69	60	+	9
	Spanien	78	71	+	7
	Großbritannien	99	96	+	3
	Griechenland	63	63	+	0
Typ c (+ + +)					
	Luxemburg	160	115	+	45
	Dänemark	112	105	+	7
	Belgien	113	107	+	6
Typ x (+ + -)					
	Italien	102	103	-	1
	Frankreich	110	114	-	4
	Niederlande	103	108	-	5
	Deutschland ²⁾	108	118	-	10

Nimmt man zu den in der *Übersicht* auf der folgenden Seite nachgewiesenen Regionen der Ebene I mit einer Veränderung von vier und mehr Prozentpunkten die drei Mitgliedstaaten Luxemburg, Irland und Dänemark hinzu, bei denen die Region der Ebene I identisch ist mit dem Gesamtstaat, so umfassen die 39 Regionen mehr als 60 Prozent aller Regionen der Ebene I im Europa der Zwölf.

Davon konvergierten zwischen 1980 und 1993 zwei Drittel der Regionen, nämlich die in den Typen

a 14 }
b 2 } 16 Regionen

x 9 }
y 1 } 10 Regionen

Zusammen 26 Regionen

Die konvergierenden Entwicklungstendenzen der Typen a und b sind dabei zweifellos erwünschter als die der Typen x und y.

Auseinander strebten dagegen ein Drittel der Regionen, das heißt die Typen

c 10 }
z 3 } 13 Regionen

Hinzuzufügen ist noch, daß zwei der Regionen so starke Besonderheiten aufweisen, daß sie von Eurostat ausdrücklich erwähnt werden:

Groningen (Noord-Niederland): „Die Erdgasförderung in dieser Region hat 1980 einen massiven Einfluß auf das BIP gehabt.“

Hamburg: „Wegen der großen Zahl von Einpendlern (also Personen, die im Umland wohnen, aber zum BIP des Stadtstaates beitragen) wird die in Form des BIP je Einwohner gemessene Wirtschaftskraft der Region tendenziell überzeichnet.“

Jürgen Weißker

1) Eurostat, Statistik kurzgefaßt, Regionen 1996 Nr. 1 (22.01.96)

2) 1993 inclusive neue Länder

Typ	Mitgliedstaat	Region NUTS I	1993	1980	Differenz (1993 minus 1980)
Typ a (---):	25 Regionen, darunter				
	Spanien	Canarias	76	58	+ 18
	Spanien	Madrid	97	81	+ 16
	Portugal	Continente	70	60	+ 10
	Spanien	Este	88	79	+ 9
	Spanien	Centro (Spanien)	68	62	+ 6
	Großbritannien	Northern Ireland	79	73	+ 6
	Spanien	Noreste	91	85	+ 6
	Großbritannien	Scotland	97	91	+ 6
	Griechenland	Nisia Aigaiou, Kriti	56	51	+ 5
	Großbritannien	Wales	84	79	+ 5
	Großbritannien	South West (UK)	94	89	+ 5
	Niederlande	Zuid-Nederland	98	93	+ 5
	Italien	Sardegna	77	73	+ 4
Typ b (+-+):	2 Regionen				
	Großbritannien	East Anglia	101	92	+ 9
	Deutschland	Schleswig-Holstein	103	99	+ 4
Typ c (+++):	14 Regionen, darunter				
	Deutschland	Hessen	149	130	+ 19
	Belgien	Bruxelles/Brussel	182	167	+ 15
	Italien	Lazio	120	107	+ 13
	Deutschland	Bayern	125	114	+ 11
	Belgien	Vlaams Gewest	114	105	+ 9
	Frankreich	Ile de France	166	161	+ 5
	Italien	Nord Est	117	113	+ 4
	Deutschland	Hamburg	190	186	+ 4
Typ x (+ + -):	12 Regionen, darunter				
	Deutschland	Rheinland-Pfalz	100	104	- 4
	Frankreich	Centre-Est	105	109	- 4
	Italien	Centro (Italien)	106	110	- 4
	Niederlande	West-Nederland	111	115	- 4
	Deutschland	Nordrhein-Westfalen	112	117	- 5
	Italien	Emilia-Romagna	126	133	- 7
	Frankreich	Bassin Parisien	100	108	- 8
	Frankreich	Est	101	110	- 9
	Niederlande	Noord-Nederland	102	133	- 31
Typ y (-+-):	1 Region				
	Deutschland	Berlin	99	129	- 30
Typ z (---):	9 Regionen, darunter				
	Frankreich	Ouest	92	96	- 4
	Frankreich	Mediterranne	93	99	- 6
	Frankreich	Nord-Pas-de-Calais	88	99	- 11

Übersicht

Organisation und Personal

Organisation

Seit 1962 ist das Statistische Landesamt Hamburg nicht mehr – wie zuvor – ein selbständiges Senatsamt, sondern ein Amt der Behörde für Inneres. Unter den Ämtern der Behörde für Inneres gehört das Statistische Landesamt zu den kleinsten Einheiten. Ein Vergleich der Haushaltszahlen 1996 verdeutlicht dies:

Ämter	Stellenbestand Anzahl	Personal- ausgaben Mio. DM	Sach-
Polizei	10 206	640,4	96,2
Feuerwehr	2 596	159,1	32,6
Einwohner- zentralamt	505	31,4	14,5
Statistisches Landesamt	234	17,3	4,2

Aus dieser Position zu schließen, das Statistische Landesamt führte ein Schattendasein, wäre indessen verfehlt: Die fachlichen Besonderheiten des Amtes als Datenproduktions- und wissenschaftliche Analyseeinheit im Rahmen des Verbundsystems der amtlichen Statistik, als zentrale Informationsstelle Hamburgs sowie die angegliederte Funktion des Landeswahlamtes führten zwangsläufig zu einer Eigenständigkeit, die natürlich auch seitens der Behördenleitung ihre Berücksichtigung und Unterstützung fand. Selbstverständlich konnten die seit den 70er Jahren aufkommenden Bestrebungen nach Rationalisierung und Kostensenkung auch das Statistische Landesamt nicht verschonen:

- Abgesehen von kleineren organisatorischen Änderungen kam es erstmals 1977 zu einer grundlegenden Änderung der Organisationsstruktur, die sich allerdings weniger auf Stellen- und Sachmittel-Einsparungen als auf Verbesserung der Auf-

gabenerfüllung bezog. So wurde erstmals die allgemeine Verwaltung aus dem fachstatistischen Bereich gelöst und in eine eigene Abteilung überführt, so daß aus fünf Abteilungen sechs wurden.

Gleichzeitig wurde die neue Form einer „Wissenschaftlichen Leitungsebene“ eingeführt, indem die wissenschaftlichen Mitarbeiter von Leitungsaufgaben entbunden und als „Pool“ zu je mehreren einem Abteilungsleiter zugeordnet wurden. Die Leitung der Sachgebiete wurde sogenannten Hauptsachbearbeitern (gehobener Dienst) übertragen. Schließlich wurden die bislang jährlich verfügbaren „Tagewerke“ – das sind nach Bedarf einsetzbare Personalmittel in Form von DM-Beträgen – als Stellen im Haushaltsplan ausgebracht.

- Die Volkszählung (VZ) 1987 führte vorübergehend zu tiefgreifenden Veränderungen der Amtsstruktur: eine weitere Abteilung VZ wurde eingerichtet und 100 Stellen für vorübergehend Beschäftigte wurden zusätzlich bereitgestellt. 1988 kamen für die Datenaufbereitung noch einmal 20 Stellen hinzu. Diese Stellenzuwächse wurden in den Jahren ab 1989 schrittweise wieder abgebaut.
- Eine langjährige Aufgaben- und Ablaufuntersuchung führte 1992 zu einer weiteren grundlegenden Neuorganisation des Statistischen Landesamtes: Die inzwischen wieder fünf Abteilungen wurden zu dreien zusammengelegt:

- Zentralabteilung einschließlich Verwaltung, EDV und Wahlen
- Fachabteilung „Bevölkerung und Staat“
- Fachabteilung „Wirtschaft und Verkehr“

Zugleich endete das Pool-Modell für die wissenschaftlichen Referenten – sie wurden als Referatsleiter wieder in die Linienhierarchie eingegliedert. Die Finanznot der Stadt Hamburg erzwang ab 1993 einschneidende Sparprogramme, die für das Statistische Landesamt folgende Stellenstreichungen zur Folge hat:

Jahr	Stellen	Strei- chung	Sonstige Ände- rung
1995	254	5	+ 1
1996	250	6	- 10
1997	234	8,5	

Diese Stelleneinbußen sind durch verstärkten EDV- beziehungsweise PC-Einsatz sowie andere organisatorische Maßnahmen mühsam kompensiert worden. Ob künftigen neuen Anforderungen, die namentlich von der Europäischen Union auf das Amt zukommen, ohne Personalszuwachs auf gleiche Weise begegnet werden kann, erscheint fraglich.

Stellenbestand des Statistischen Landesamtes 1976 bis 1996

Jahr	Beamte	Angestellte	Arbeiter	Insgesamt
1976	66	208	1	275
1977	64	282	1	347
1978	61	274	1	336
1979	56	268	–	324
1980	57	285	–	342
1981	57	269	–	326
1982	60	265	–	325
1983	59	286	–	345
1984	60	259	–	319
1985	61	250	–	311
1986	60	247	–	307
1987	104	311	–	415
1988	102	335	–	437
1989	65	272	–	337
1990	65	246	–	311
1991	68	229	–	297
1992	68	183	–	251
1993	67	187	–	254
1994	38	216	–	254
1995	32	218	–	250
1996	34	200	–	234

Tabelle

Personal

Die Entwicklung des Stellenbestandes (der genaue Personalbestand ist nicht mehr zu ermitteln) der Jahre 1976 bis 1996, wie er in der *Tabelle* dargestellt ist, läßt sich hinlänglich wie folgt kommentieren:

- Die Zunahme um 72 Stellen im Jahr 1977 ist auf die Umwandlung von „Tagewerken“ in Stellen zurückzuführen – die Zahl der Beschäftigten blieb gleich.
- Bis 1982 schwankte die Stellenzahl unerheblich. Sie stieg 1983 um 20 an, weil eine Volkszählung ins Haus stand – die dann doch nicht stattfand und folgerichtig im Jahr 1984 zum Abbau entsprechender Stellen führte. Danach wurden behutsam weitere Stellen eingespart – insbesondere infolge vermehrten EDV-Einsatzes.
- 1987 und 1988 wurde die Zahl der Stellen wegen der VZ 1987 vorübergehend erheblich erhöht und ab 1989 wieder auf das „normale“ Maß zurückgeführt. Allerdings waren für die Abschlußarbeiten (Auswertung und Veröffentlichung) der VZ nach wie vor zusätzliche Stellen erforderlich, die erst in den Jahren 1990 bis 1992 vollends abgebaut werden

konnten.

- Zum Haushaltsjahr 1992 wurden rund 40 Stellen, die als Tagewerkstellen für Wahlen vorgehalten waren, auf die sieben Bezirksämter verteilt. Insgesamt ergab sich ein Rückgang gegenüber 1991 um 46 Stellen. Damit war der Stellenbestand des Amtes an seine tatsächlichen laufenden Aufgaben angepaßt.
- 1995 begannen die Einschnitte in den Stellen- (Personal-)bestand aus Sparvorgaben des Senats, die sich auch in den kommenden Jahren fortsetzen werden.

Hinsichtlich der Statusgruppen läßt sich feststellen:

- Die Zahl der Beamten ist von 1976 bis 1996 nahezu unverändert geblieben; sie bewegt sich um 35. (Bis 1993 waren ständig etwa 30 Angestellte auf Beamtenstellen geführt worden; dies ist zum Haushalt 1994 bereinigt worden.)
- Die Schwankungen des Stellenbestandes beruhen nahezu ausschließlich auf der wechselnden Zahl von Angestellten, die insbesondere für befristete Arbeiten, etwa Großzählungen, eingestellt wurden.

Die Beschäftigtenzahlen in den Laufbahngruppen höherer, gehobener, mittlerer und einfacher Dienst sind weitgehend

unverändert geblieben. Zur Zeit betragen sie:

Höherer Dienst (A 13–B 4, IIa–IaBAT)	23
Gehobener Dienst (A 9–A 13, Vb–III BAT)	90
Mittlerer Dienst (A 5–A 9, VIII–Vc BAT)	120
Einfacher Dienst (IXb–IXa BAT)	1

Bemerkenswert erscheint in der Tendenz allenfalls

- der schrittweise Abbau von Führungspositionen durch Reduzierung der Abteilungen (1992) und Zusammenlegung von Referaten (beabsichtigt),
- die Zunahme an Stellen VII und VIb BAT zu Lasten der VIII-BAT-Stellen infolge gestiegener Anforderungen, insbesondere durch PC-Einsatz.

Der Frauenanteil im Amt ist 1996 gegenüber 1976 insgesamt kaum verändert. In den Leitungspositionen hat sich jedoch ein deutlicher Wandel vollzogen: Während 1976 alle Führungskräfte vom Amtsleiter bis zu den Hauptsachbearbeitern (Sachgebietsleitern) Männer waren, sind heute immerhin je eine Fachbereichs- und eine Referatsleiterin (Ib BAT) sowie zehn Sachgebietsleiterinnen (überwiegend IVa BAT) im Amt tätig.

Hans Reincke

Bibliothek

Das Angebot der Bibliothek

Seit Gründung des Amtes 1866 haben sich Aufbau und Bestand der Bibliothek am Ausbau der amtlichen Statistik orientiert. In den letzten 20 Jahren ist der Bestand von 50 000 auf 80 000 Bände angewachsen. An Zeitschriften und periodischen statistischen Veröffentlichungen hält die Bibliothek derzeit gut 4400 Titel vor. Mit diesem Angebot zählt sie zu den größeren Spezialbibliotheken im norddeutschen Raum.

In der Bibliothek liegen alle Veröffent-

lichungen des Statistischen Landesamtes seit Bestehen des Amtes vor. Gesammelt werden sämtliche Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes und der Statistischen Landesämter, seit 1990 auch die der neuen Bundesländer. Ausgebaut wurde in den letzten 20 Jahren besonders der Bereich der Städtestatistik. Im internationalen Bereich hat die Statistik der Europäischen Union zunehmend an Bedeutung gewonnen. Die Bibliothek führt einen großen Teil der EUROSTAT-Statistiken und Statistiken anderer Länder, vorwiegend aus dem europäischen Raum.

Diese Schriften werden im Austausch mit den Amtsveröffentlichungen erworben. Hinzukommen statistische Veröffentlichungen von Ministerien und Verbänden, Forschungsberichte, Gutachten und Analysen auf der Basis statistischer Materialien. Bei letzteren liegt der Schwerpunkt auf der Region Hamburg. Es handelt sich hierbei weitgehend um sogenannte „Graue Literatur“ (nicht über den Buchhandel zu beziehende Schriften aus Verwaltung und Wissenschaft).

Die Bibliothek besitzt einen beträchtlichen Bestand an historischer Statistik,

Nutzung der Bibliothek 1990 bis 1995

Jahr	Telefonische Anfragen	Häufigkeit der Bibliotheksbenutzung	
		Amtsangehörige	Externe
1990	1 670	1 170	1 160
1991	1 540	1 210	980
1992	1 930	1 140	1 060
1993	1 950	1 030	1 170
1994	1 830	1 020	1 260
1995	1 980	910	1 320

Tabelle

unter anderem Statistik des Deutschen Reichs und Preußens und – als besonderen Schatz – die Protokolle sämtlicher Konferenzen der Vorstände der statistischen Ämter Deutscher Städte von der ersten im Jahr 1879 an.

In begrenztem Rahmen liegt Fachliteratur zu statistischen Methoden, zur Bevölkerungswissenschaft, zu den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften vor. Anders als die statistischen Veröffentlichungen, die im Austausch erworben werden, muß die Bibliothek diese Literatur weitgehend kaufen. Entsprechend begrenzt ist hier das aktuelle Angebot der Bibliothek, da einer wachsenden Zahl von Publikatio-

nen ein reduzierter Anschaffungsetat gegenübersteht.

Das Serviceangebot der Bibliothek

Für die Mitarbeiter des Statistischen Landesamtes wird Literatur beschafft und formal und inhaltlich erschlossen. Die Fachabteilungen erhalten Umläufe, regelmäßige Neuerwerbslisten sowie gezielte Vorlagen von Veröffentlichungen, die ihren Bereich betreffen. Die Bibliothek betreibt Literaturrecherche, inklusive Ausleihe bei anderen Bibliotheken. Wichtige Zeitschriftenbeiträge werden auf Wunsch dokumentiert.

Die Bibliothek kann nicht nur von Angehörigen des Amtes in Anspruch genommen werden, sie steht auch anderen Interessenten offen, die statistisches Material benötigen. Hauptsächlich sind es Mitarbeiter anderer Behörden, Vertreter von Verbänden, Firmen, Forschungsinstituten, Hochschulen sowie Lehrer, Studenten und Schüler, die auf der Suche nach Informationen die Bibliothek des Statistischen Landesamtes benutzen.

Die Besucher finden in der Bibliothek einen Verfasser- und Titeltitelkatalog sowie einen Schlagwortkatalog zur vorhande-

nen Literatur. Seit kurzem steht auch ein OPAC (Online-Benutzerkatalog) mit einfacher Menüführung und erweiterten Suchmöglichkeiten für die Bibliotheksbesucher bereit.

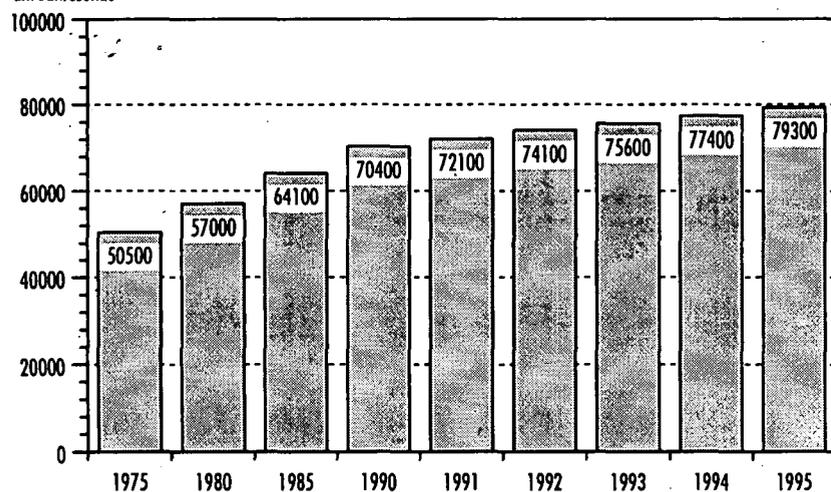
Während der Öffnungszeiten kann ein qualifizierter Auskunft- und Beratungsdienst in Anspruch genommen werden, der hilft, Materialien entsprechend der Themenstellungen aufzufinden. Die Anfragen in dieser Spezialbibliothek beziehen sich meist auf komplexe Fragestellungen wie beispielsweise Standortanalysen zu einer Region, Städtevergleiche oder die Lebenssituationen von Bevölkerungsgruppen wie ältere Menschen, Frauen oder Ausländer in der Bundesrepublik.

In den letzten Jahren haben Nachfragen nach regionalisierten Daten und Analysen – sowohl zur Metropolregion Hamburg, zu den übrigen deutschen Stadtregionen als auch zu den EU-Regionen – stark zugenommen. Der 1989/90 sprunghaft angestiegene Wunsch nach Zahlen über die neuen Bundesländer hat sich wieder etwas abgeschwächt.

Die Bestände der Bibliothek werden ausgeliehen, soweit sie nicht momentan für die Arbeit im Statistischen Landesamt benötigt werden oder wegen ihres historischen Wertes beziehungsweise aktuell erhöhter Nachfrage zum Präsenzbestand zählen. Sie sind im Norddeutschen Zentralkatalog nachgewiesen.

Bestandsentwicklung der Bibliothek 1975 bis 1995

Bestand an Bänden am Jahresende



Schaubild

Perspektive

Seit 1994 kommt in der Bibliothek ein EDV-gestütztes Bibliothekssystem für die Katalogisierung und Inhaltserschließung zum Einsatz. Ab 1996 wird nur noch der EDV-Katalog fortgesetzt, an dem schnellere und vielseitigere inhaltliche Recherchen möglich sind. Der Online-Benutzerkatalog kann dann auch den Mitarbeitern des Amtes über das hausinterne Netz direkt am Arbeitsplatz zur Verfügung gestellt werden.

Die zukünftige Arbeit richtet sich auf eine weitere Verbesserung des Informationsangebotes und der Nutzungsmöglichkeiten der Bibliothek, das heißt einerseits Ausbau des Bestandes auch an elektronischen Publikationen wie CD-ROMs, andererseits Kooperation mit Bibliotheksverbänden und Nutzung von Kommunikationsnetzen.

Ursula Bartscher

Haushaltsausgaben

Mit 20,3 Millionen DM lagen die Ist-Ausgaben des Statistischen Landesamtes (Kapitel 8020 des Haushalts) 1995 um 85 Prozent über der entsprechenden Zahl für 1975. Allerdings ist in dem 1995er Ausgabebetrag – im Gegensatz zur Basiszahl von 1975 – die Kostenerstattung an das Landesamt für Informationstechnik (LIT) für EDV-Leistungen enthalten. Klammert man den entsprechenden Ausgabebetrag von 2,77 Millionen DM aus, so verringert sich die Steigerungsrate auf 60 Prozent.

In dem gleichen Zeitraum erhöhte sich das Ausgabevolumen des Hamburger Haushalts insgesamt um 104 Prozent, die entsprechende Steigerungsrate des Einzelplans 8.1 Behörde für Inneres beträgt 102 Prozent. Bei einem Vergleich dieser Zuwachsraten mit denjenigen des Statistischen Landesamtes ist allerdings zu berücksichtigen, daß die Investitionsausgaben für den Auf- und Ausbau des PC-Netzes (1995: 0,2 Millionen DM) zentral veranschlagt werden und deshalb nicht in den Gesamtausgaben des Amtes gemäß Kapitel 8020 enthalten sind.

Die *Tabelle* und das *Schaubild* zeigen, daß die Ausgabenentwicklung des Statistischen Landesamtes innerhalb des Bezugszeitraumes erhebliche Schwankungen aufweist und daß das Ausgabeniveau von 1995 in der Vergangenheit mehrfach deutlich überschritten wurde. Als wesentliche Ursachen für den starken Ausgabenanstieg in bestimmten Zeitabschnitten sind zu nennen:

- die Durchführung von Großzählungen, insbesondere der Volkszählung, der Gebäude- und Wohnungszählung sowie der Arbeitsstättenzählung 1987.
- die organisatorische Vorbereitung von Wahlen sowie die Aufbereitung und Auswertung ihrer Ergebnisse.

Die Erfüllung dieser Aufgaben setzt vor allem die vorübergehende Aufstockung des Personalbestandes voraus, erfordert aber natürlich auch zusätzliche Haushaltsmittel für Sachausgaben.

Das *Schaubild*, in dem die Termine von Wahlen und Volkszählungen dem Ausgabenverlauf zugeordnet sind, veran-

schaulich den Kausalzusammenhang zwischen besonderer Aufgabenbelastung und steigenden beziehungsweise hohen Ausgabebeträgen. Ebenso wird deutlich, daß weder im Basisjahr 1975 der hier betrachteten Zeitreihe noch im „Endjahr“ 1995 derartige kostenträchtige zusätzliche „Aufgabenkomplexe“ zu verzeichnen waren. Damit ist die Voraussetzung insoweit für die unmittelbare Vergleichbarkeit der beiden Jahresdaten gegeben.

Mit einem jährlichen Anteil zwischen 77 und 94 Prozent entfiel in den Jahren 1975 bis 1995 der weitaus größte Teil der Haushaltsausgaben des Statistischen Landesamtes auf die Personalausgaben (vergleiche *Tabelle*). Dabei ging – trotz höherer absoluter Beträge – der Anteil der Personalausgaben an den Gesamtausgaben in den Jahren mit Wahlen und/oder Großzählungen zurück. Das bedeutet, daß die Erfüllung dieser Aufgaben regelmäßig

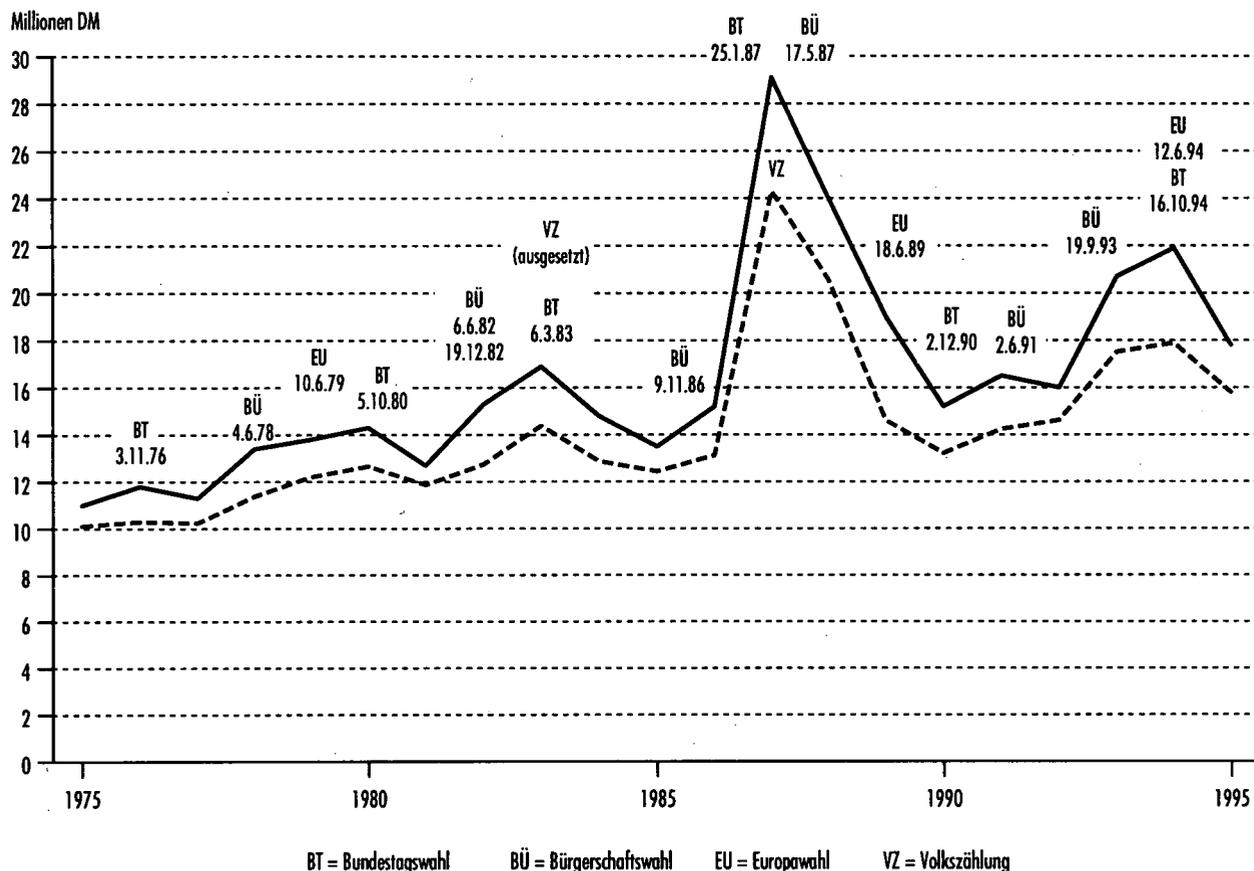
Ausgaben des Statistischen Landesamtes 1975 bis 1995

Jahr	Gesamtausgaben ¹⁾			Personalausgaben		
	Millionen DM	Meßzahl 1975 = 100	Anteil an den Gesamtausgaben der Behörde für Inneres in %	Anteil an den Gesamtausgaben (Spalte 1) in %	Meßzahl 1975 = 100	Anteil an den Personalausgaben der Behörde für Inneres in %
	1	2	3	4	5	6
1975	11,0	100	1,8	92,0	100	2,1
1976	11,8	107	2,0	87,3	102	2,2
1977	11,3	103	1,8	90,6	101	2,1
1978	13,4	122	2,0	84,9	113	2,2
1979	13,8	126	1,9	83,5	121	2,2
1980	14,3	131	2,1	88,5	126	2,4
1981	12,7	116	1,7	93,5	118	2,1
1982	15,3	139	2,3	83,3	126	2,2
1983	16,9	154	2,2	85,1	143	2,5
1984	14,8	135	1,9	87,0	128	2,2
1985	13,5	123	1,7	99,2	123	2,1
1986	15,2	139	2,0	86,4	131	2,1
1987	29,1	266	3,6	83,5	241	3,8
1988	24,0	219	3,0	85,7	204	3,1
1989	13,0	173	2,3	76,9	114	2,2
1990	15,2	138	1,7	86,9	131	1,8
1991	16,5	151	1,7	86,3	142	1,9
1992	16,0	146	1,5	91,4	145	1,7
1993	20,7	189	1,8	84,6	177	2,0
1994	21,9	200	1,8	81,7	177	2,0
1995	17,8	162	1,5	88,8	157	1,7

1) Ohne die ab 1994 erfolgte Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme des Landesamtes für Informationstechnik (1994 = 2,7 Mio. DM; 1995 = 2,5 Mio. DM).

Tabelle

Gesamtausgaben und Personalausgaben des Statistischen Landesamtes 1975 bis 1995



Schaubild

eine überproportionale Zunahme der Sachausgaben verursacht.

Die Personalkosten des Statistischen Landesamtes beliefen sich 1995 auf 15,8 Millionen DM und lagen damit 57 Prozent über dem 1975er Ausgangsniveau. Die Vergleichszahl für die Behörde für Inneres insgesamt liegt mit 96 Prozent deutlich höher, entspricht aber der allgemeinen Einkommensentwicklung im öffentlichen Dienst: Im Bezugszeitraum wurden die tariflichen Gehälter beziehungsweise die Dienstbezüge je nach Vergütungsgruppe, Familienstand und Dienstalster zwischen 91 und 115 Prozent angehoben.

Die weit unterproportionale Zunahme der Personalausgaben des Statistischen Landesamtes resultiert weitestgehend aus

einer erheblichen Reduzierung des Stellenbestandes.

Für eine Prognose der weiteren Ausgabenentwicklung des Statistischen Landesamtes Hamburg sind die für den 20-Jahres-Zeitraum 1975/1995 ermittelten Zuwachsraten nur sehr bedingt geeignet:

- Die Zuwachsraten beziehen sich – wie erwähnt – auf Jahre ohne besondere Ausgabenbelastung und somit im Personalbereich im wesentlichen auf das „Stammpersonal“. Auch künftig werden jedoch in Zeitabschnitten, in denen Wahlen oder Großzählungen stattfinden, zwangsläufig zusätzliche Ausgaben anfallen. Da ihre Höhe je nach Aufgabenstellung sehr unterschiedlich sein kann und die Terminvorstellungen mit

Unsicherheiten belastet sind, läßt sich mittelfristig das jährliche Ausgabevolumen allenfalls sehr grob schätzen.

- Insbesondere haben sich die Rahmenbedingungen gerade in den letzten Jahren tiefgreifend geändert: Einerseits sind zwar deutliche Rationalisierungserfolge durch den fortschreitenden Einsatz der IuK-Technik zu verzeichnen, andererseits ist eine massive Ausweitung des Arbeitsprogramms der amtlichen Statistik durch – häufig EU-bedingte – Novellierungen von Statistik-Gesetzen teils bereits eingetreten teils für die nahe Zukunft zu erwarten.

Horst Schüler

Datenverarbeitung

Die große Menge der im Statistischen Landesamt anfallenden Daten läßt sich nur unter Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologie (IuK), das heißt mit Unterstützung von Computern bewältigen.

Das Statistische Landesamt war sehr früh Nutzer der neuen Technik, schon 1959 fand die Aufbereitung von Statistiken mit Hilfe von Maschinen statt. Damals wurde erstmals im Organisationsplan des Hauses ein Sachgebiet „Maschinelle Aufbereitung“ ausgewiesen.

Im Jahr nach dem Amtsübernahme des jetzigen Amtsleiters entstand 1977 die Abteilung 6 „Programmierung und Datenverarbeitung“, in der alle Aufgaben der Datenverarbeitung zusammengefaßt waren.

Seit der letzten großen Neuorganisation im Jahr 1992 gibt es einen Fachbereich mit drei Referaten und sechs Sachgebieten, beziehungsweise Programmiergruppen in der Zentralabteilung, für die der Amtsleiter selbst seit 1995 die Verantwortung übernommen hat.

Ungeachtet der jeweiligen organisatorischen Anbindung, hat der IuK-Bereich stets seine Rolle als Dienstleister für das Aufgabengebiet der amtlichen Statistik sowie für die hamburgische Verwaltung in den Vordergrund gestellt.

Die Aufgaben des Bereichs haben nicht nur nach Menge sondern auch nach Vielfältigkeit kontinuierlich zugenommen.

Zunächst galt es, den Beitrag zur Konzeption und zur Entwicklung des Programmierverbundes der statistischen Ämter der Länder und des Statistischen Bundesamtes zu leisten, die Ausbildung des Personals gemäß den Verbundabsprachen sicherzustellen, für eine entsprechende Hardwareplattform in Hamburg Sorge zu tragen und eigene Verbundprogramme zu schreiben. Auf dieser Grundlagenarbeit aufbauend, wurden in enger Kooperation mit der Fachabteilung eigene Verfahren entwickelt, viele Sonderauswertungen erledigt und Anpassungen der Verfahrensabläufe vorgenommen. Hervorzuheben ist die Eigenentwicklung des

Programmsystems zur Ermittlung von Wahlergebnissen und der daraus folgenden Auswertungen.

Lange Zeit war EDV-Tätigkeit im Statistischen Landesamt gleichzusetzen mit Nutzung des Großrechners. Seit Ende der 80er Jahre brachte die rasante Entwicklung der Arbeitsplatzrechner völlig neue Aufgabengebiete für den IuK-Bereich mit sich. EDV-Technologie eroberte mit der Installation des PC-Netzes auch die Arbeitsplätze in den Fachabteilungen. Es entstanden im IuK-Bereich neue Sachgebiete mit Aufgaben wie Systemverwaltung, Benutzerbetreuung, IuK-Organisation und -Planung sowie Verantwortung für den gesamten IuK-Haushalt.

Ein sehr anspruchsvoller neuer Tätigkeitsbereich kam mit der Entwicklung, dem Aufbau und der Betreuung eines statistischen Informationssystems hinzu.

Aktuell sind 33 Personen, überwiegend ADV-Organisationsfachbearbeiter und -fachbearbeiterinnen im Fachbereich beschäftigt.

Sigrid Krumbholz-Mai

Statistikproduktion im Verbund

Der IuK-Bereich des Statistischen Landesamtes Hamburg – mit seiner Aufgabe, als Dienstleister für die Fachabteilungen maschinelle Aufbereitungsverfahren für die Erstellung der einzelnen Fachstatistiken zur Verfügung zu stellen – lebt mit und in dem „Verbund der Statistischen Ämter der Länder und des Bundes“.

Dieses ist die allgemein eingeführte Bezeichnung für die Praxis der Zusammenarbeit zwischen den Landesämtern und dem Bundesamt, die ermöglicht und gewährleistet, daß die Bundesstatistiken methodisch einheitlich und durch Arbeitsteilung kostengünstig erstellt werden können.

Gemäß und bedingt durch den föderalen Aufbau der Bundesrepublik werden die Bundesstatistiken arbeitsteilig von den Landesämtern und dem Bundesamt durchgeführt: Für das Erhebungsgeschäft, die Plausibilisierung des Datenmaterials und die Tabellierung auf Landesebene sind die Landesämter zuständig. Sie versorgen auch die Datenkunden mit den von ihnen erstellten regionalen Ergebnissen. Das Bundesamt wiederum erstellt aus den Landesergebnissen, die dort von allen Landesämtern zusammenlaufen, die Bundesergebnisse.

Zusammenarbeit im IT-Einsatz bei dieser Aufgabenstellung „Produktion der

Bundesstatistiken“ bedeutet hierbei, für alle Ämter gemeinsam den technisch organisatorischen Ablauf für die Durchführung der jeweiligen Statistik festzulegen, die Computerprogramme hierfür zu entwickeln und deren Einsatz zu gewährleisten. Die von jeweils einem Amt erstellten „Verbund“-Programme werden – wie der Name schon darlegt – von allen Landesämtern genutzt, was einen einheitlichen Ablauf für alle Arbeitsschritte sicherstellt. Eine solche gemeinsame Nutzung von Programmen kann aber nur dann funktionieren, wenn eine leichte Portierbarkeit der Programme zwischen den im Verbund im Einsatz vorhandenen

IT-Plattformen möglich ist.

Dazu wurden Vereinbarungen getroffen über die für die Verbundprogrammierung zugelassene Hard- und Software:

- Vereinbarte IT-Plattformen im Verbund sind Großrechner vom Typ IBM mit dem Betriebssystem MVS (eine solche wird in Hamburg durch das Landesamt für Informationstechnik (LIT) zur Verfügung gestellt) und vom Typ SNI mit dem Betriebssystem BS 2000 sowie PCs mit dem Betriebssystem MS-DOS/WINDOWS.
- Als Programmiersprachen werden im Großrechnerbereich ASSEMBLER und SPLV (Statistisches Problemlösungs-Verfahren) für Anwendungen im Stapelbetrieb verwendet und ADABAS/NATURAL für Anwendungen im Dialogbetrieb. SPLV ist eine Eigenentwicklung des Verbundes, die speziell für die typischen Aufgabenfelder bei der Statistikaufbereitung geschaffen wurde und sich mit ihren Sprachelementen stark auf die Begriffsbildungen des Fachstatistikers bezieht.
- Beim PC sind für den Endanwender die bekannten Standardprodukte – WORD für die Textverarbeitung und EXCEL für die Tabellenkalkulation – vereinbart worden; dazu kommen DBASE und ACCESS für Datenbankanwendungen.
- Und als Programmiersprachen auf dem PC sollen im Verbund C, PASCAL und BLAISE verwendet werden.

Letztere wurde vom Central Bureau of Statistics in den Niederlanden entwickelt und ist ein sehr effektives Werkzeug zum Sammeln und Auswerten von Erhebungsdaten, mit dem zum Beispiel die Mikrozensus-Daten aufbereitet werden.

Der klassische „Produktionsweg“ einer Fachstatistik beginnt mit der Festlegung und dem Aufbau des Berichtskreises der Auskunftspflichtigen. Bei kurzfristig periodischen Erhebungen (monatlich/viertel-/halb- oder ganzjährlich) wird der Berichtskreis fortgeschrieben. Diese Pflege kann – bei vielen Auskunftspflichtigen mit regem Zu- und Abgangsbetrieb und vielen Veränderungsmeldungen – ziemlich aufwendig sein (Beispiel: Kartei im Produzierendem Gewerbe einschließlich

Handwerksbetriebe).

Dann folgt das Einholen der Erhebungsdaten durch Verschicken von Fragebögen, die Rücklaufkontrolle mit dem Mahnwesen und die Erfassung der Daten aus den eingegangenen Fragebögen auf Datenträger. Teilweise können die Daten auch durch Abzug aus automatisierten Verwaltungsregistern gewonnen werden (Beispiel: Große Teile der Bevölkerungsstatistik kommen aus dem Einwohnermelderegister).

Es schließt sich an die Plausibilisierung dieses Einzelmaterials in einer Bearbeitungsschleife: (Plausibilitätsprüfung mit Fehlerliste, Korrektur, Plausibilitätsprüfung mit Fehlerliste, etc ...).

Das so bereinigte Datenmaterial wird zu Summensätzen verdichtet, die dann in verschiedenen Tabellen ausgedruckt werden, die die zu dem Untersuchungsgegenstand nachgefragten Merkmale in unterschiedlicher Zusammensetzung und Gliederung darstellen.

Diese Tabellen und/oder Auszüge und Zusammenfassungen daraus werden veröffentlicht.

Spezielle Kundenwünsche führen eventuell zu Sonderauswertungen aus dem Einzelmaterial oder den Summensätzen.

Bei allen Veröffentlichungen wird die Geheimhaltung nach den Datenschutzrichtlinien beachtet.

Bei diesem Produktionsweg sind die Abschnitte Plausibilisierung, Summensatzerstellung und Tabellierung der eigentliche Aufbereitungskern, für den die unbedingte methodische Einheitlichkeit auch technisch sichergestellt sein muß – bislang eindeutiger Einsatzschwerpunkt der Großrechner.

Außerdem werden Großrechner bei allen Anwendungen eingesetzt, die die Verwaltung großer Datenmengen erfordern, zum Beispiel Datenbanken als statistische Informationssysteme oder Registerführung, Vorbereitung und Ergebnisaufnahme und Ergebnisdarstellung von Wahlen.

Bei den anderen Funktions-Stationen der Statistikproduktion – wie Dateneingabe (in kleinen Mengen), Bestandspflege der Berichtskreise, Eingangskontrolle mit Mahnwesen und Nachbearbeitung von Ergebnistabellen für die Veröffentlichung – liegt dagegen die Einsatzdomäne der PCs.

Dort haben die Landesämter auch die

Freiheit zu landeseigenen Entwicklungen, denn die methodische Einheitlichkeit der Bundesstatistik wird damit nicht angetastet.

Das arbeitsteilige Vorgehen bei der Erstellung der Verbundprogramme und deren organisatorische Einsatzvorbereitung und -steuerung bedarf allerdings intensiver kontinuierlicher Absprache und Kommunikation zwischen den Landesämtern und dem Bundesamt. Dafür ist der dreimal jährlich tagende Arbeitskreis für Informationstechnik (AKIT) zuständig, mit diversen Unterarbeitsgruppen, die sich mit Spezialthemen befassen (zum Beispiel APC-Einsatz, Richtlinien für den ADABAS-NATURAL Verbundanwendungen etc.).

Im AKIT treffen sich unter dem Vorsitz des Bundesamtes die IT-Referenten aller Landesämter, als Vertreter der Landesamtsleiter nimmt der Präsident des LDS NRW teil. Schon seit mehr als 30 Jahren – früher mit dem Namen AK Maschinelle Aufbereitung – ist dieses Gremium zur Steuerung und Koordination des gesamten IT-Einsatzes erfolgreich tätig.

Unter anderem wurden verbindliche **Spezifikationsrichtlinien** zur eindeutigen Beschreibung der erwünschten Programmfunktionen erarbeitet und herausgegeben und die sogenannten **Verbundrichtlinien**, die ständig überarbeitet und erweitert werden. Diese schreiben die für einen störungsfreien Ablauf notwendigen technisch organisatorischen Voraussetzungen und Regeln fest.

Daß diese Arbeitsteilung – jedes Amt trägt zum Topf der gemeinsam genutzten Programme seinen Teil bei, entsprechend einem Verteilerschlüssel, der sich an der Einwohnerzahl des betreffenden Landes orientiert, – sich bewährt hat und einem enormen Spareffekt hat, zeigt die Tatsache, daß zur Zeit jährlich eine Kapazität von 80 Personenjahren von den Landesämtern und dem Bundesamt gemeinsam bereitgestellt wird, das heißt ohne die Verbundprogrammierung müßte in *jedem* Landesamt allein eine Anzahl Programmiererinnen und Programmierer (in etwa dieser Größenordnung) für die Bundesstatistik beschäftigt sein.

Ein weiterer Punkt der Zusammenarbeit im Verbund ist das „WIE“ des Austausches von Daten, Programmen und sonstigen wichtigen Informationen.

Neben dem althergebrachten Weg des Band- beziehungsweise heutzutage Kassettenversandes wurde seit 1984 schrittweise in den Ämtern die Möglichkeit der elektronischen Datenfernübertragung eingeführt, mittlerweile ist dies zwischen allen Landesämtern untereinander und auch mit dem Bundesamt über das Data-P Netz der Telekom möglich.

Eine im Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen entwickelte Kommunikationssoftware namens **Datenvermittlungssystem (DVS)** wird dabei eingesetzt.

Per DVS werden hauptsächlich die Lieferungen der Landesergebnisse an das Bundesamt oder aber notwendige Austauschdaten an andere Länder (zum Bei-

spiel in der Bevölkerungsstatistik/Wanderungen die Zuzüge aus anderen Bundesländern) sowie Programmänderungen und Leitbandanpassungen verschickt.

Die Nutzung dieses Systems bringt dem Verbund ganz erhebliche Zeitersparnisse und hilft somit die Aktualität der Ergebnisse zu steigern.

Bei der Gestaltung von Statistik-Aufbereitungsverfahren geht die Entwicklung von der rein sequentiellen Verarbeitung der Daten (Stapelbetrieb/Batch) hin zu dialogfähigen Verfahren, sodaß zumindest die Funktionen Registerpflege, Dateneingabe, Plausibilitätsprüfung einschließlich Korrekturen, Nachmeldungen und ähnliches auch als Einzelfallbearbeitung im Dialog möglich sind.

Aber größtenteils sind auch die Arbeitsgänge der Batch-Verarbeitung über Einbindung in spezielle für den Benutzer der Fachabteilung entwickelte geschlossene Arbeitsmenüs direkt vom Endanwender aus zu starten und zu steuern (sogenannte **Laufart 7-Verfahren**, das heißt Produktionsverfahren in der besonderen Verantwortung der Fachabteilung außerhalb des zentralen Rechenzentrums).

Dies beschleunigt die Statistikproduktion, indem bei einmal eingerichteten wiederkehrenden Aufbereitungen die nötigen Eingriffe der sogenannten Arbeitsvorbereitung des Rechenzentrums auf ein Minimum reduziert werden und so die Autonomie der Fachabteilung gestärkt wird.
Berndt Hopf

Eigenentwicklungen

Adressen- und Schlüsseldatenbank

In vielen Statistiken werden die Daten mit einem Raumbezug erhoben. Dabei ist in den meisten Fällen die Adresse (Straße, Hausnummer) die kleinste regionale Einheit, der statistische Inhalte zugeordnet werden.

Für statistische Auswertungen und Veröffentlichungen muß das Einzelmateriale aggregiert werden, dabei wird für den regionalen Aspekt in der Regel auf ein abgestuftes Gliederungssystem zurückgegriffen. Aus der Adreßangabe werden alle weiteren Gliederungseinheiten entwickelt. Als allgemein gültige Zusammenfassungen existieren in Hamburg Baublöcke, Ortsteile, Stadtteile und Bezirke. Daneben werden noch weitere regionale Aggregationen nach fachlichen Kriterien wie zum Beispiel Postleitzahlbezirke, Wahlbezirke oder Schulbezirke benötigt.

Das Statistische Landesamt hat vor mehr als zehn Jahren begonnen, eine ADABAS-Datenbank zu entwickeln, um alle regionalen Angaben in einem System zusammenzufassen, das stets aktuell, voll-

ständig und abbildungsgenau Dateien zur Verfügung stellt, auf die im Dialog zugegriffen werden kann. Die Adressen- und Schlüsseldatenbank (AS-Datenbank) stellt die Funktionalität für Änderungen, Auskünfte und Direktabfragen bereit und läßt sich über die Schaffung von Schnittstellen direkt an andere Verfahren anbinden.

Inzwischen besteht die AS-Datenbank aus zehn Dateien, in denen die regionalen Inhalte für Hamburg abgelegt sind:

- Adresse** – Adressen und Schlüssel
- Gebiet** – Gebietsnamen und Schlüssel
- Finanzamt** – Namen und Anschriften der Finanzämter
- Amtsgericht** – Namen und Anschriften der Amtsgerichte
- Straße** – Straßen und maximale Hausnummern
- Baublock** – Baublöcke und Statistische Gebiete
- Post** – Postleitzahlen und Postämter
- Schule** – Namen und Anschriften der Schulen
- Wahlbezirk** – Namen und Anschriften der Wahllokale
- Wahldienststelle** – Namen und Anschriften

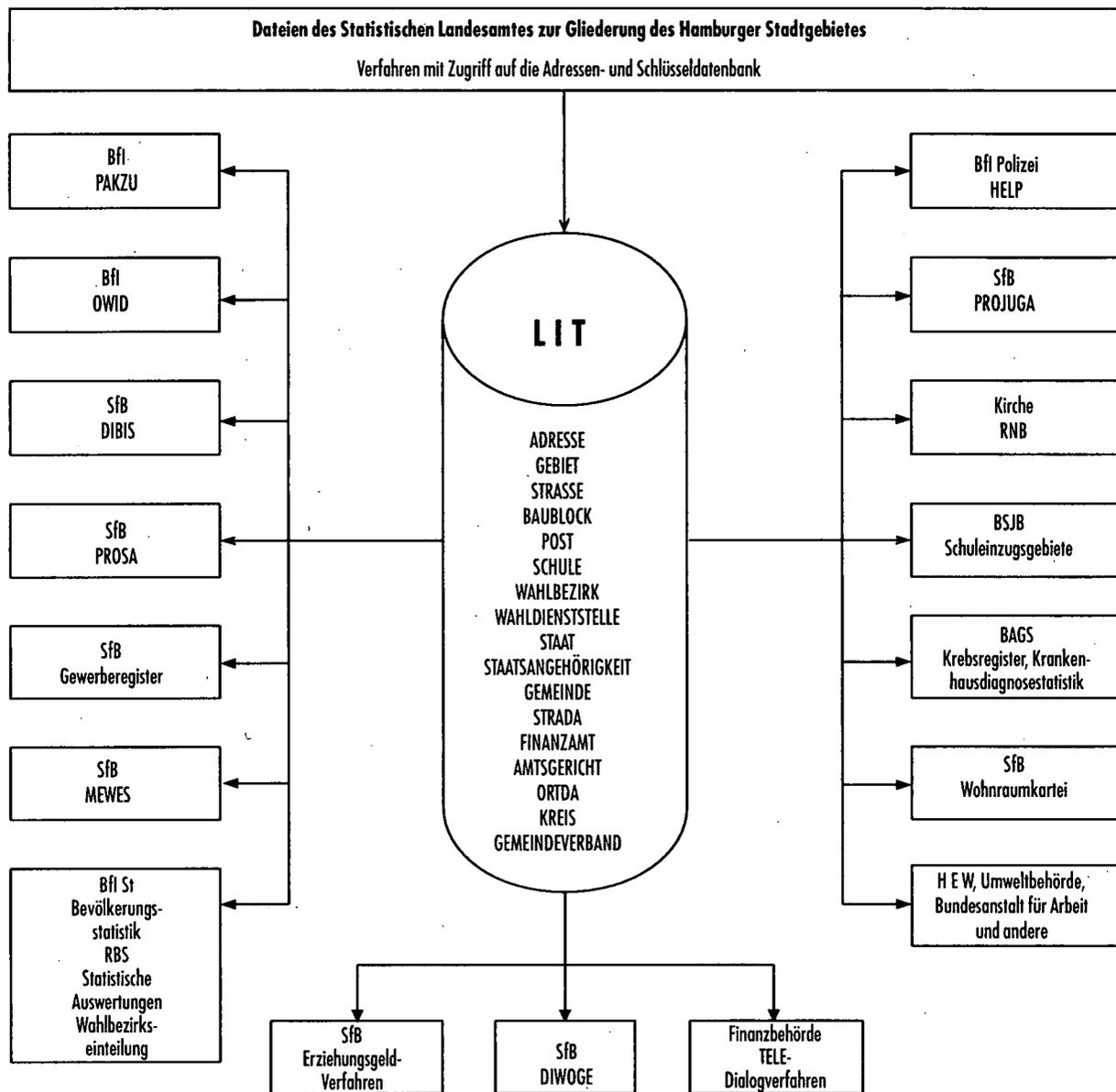
ten der Wahldienststellen.

Neben den hamburgischen Gebietsgliederungsdaten bietet die AS-Datenbank auch überregionale Angaben in sieben weiteren Dateien an:

- Gemeinde** – Gemeindennamen und Schlüssel (Deutschland)
- Kreis** – Kreisnamen und Sitz der Kreisverwaltung (Deutschland)
- Gemeindeverband** – Gemeindeverbandsnamen und Sitz des Gemeindeverbandes (Deutschland)
- Strada** – Gemeinde-, Ortsteil- und Straßennamen, Hausnummernabschnitte, Postleitzahlen (zu Orten mit mehr als einer Postleitzahl in Deutschland)
- Ort** – Ortsnamen, Schlüssel, Postleitzahlen (zu allen Orten in Deutschland)
- Staat** – Namen und Schlüssel
- Staatsangehörigkeit** – Bezeichnungen und Schlüssel

Die Datenbank ist ein reines Serviceangebot des Statistischen Landesamtes. Im Rahmen der internen Aufgaben wird die AS-Datenbank bei der Wanderungsstatistik sowie bei der Vorbereitung und Durchführung von Wahlen eingesetzt. Als wichtiges Auskunftsmittel entsteht

Adressen- und Schlüsseldatenbank



BAGS	Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales	DIBIS	Direktes Bürgerinformationssystem
BfI	Behörde für Inneres	DIWOG	Dialogverfahren Wohngeld
BSJB	Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung	HELP	Hamburger Einsatzleitsystem der Polizei
LIT	Landesamt für Informationstechnik	MEWES	Einwohnermeldewesen
RNB	Rechenzentrum Nordelbien-Berlin	OWID	Ordnungswidrigkeitsverfahren
SfB	Senatsamt für Bezirksangelegenheiten	PAKZU	Kraftfahrzeugzulassungsverfahren
St	Statistisches Landesamt	PROJUGA	Projekt Jugendamt Automation
		PROSA	Projekt Sozialhilfe Automation
		RBS	Regionales Bezugssystem

das Straßen- und Gebietsverzeichnis.

Für eine sicher noch wachsende Zahl von zentralen Vorhaben der hamburgischen Verwaltung ist die AS-Datenbank eine unerlässliche Datenquelle, wie für:

- Einwohnermeldewesen (MEWES),
- Kraftfahrzeugzulassung (PAKZU),

- Ordnungswidrigkeiten (OWID),
- Projekt Sozialhilfe-Automation (PROSA),
- Gewerberegister,
- Erziehungsgeld,
- Steuerverwaltung,
- Schulbezirkseinteilung,

- Stadtreinigung,
- Hamburger Einsatzleitsystem der Polizei (HELP),
- Krebsregister,
- Wohnraumkartei,
- Direktes Bürgerinformationssystem (DIBIS-Datenbank),

Projekt Jugendamt-Automation
(PROJUGA),
Dialogverfahren Wohngeld
(DIWOGÉ).

Ein besonderes Angebot macht die AS-Datenbank mit der Führung und Bereitstellung der Historie für einige Dateien. Nur so können stimmige Vergleiche regionalisierter Informationen in längerfristiger Betrachtung erzeugt werden.

In der jüngeren Vergangenheit wurden etwa mehrere Kreisgebiets- und Gemeindeformen vor allem in den neuen Bundesländern durchgeführt. Mit Hilfe der AS-Datenbank lassen sich die zu verschiedenen Zeitpunkten jeweils gültigen Gebietszusammenhänge reproduzieren.

Räumliches Bezugssystem

Als zweites System, das Unterstützung für die Regionalisierung von Statistikdaten anbietet, hält das Statistische Landesamt das Räumliche Bezugssystem (RBS) bereit. Während die AS-Datenbank sich darauf beschränkt, die aus der Adresse abzuleitenden Gliederungssysteme aktuell zur Verfügung zu stellen, so ermöglicht das RBS zusätzlich Datenzuordnungen zu räumlichen (zweidimensionalen) Einheiten. Die Grundlagen für das System wurden im Rahmen eines vom Bundesforschungsministerium geförderten Forschungsvorhabens in den Jahren 1973 bis 1982 erarbeitet. Aufgabe des Projektes war die Erschließung öffentlicher Register für planerische Zwecke. Es sollte ein flexibles System zur räumlichen Zuordnung von Sachverhalten (insbesondere von statistischen Informationen) entstehen sowie die Verknüpfung unterschiedlicher Sachverhalte zu unterschiedlichen Raumbezugseinheiten ermöglicht werden. Die damals entstandene Methode zur Erfassung der Raumbezugseinheiten erhielt die Bezeichnung „Raum-Bezugssystem/GEO-CODE“, die entsprechende Software ist unter dem Namen SINETZ (Statistisches Informationssystem Netzverwaltung) bekannt. Die Wartung und Weiterentwicklung des Systems sowie die Anpassung an die anwenderspezifischen Anforderungen wurde nach Abschluß der Forschungsarbeiten von den Anwendern gemeinschaftlich in einer Wartungsgemeinschaft im KOSIS-Verbund (Kommunales Statistisches Informationssystem) des Verbandes

Deutscher Städtestatistiker (VDSSt) geleitet.

Im Statistischen Landesamt wurde 1979 mit der Erfassung des Hamburger Netzes begonnen, indem die Baublockgrenzen auf der Grundlage der Deutschen Grundkarte (Maßstab 1:5000) digitalisiert wurden. Nachträglich wurde 1982 das Straßennetz ergänzt. Das damals entstandene Netz setzt sich aus den folgenden geometrischen Grundelementen zusammen:

Segmente

Dabei handelt es sich um linienhafte räumliche Modelle für Streckenabschnitte wie zum Beispiel Straßen- und Gleisachsen oder Grenzlinien. Sie sind nach Segmenttypen unterschieden (Straße, Gewässer, Grenze) und an sie können weitere Informationen angehängt werden, zum Beispiel Hausnummernbereiche, Straßenschlüssel. Dem Segment kann eine Breite zugeordnet werden.

Knoten

An jedem Ende eines Segmentes liegt ein Knoten, worüber eine Verknüpfung mit allen benachbarten Segmenten geschieht. In der Wirklichkeit entsprechen die Knoten häufig Kreuzungen, Plätzen oder Brücken. Die Knoten sind mit geometrischen Informationen versehen, so können sie über die aus der Karte erhobenen Koordinaten (Gauß-Krüger) im Bezugsgnetz fest verortet werden.

Zwischenpunkte

Es handelt sich um Punkte, die den geometrischen Verlauf von Segmenten besser beschreiben, zum Beispiel bei geschwungenem Streckenverlauf oder bei Kurven. Mit der Erfassung der Zwischenpunkte ließen sich unter Einbeziehung der Segmentbreiten folgende Teile des Netzes berechnen:

- Straßenverläufe
- Streckenlängen
- Streckenhalbierungspunkte
- Blockseitenzentralpunkte
- Strecken, beziehungsweise Blockseitenumrisse.

Aus den genannten Grundelementen werden maschinell die Flächenelemente im Bezugsgnetz generiert: die Maschen als

abgeleitete Elemente des Netzes. In der Regel entsprechen die Maschen den Baublocken. In der Beschränkung auf die geringe Anzahl der Grundelemente und in der damit zu erzielenden großen Flexibilität wurden die Vorteile des RBS gegenüber dem Aufbau eines Netzes aus reinen Flächenelementen gesehen.

Im Laufe der Zeit konnte das RBS durch Beobachtungen aus unterschiedlichen Nutzungen ergänzt, erweitert und verfeinert werden, so daß ein der Realität sehr stark angenähertes Netz Hamburgs entstanden ist. Inzwischen besteht das RBS aus mehr als 35 000 Segmenten, 25 000 Knoten und 10 000 Maschen.

Die Pflege des Netzes geschieht auf sehr komfortable Weise, da das Programmsystem alle an einem graphischen Arbeitsplatz eingegebenen neuen Netzelemente selbständig verarbeitet und so die Geometrie laufend aktuell hält. Das als RBS entstandene planare Netz soll primär der Sichtbarmachung räumlicher Sachverhalte zur Unterstützung planerischer und statistischer Fragen dienen. Einsatzmöglichkeiten für das RBS können sein:

- Abgrenzung von Einzugsbereichen,
- Einteilung von Wahl- oder Zählbezirken,
- Einteilung statistischer Gebiete,
- Wegeoptimierung,
- graphische Darstellungen.

Intern wird auf das RBS bei Zählungen und bei der Erstellung thematischer Karten zurückgegriffen. Nutzer außerhalb des Amtes waren bisher zum Beispiel die Umweltbehörde, die Baubehörde, die Stadtentwicklungsbehörde und Energieversorgungsunternehmen. Regelmäßige Datenlieferungen gehen an die Hamburger Stadtreinigung für die Tourenplanung und Wegereinigung und an die Polizei für das Einsatzleitsystem sowie an die Landesverkehrsverwaltung für das Projekt zur Erfassung der Straßenverkehrsunfälle.

Nach dem aufwendigen Aufbau des Systems plant das Statistische Landesamt, das RBS so vollständig wie möglich und unter Beibehaltung seiner Funktionalität in ein Geographisches Informationssystem (GIS) zu migrieren. Die Integration eines GIS in das Statistische Informationssystem des Hauses würde einen großen Fortschritt für raumbezogene Auswertungen von statistischen Informationen bedeuten. *Sigrid Krumbholz-Mai*

PC-Netz

Projektphase

Wie bereits seit Jahren die Ver- und Bearbeitung von statistischen Informationen geprägt ist durch die elektronische Datenverarbeitung auf Großrechnern, war es naheliegend mit der Entwicklung immer leistungsfähigerer PCs auch die Arbeitsplätze in den Fachabteilungen des Amtes mit der neuen Technik auszustatten. Ab 1991 wurden im Rahmen einer Projektorganisation verschiedene Bereiche des Amtes daraufhin untersucht, wie Arbeitsabläufe durch den Einsatz dezentraler Techniken optimiert und rationalisiert werden können. Das Ergebnis dieses Projektes war die Installation eines PC-Netzes, das im Laufe der Jahre immer weiter ausgebaut wurde mit dem Ziel bis 1998 eine Vollausstattung des Hauses zu erreichen.

Das PC-Netz

Gegenwärtig sind über 140 Rechner als zentraler Server oder Print-Server oder als Arbeitsplatzrechner angeschlossen. Das Netz wird unter dem Betriebssystem NetWare 3.11 der Firma Novell betrieben; die PCs arbeiten unter MS-DOS. Auf allen Arbeitsplatzrechnern wurden überwiegend Standardsoftwareprodukte der Firma Microsoft (Windows, Win-Word, Excel) installiert. Zentrale Komponente des Netzes ist ein Server für die Programm- und Datenhaltung sowie die Datensicherung. Der Anschluß an den Großrechner sowie die Entwicklung zentraler Verfahren der Hamburger Verwaltung und demnächst der Anschluß an das Hamburg-Netz und der Einstieg in das Internet machten die Einbindung weiterer Komponenten wie Gateway, Modem und Router in das Netz notwendig.

Einsatzgebiete

Zu den Hauptaufgaben des Amtes gehören die Erstellung von Statistiken, das heißt die Aufbereitung von Daten aus verschiedenen gesellschaftlichen Be-

reichen zu statistischen Informationen. Veröffentlicht werden diese Ergebnisse in Amtspublikationen wie den Statistischen Berichten, dem Statistischen Taschenbuch, der Monatszeitschrift „Hamburg in Zahlen“, den jährlichen Faltsblättern sowie Pressemitteilungen. Diese Veröffentlichungen werden in einem Bereich des Hauses selbständig erstellt. Die Hamburger Wahlen werden vom Landeswahlamt organisiert und durchgeführt, das auch im Statistischen Landesamt angesiedelt ist. Schließlich wird die Einteilung des Hamburger Stadtgebietes im Bereich Gebietseinteilung ständig aktualisiert und fortgeschrieben.

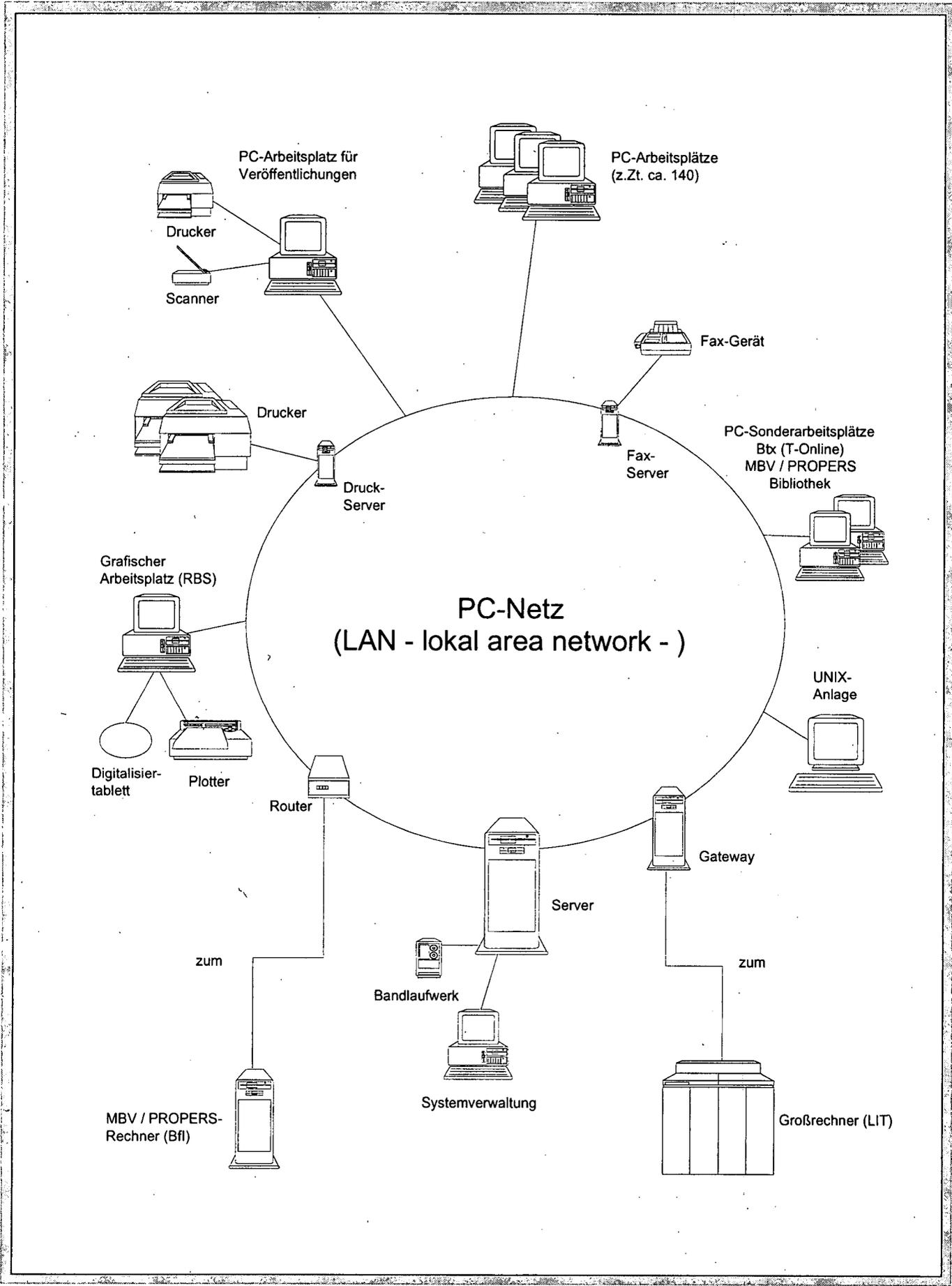
Die Vielfalt der Aufgaben des statistischen Landesamtes hatten Konsequenzen auch für die Ausstattung der Arbeitsplätze mit PCs.

In den Fachabteilungen des Amtes werden die PCs überwiegend zu folgenden Zwecken genutzt zur:

- **Eingangsbearbeitung**
Datenlieferanten übermitteln dem Amt ihre Informationen immer häufiger auf Disketten, deren Inhalt vor der Übergabe an die Großrechnerverarbeitung bereits einer ersten Kontrolle am PC unterzogen werden können. Auch bislang manuell erstellte Listen und Übersichten über das Eingangsmaterial konnten durch die PC-Technik abgelöst werden.
- **Vorbereitung und Durchführung von Erhebungen**
Die Auswahl der Untersuchungsgebiete, die Betreuung von Interviews, die Rücklaufkontrolle sowie die Eingangsbearbeitung von Erhebungsunterlagen werden insbesondere bei der Durchführung von Zählungen ganz oder teilweise mit Hilfe der PC-Technik unterstützt.
- **Auswertung statistischer Daten für Auskunftszwecke**
Die von den Großrechnerprogrammen zur Verfügung gestellten Tabellen und Listen enthalten eine Vielzahl tiefgegliederter Informationen, die vormals manuell den Auskunfts-

ersuchen entsprechend ausgewählt, neu berechnet und zusammengestellt werden mußten. Durch die PCs sind die Fachabteilungen nunmehr in der Lage, die Daten auf den PC am Arbeitsplatz zu übertragen und mit den Standardsoftwareprodukten schneller und sicherer zu bearbeiten. Vielen Kunden des Amtes kommt diese Technik insofern auch zugute, als sie die Daten auf Disketten erhalten und direkt mit ihren technischen Mitteln weiterverarbeiten können.

- **Analyse von Statistiken**
Insbesondere bei der Erstellung von Prognosen sind umfangreiche Berechnungen notwendig, die zum Teil unter der Programmiersprache APL auf dem Großrechner durchgeführt werden – die Ablösung durch ein PC-APL ist geplant. Berechnungen unter Einsatz von Statistiksoftwareprodukten wie SPSS und anderer Verfahren, zum Beispiel für Zeitreihenanalysen, werden nunmehr am PC ausgeführt.
- **Erstellung von Karten**
Statistische Informationen über beispielsweise die Bevölkerung Hamburgs oder die Ergebnisse der Hamburger Wahlen werden durch das Amt auch auf Farb-Karten präsentiert, die mit einer PC-Kartografiesoftware erstellt und über einen Plotter ausgegeben werden.
- **Regionalisierung des Hamburger Stadtgebietes**
Im Sachgebiet Gebietseinteilung des Amtes mußte wegen der Besonderheit der Arbeiten eine spezielle Technikausstattung gewählt werden. Zur Pflege des „regionalen Bezugssystem“ (RBS) wurde ein grafischer Arbeitsplatz eingerichtet. Durch den Einsatz der PC-Technik konnte vor allem die Digitalisierung des Hamburger Stadtgebietes stark vereinfacht werden. Die Arbeiten am Digitalisiertablett lösten die aufwendigen Eingaben für den Großrechner ab. Als Ausgabemedium wird der Plotter



zur kartografischen Darstellung der Ergebnisse eingesetzt.

- **Unterstützung der Sachbearbeitung**
Die schriftliche Beantwortung von Kundenanfragen, das Schreiben von Stellungnahmen und Vermerken, die Organisation von Arbeitsabläufen und vieles andere mehr sind Tätigkeiten, für die zusätzlich zu den oben genannten Aufgaben die PCs als Arbeitsmittel genutzt werden.

- **Anwendung von zentralen Verfahren der Hamburger Verwaltung (MBV und PROPERS)**

In den letzten Jahren entstanden in der Hamburger Verwaltung zwei zentrale Verfahren, die in allen Ämtern und Behörden eingesetzt werden: Das Mittelbewirtschaftungsverfahren (MBV) und das Projekt Personalwesen (PROPERS).

MBV ist ein Verfahren, das auf zentralen Rechnern der mittleren Datentechnik in den Behörden installiert ist. Während alle bislang beschriebenen Arbeiten entweder innerhalb des PC-Netztes des Amtes oder mit Verbindung zu den Großrechnern durchgeführt wurde, mußte mit dem MBV eine weitere Verbindung zu einem anderen Amt der Behörde für Inneres hergestellt werden. Diese Verbindung wurde über einen Router realisiert.

Das gleiche gilt auch für PROPERS, das gegenwärtig eingeführt wird.

- **Vorbereitung und Durchführung von Wahlen**

Die Arbeiten im Landeswahlamt – insbesondere während der Vorbereitungsphase – sind geprägt durch umfangreiche organisatorische Tätigkeiten, einer Vielzahl von zu erstellenden Unterlagen und Informationen sowie einen erheblichen Schriftverkehr. In der Vergangenheit wurden die Wahlergebnisse mit hohem, vor allem manuellem Aufwand ausgewertet und analysiert. Durch den Einsatz von PCs konnten

diese Arbeiten deutlich rationalisiert werden.

- **Programmierung**

Mit der Ablösung der 3270-Terminals durch PCs sind die Programmiererinnen und Programmierer des Amtes nunmehr auch in der Lage, Arbeiten wie das Erstellen von Dokumentationen und Ablaufplänen sowie ihren Schriftverkehr mit Hilfe spezieller Softwareprodukte zu erledigen. Die Arbeiten auf Großrechnern des Landesamtes für Informationstechnik (LIT), mit dem das Amt durch eine Standleitung verbunden ist, werden technisch über ein Gateway und softwareseitig durch eine 3270-Terminalemulation ermöglicht. Darüber hinaus wurde durch die Einbindung einer Anlage der mittleren Datentechnik – unter UNIX – in das PC-Netz des Amtes die Programmierung in der Statistikprogrammiersprache SPLV zu einem Teil vom Großrechner auf die zentrale UNIX-Komponente verlagert. Somit können die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im IT-Bereich an ihren PCs alle notwendigen Arbeiten erledigen.

Zukünftige Entwicklungen

Zwei Stichworte beherrschen die Planungen für zukünftige Anwendungen des Statistischen Landesamtes: E-Mail und Internet.

E-Mail

Mit der Verkabelung des Hamburger Stadtgebietes unter der Federführung des LIT sind die technischen Voraussetzungen geschaffen, daß alle Hamburger Behörden und Ämter der Stadt Hamburg über E-Mail miteinander Dokumenten austauschen zu können. Das Statistische Landesamt plant noch in diesem Jahr die notwendige Hard- und Software zu beschaffen und zu installieren, um den Zu-

gang zum Hamburg-Netz zu ermöglichen und E-Mail betreiben zu können.

Internet

Unter der Bezeichnung „Hamburg.de“ bieten verschiedene Stellen der Hamburger Verwaltung ihre Informationen auf einem gemeinsamen Web-Server im Internet an. Das Statistische Landesamt wird sich noch 1996 unter der Hamburg-Homepage mit einem Überblick über die Organisation, die Informationsangebote und Serviceleistungen des Amtes sowie einigen statistischen Grunddaten präsentieren.

Aus dem Netz heraus wird das Amt zunächst ausschließlich als Abfrager den Internetzugang realisieren.

Netzverwaltung und Benutzerbetreuung

Die Planung, ein jedes Arbeitsgebiet einschließendes PC-Netz aufzubauen, führten 1993 dazu, eine eigene Organisationseinheit – das Sachgebiet „PC-Netz“ – zu bilden, die mittlerweile folgendes Aufgabenspektrum abdeckt:

- Netzadministration,
- Vergabe und Kontrolle von Zugriffsrechten,
- Auswahl, Tests und Installation von Hard- und Software,
- technische Erstellung der Veröffentlichungen,
- Programmierung von eigenen PC-Verfahren und die Betreuung von extern erstellten Verfahren, die in einigen Sachgebieten des Amtes eingesetzt werden,
- Benutzerbetreuung und -schulung sowie
- Konzeption und Planung zukünftiger Entwicklungen.

Spezielle Softwaretools und -utilities kommen dabei zum Einsatz und unterstützen im wesentlichen die Netzadministration, Datensicherung, und Softwareverwaltung.

Sigrid Berger

Einfacher ist es nicht geworden

Anmerkungen zur praktischen Durchführung von Statistiken

Im Rahmen eines Rückblicks auf die vergangenen zwei Jahrzehnte in statistikrechtlicher Hinsicht ist das auffallendste Kennzeichen dieser Periode eine namentlich durch das Wirksamwerden von neuen Datenschutz- und Datensicherungsregelungen hervorgerufene Zunahme der Komplexität statistischer Arbeiten.

Bis in die zweite Hälfte der 70er Jahre hinein stellten sich statistische Erhebungen als Verwaltungsaufgaben ohne besondere rechtliche Problematik dar. Die Gesetze und Verordnungen, mit denen die jeweiligen Statistiken angeordnet wurden, galten als verfassungsgemäß und unbedenklich. Datenschutzfragen spielten keine erwähnenswerte Rolle. Zu Widerständen bei der Auskunftserteilung kam es so gut wie nicht, Bußgeldverfahren vor dem Amtsgericht oder verwaltungsrechtliche Auseinandersetzungen vor dem Verwaltungsgericht wegen fehlender Bereitschaft zur Beantwortung statistischer Fragen waren äußerst seltene Ausnahmen. Die Auskunftspflichtigen wurden mit formlosen Schreiben um die Ausfüllung der Fragebogen gebeten, Verwaltungsakte in Gestalt förmlicher Heranziehungsbescheide brauchten nicht erlassen zu werden.

Ein wachsendes allgemeines Mißtrauen gegenüber Politik und Verwaltung sowie eine sensibler und kritischer werdende Grundhaltung der Bürgerinnen und Bürger gegenüber allen staatlichen Handlungen führten jedoch Ende der 70er/Anfang der 80er Jahre dazu, daß auch die Tätigkeit der statistischen Ämter in bezug auf ihre sachliche Notwendigkeit und ihre formale Rechtmäßigkeit stärker in Frage gestellt wurde. Entscheidende Bedeutung erlangte in diesem Zusammenhang die Datenschutzdiskussion, die vornehmlich durch die stürmische Entwicklung und Verbreitung der elektronischen Datenverarbeitung und die damit denkbar gewordenen Mißbrauchsmöglichkeiten bei der Speicherung und Weiterleitung von privaten Angaben der Menschen ausgelöst worden war.

Da die strikte Geheimhaltung von Einzeldaten seit jeher tragendes Prinzip der amtlichen Statistik ist, berührte die Verabschiedung von Datenschutzgesetzen den statistischen Dienst vergleichsweise wenig. Das Hamburgische Datenschutzgesetz von 1981 nahm die amtliche Statistik sogar weitgehend von den Vorschriften des Gesetzes aus.¹⁾

Eine tiefe Zäsur mit beträchtlichen Auswirkungen für die statistische Tätigkeit bildete hingegen das Volkszählungsurteil des Bundesverfassungsgerichts. Aufgrund zahlreicher Verfassungsbeschwerden gegen die für April 1983 vorgesehen gewesene Großzählung hat das Gericht zunächst die Zählung durch eine einstweilige Anordnung ausgesetzt und alsdann in seinem im Dezember 1983 verkündeten Urteil in der Hauptsache auch verschiedene für die Behandlung persönlicher Daten im Zeitalter einer überaus leistungsfähigen elektronischen Datenverarbeitung generell maßgebliche Richtlinien festgelegt.

Ausgehend von dem allgemeinen Persönlichkeitsrecht gemäß den Grundgesetzartikeln 2 Absatz 1 („Jeder hat das Recht auf freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, ...“) und 1 Absatz 1 („Die Würde des Menschen ist unantastbar.“) konstatierte das Verfassungsgericht ein Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung, nach dem der einzelne über die Preisgabe und die Verwendung seiner persönlichen Daten selbst entscheiden kann. Dieses Grundrecht ist indessen nicht absolut, Einschränkungen durch verfassungsmäßige Gesetze sind im überwiegenden Allgemeininteresse möglich. Greift der Gesetzgeber in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung ein und verlangt die Offenlegung persönlicher Lebenssachverhalte – wie dies bei statistischen Gesetzen zum Teil der Fall ist –, müssen als zusätzliche Maßnahmen organisatorische und verfahrensrechtliche Vorkehrungen zur Sicherung der erfaßten persönlichen Daten getroffen werden.

Die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts zu verfahrensmäßigen und organisatorischen Sicherungsvorkehrungen bei der Behandlung der Einzeldaten haben spätere Statistikgesetze im Detail ausgeformt. Von Bedeutung sind in erster Linie folgende Regelungen:

- Es werden Hilfsmerkmale und Erhebungsmerkmale unterschieden. Erhebungsmerkmale umfassen Angaben, die statistisch ausgewertet werden, Hilfsmerkmale sind Identifikationsangaben, die lediglich der technischen Durchführung von Statistiken dienen. Die Hilfsmerkmale sind nach den Eingangs- und Vollständigkeitskontrollen zum frühestmöglichen Zeitpunkt von den Erhebungsmerkmalen zu trennen, gesondert aufzubewahren und alsbald zu löschen, um so zu erreichen, daß auch die zuständigen Bearbeiter den hinter einem dann namenlosen Fragebogen stehenden Auskunftgeber nicht erkennen können.²⁾
- Statistische Dienststellen müssen von anderen Verwaltungsstellen räumlich, personell und organisatorisch getrennt, „abgeschottet“, sein. Überdies dürfen die Angaben von einzelnen Auskunftgebern, die für amtliche Statistiken erhoben wurden, nur für statistische; nicht für andere Verwaltungszwecke verwendet werden.
- Alle Auskunftspflichtigen sind über den Zweck und den rechtlichen Rahmen der jeweiligen Erhebung schriftlich zu unterrichten.
- Bei Bevölkerungsbefragungen ist jedes erwachsene Haushaltsmitglied berechtigt, einen Fragebogen für sich allein auszufüllen, so daß kein Mitbewohner von den statistischen Angaben eines anderen Kenntnis erhalten kann.
- Sind Erhebungsbeauftragte eingesetzt, können die Auskunftspflichtigen entscheiden, ob sie die Fragen mündlich oder schriftlich beant-

worten möchten; wird der schriftliche Weg gewählt, können die ausgefüllten Fragebogen dem Erhebungsbeauftragten offen oder in einem verschlossenen Umschlag ausgehändigt, der statistischen Dienststelle mit der Post zugeleitet oder unmittelbar dort abgeliefert werden.

- Erhebungsbeauftragte dürfen nicht in der Nachbarschaft ihrer Wohnungen für amtliche Erhebungen tätig sein.
- Personen, bei denen wegen ihres Berufs oder aus anderen Gründen zu befürchten ist, daß sie Informationen aus der Erhebungstätigkeit zu Lasten von Auskunftspflichtigen nutzen, dürfen nicht als Erhebungsbeauftragte bestellt werden.

Die amtliche Statistik ist seit ihrer Anfangszeit ein Verwaltungsbereich, der die Privatsphäre der Menschen in besonders ausgeprägter Weise schützt und in dem die Vertraulichkeit der mitgeteilten Einzeldaten als oberstes Gebot beachtet wird. In der Überzeugung, daß eine weitere Erhärtung des Statistikgeheimnisses auch im Interesse der amtlichen Statistik selbst liegt, haben die statistischen Dienststellen die vom Bundesverfassungsgericht geforderten verfahrensrechtlichen Schutzvorkehrungen bei der Durchführung und Organisation von Erhebungen ohne Verzögerung umgesetzt. Unbestreitbar ist dabei aber auch, daß die Trennung und Löschung von Hilfsmerkmalen, die Handhabung von mehreren Einzelfragebogen für den gleichen Haushalt, der Umgang mit einer Vielzahl von besonders eingesandten Erhebungsbogen in verschlossenen Umschlägen und andere Maßnahmen zur Verstärkung der Daten-

sicherung und des Datenschutzes zusätzliche Kosten in beträchtlicher Höhe verursachen. Das Statistische Landesamt Baden-Württemberg hat beispielsweise geschätzt, daß bei der Volkszählung 1987 etwa ein Drittel des Aufwandes für die Gewinnung der Angaben „datenschutzindiziert“ war.³⁾ Dennoch sollte bei der Bewertung der neu getroffenen Sicherungsmaßnahmen nicht so sehr die organisatorische Erschwernis der Arbeitsabläufe oder die Erhöhung des Mittelbedarfs herausgestellt werden, sondern die datensichernden Vorkehrungen sind primär als konsequenter Schritt zur Vorbeugung gegen Geheimhaltungsverletzungen und damit als Beitrag zur Wahrung des Statistikgeheimnisses zu sehen.

Neben den aufgeführten mehr organisatorischen Neuaufrichtungen macht seit einiger Zeit eine gewisse „Verrechtlichung“ die Tätigkeit der statistischen Ämter aufwendiger. Ein Teil der Auskunftspflichtigen steht – vermutlich haben die Auseinandersetzungen um die Volkszählung des Jahres 1987 hier noch ihre Nachwirkungen – statistischen Erhebungen mit spürbarer Ablehnung gegenüber. Einem bisweilen nicht ganz kleinen Kreis von Personen oder Betrieben muß die gesetzliche Verpflichtung zur Auskunftserteilung durch einen förmlichen Heranziehungsbescheid deutlich gemacht werden. Die Abfassung solcher individuell zu gestaltenden und ausführlich zu begründenden (zudem kostspielig mit Postzustellungsurkunden zu versendenden) Aufforderungsschreiben widerstrebt im Grunde der eher auf die reibungslose Erledigung von großen Fallzahlen angelegten statistischen Arbeitsweise. Um die

in die Erhebungen einzubeziehenden Berichtskreise vollständig zu erfassen und korrekte Resultate zu ermitteln, weicht der statistische Dienst aber auch der Aufgabe nicht aus, förmliche Verwaltungsakte gegenüber säumigen Auskunftspflichtigen zu erlassen und sie erforderlichenfalls mit Verwaltungszwang durchzusetzen.

Dem Selbstverständnis der statistischen Ämter entspricht ein derart obrigkeitliches Vorgehen hingegen nicht; die Statistik ist vielmehr stets bemüht, mit den Auskunftspflichtigen ein partnerschaftliches Miteinander zu entwickeln. Im Hinblick auf die kritisch-distanzierte Grundeinstellung vieler Menschen zum Staat überhaupt und zu statistischen Befragungen im besonderen ist es indessen gegenwärtig keine leichte Aufgabe, bei den Betroffenen die Akzeptanz von statistischen Erhebungen zu erreichen. Insofern sieht sich der statistische Dienst als weiterer neuer Anforderung seit einiger Zeit der Notwendigkeit einer zielgerichteten Öffentlichkeitsarbeit gegenüber. Skeptische Auskunftspflichtige müssen mit der „Macht des guten Wortes“ überzeugt und für eine Mitwirkung an der Aufstellung der für die Allgemeinheit wichtigen amtlichen Statistiken gewonnen werden – auch dies eine Aufgabe, die sich früher nicht in der jetzigen Intensität stellte.

Dieter Buch

- 1) Erst das neu gefaßte Hamburgische Datenschutzgesetz von 1990 erstreckt sich in vollem Umfang auch auf die amtliche Statistik.
- 2) Die Bestimmung, daß Namen und Anschriften von den übrigen Angaben der Auskunftspflichtigen zu trennen und – sobald der Bearbeitungsstand es zuläßt – zu löschen sind, fand sich bereits im Bundesstatistikgesetz von 1980.
- 3) Vergleiche „Baden-Württemberg in Wort und Zahl“, Heft 12/1992, Seite 586.

Wegen des umfangreichen Textteiles müssen in dieser Ausgabe der Zeitschrift „Hamburg in Zahlen“ die gewohnten Tabellenübersichten ausnahmsweise entfallen.

Hamburg in Zahlen

Die Zeitschrift „Hamburg in Zahlen“ erscheint zwölfmal jährlich; sie enthält textliche Darstellungen über wichtige statistische Ergebnisse sowie mehrere ständige Zahlenübersichten.

Statistische Berichte

Die „Statistischen Berichte“ dienen der aktuellen Berichterstattung. Für die einzelnen Sachgebiete sind besondere Berichtsreihen gebildet worden, die größtenteils von allen Statistischen Landesämtern veröffentlicht werden.

Statistisches Taschenbuch

Das jährlich erscheinende Statistische Taschenbuch bietet in handlicher Aufmachung die wichtigsten Ergebnisse aus allen Bereichen der amtlichen Statistik in tabellarischer Darstellung. Soweit möglich, wurden in Regionaltabellen neben Ergebnissen für die Bundesländer auch Vergleichsdaten für ausgewählte Großstädte und an Hamburg angrenzende Kreise nachgewiesen.

Das „Statistische Taschenbuch“ 1996 ist 255 Seiten stark, der Verkaufspreis beträgt 20,- DM.

Hamburg - Daten und Informationen

In diesem jährlich in Deutsch und Englisch (Hamburg Facts and Figures) herausgegebenen Faltblatt wird ein breites Spektrum von Eckdaten aus vielen Bereichen der Statistik in knapper Form dargeboten. Das Faltblatt wird Interessenten kostenlos überlassen.

Hamburger Straßenverzeichnis 1996

Das Verzeichnis enthält die bebauten Straßen Hamburgs in alphabetischer Ordnung mit Angabe der Ortsteile und Stadtteile, der Postleitzahlen sowie des Straßenschlüssels. Darüber hinaus ist das jeweils zuständige Finanzamt, Standesamt und Amtsgericht ersichtlich.

Es ist 230 Seiten stark, der Verkaufspreis beträgt 15,- DM.

Das bisherige „Straßen- und Gebietsverzeichnis“ ist zur Zeit vergriffen.

Hamburg in Karten

Der Atlas „Hamburg in Karten - 70 Themen der Volkszählung '87“ ist 1992 erschienen. Er enthält zahlreiche Informationen zur Sozialstruktur der Hamburger Stadtteile.

Die Veröffentlichung besteht aus einem Schuber mit 70 lose eingelegten farbigen Stadtteilkarten und kostet 20,- DM.

Statistik des Hamburgischen Staates

In dieser Reihe erscheinen Quellenwerke mit tiefgegliederten Tabellen aus Großzählungen und wichtigen laufenden Statistiken. Darüber hinaus werden in dieser Reihe die Ergebnisse von Wahlen ausführlich dokumentiert.

In den letzten Jahren sind erschienen:

- Heft 118 Regionalstatistik - Daten für die Region Hamburg/Umland 1976 (vergriffen)
- Heft 119 Die Wahl zum Bundestag am 3. Oktober 1976
- Heft 120 Handel und Schiffahrt des Hafens Hamburg 1976
- Heft 121 Handel und Schiffahrt des Hafens Hamburg 1977 (vergriffen)
- Heft 122 Umsatzsteuerstatistik 1976
- Heft 123 Das Handwerk in Hamburg 1977
- Heft 124 Wahl zur Bürgerschaft und zu den Bezirksversammlungen am 4. Juni 1978
- Heft 125 Handel und Schiffahrt des Hafens Hamburg 1978
- Heft 126 Hamburger Krebsdokumentation 1975 bis 1977
- Heft 127 Wahl zum Europäischen Parlament am 10. Juni 1979
- Heft 128 Regionalstatistik - Bevölkerungsentwicklung in der Region Hamburg 1961 bis 1978
- Heft 129 Wahl zum 9. Deutschen Bundestag am 5. Oktober 1980 (vergriffen)
- Heft 130 Handel und Schiffahrt des Hafens Hamburg 1979
- Heft 131 Handel und Schiffahrt des Hafens Hamburg 1980
- Heft 132 Wahl zur Bürgerschaft und zu den Bezirksversammlungen am 6. Juni 1982
- Heft 133 Handels- und Gaststättenzählung 1979
- Heft 134 Handel und Schiffahrt des Hafens Hamburg 1981
- Heft 135 Produzierendes Gewerbe 1980/81
- Heft 136 Umsatzsteuerstatistik 1978 und 1980
- Heft 137 Hamburger Krebsdokumentation 1978 und 1979
- Heft 138 Regionalstatistik - Baufertigstellungen im Wohnbau und Wohnungsbestand in der Region Hamburg 1972 bis 1981
- Heft 139 Wahl zur Bürgerschaft und Wahl zu den Bezirksversammlungen am 19. Dezember 1982

- Heft 140 Wahl zum 10. Deutschen Bundestag am 6. März 1983
- Heft 141 Handel und Schiffahrt des Hafens Hamburg 1983
- Heft 142 Wahl zum Europäischen Parlament am 17. Juni 1984
- Heft 143 Produzierendes Gewerbe 1982/83
- Heft 144 Umsatzsteuerstatistik 1982
- Heft 145 Handel und Schiffahrt des Hafens Hamburg 1985
- Heft 146 Handels- und Gaststättenzählung 1985
- Heft 147 Wahl zum 11. Deutschen Bundestag am 25. Januar 1987
- Heft 148 Wahlen zur Bürgerschaft und zu den Bezirksversammlungen am 9. November 1986 und 17. Mai 1987
Teil 1: Wahlen am 9. November 1986
Teil 2: Wahlen am 17. Mai 1987
- Heft 149 Wahlen zum Europäischen Parlament am 18. Juni 1989
- Heft 150 Produzierendes Gewerbe 1984 bis 1989
- Heft 151 Bundestagswahl am 2. Dezember 1990
- Heft 152 Die Arbeitsstättenzählung in Hamburg am 25. Mai 1987
- Heft 153 Die Volks- und Berufszählung in Hamburg am 25. Mai 1987
- Landesergebnisse -
- Heft 154 Die Gebäude- und Wohnungszählung in Hamburg am 25. Mai 1987
- Landes- und Bezirksergebnisse -
- Heft 155 Die Volks- und Berufszählung in Hamburg am 25. Mai 1987
- Pendelwanderung -
- Heft 156 Wahlen zur Bürgerschaft und zu den Bezirksversammlungen am 2. Juni 1991
- Heft 157 Wahlen zur Bürgerschaft und zu den Bezirksversammlungen am 19. September 1993
- Heft 158 Wahlen zum Europäischen Parlament am 12. Juni 1994

Statistik regional

Der Diskettensatz „Statistik regional“ enthält einheitlich für alle Länder, Regierungsbezirke, Kreise und kreisfreien Städte in Deutschland eine Vielzahl von Daten aus den wichtigsten Sachgebieten der amtlichen Statistik. Die Veröffentlichung ist ein Gemeinschaftsprodukt der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder. Die Ausgabe 1996 (mit Ergebnissen hauptsächlich für das Jahr 1994) kostet 290,- DM.

